Donnerstag, 21. August 1986 - D ✱✱✱

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 193 - 34.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. (0 20 54) 10 11. Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) / 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 35,00 bfr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 150 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 600,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 8,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 150 Esc, Schweden 8,00 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts, Türkei 750 TL

Heute in der WELT

Französisches Wirtschaftswunder?

Das deutsche Wirtschaftswunder wird vielleicht von einem französischen überholt, meint Philippe Lefournier, stellvertretender Chefredakteur des französischen Wirtschaftsmagazins „L'Expansion". In einem Gespräch mit der WELT sagte er: „Die derzeitige deutsche Überlegenheit in bezug auf Organisation, Qualität und Effizienz könnte sich mittelfristig in einen Mangel an Dynamik, an Anpassungsfähigkeit und an Imagination verwandeln." Seite 10

Vegetarier leben länger

Verlängert der Verzicht auf tierische Produkte das Leben? Sind Vegetarier gesünder? Dies war bislang eine offene Frage. Eine Studie aus dem Deutschen Krebsforschungszentrum belegt jetzt: Vegetarier leiden weniger häufig an Herz- und Kreislauferkrankungen und erkranken seltener an Krebs als ihre Fleisch essenden Zeitgenossen. Seite 7

POLITIK

Unfallbilanz: Einen erheblichen Anstieg der Verkehrstoten und Verletzten weist die Unfallbilanz im ersten Halbjahr 1986 aus. So wurden bei Verkehrsunfällen 4019 Menschen getötet und damit 8,2 Prozent mehr als in den ersten sechs Monaten des vergangenen Jahres. Die Zahl der Verletzten erhöhte sich um 7,6 Prozent.

Ehegatten-Tarif: Ein von der US-Fluggesellschaft Pan Am beantragter verbilligter Ehegatten-Tarif für Flüge im Berlin-Verkehr ist genehmigt worden. Damit gilt dieser Billigtarif von sofort an bis einschließlich 30. September dieses Jahres. Der begleitende Ehegatte braucht dabei nur den halben Preis zu zahlen.

Truppenbesuch: Die niederländische Königin Beatrix hat gestern erstmals in ihrer sechsjährigen Amtszeit die niederländischen Soldaten und deren Angehörige in der Bundesrepublik besucht. Im Mittelpunkt des Aufenthaltes der Monarchin in der Lüneburger Heide stand die Inspektion der 41. niederländischen Panzerbrigade.

„Nationalheld": Der bei seiner Rückkehr aus dem Exil auf den Philippinen ermordete Oppositionsführer Benigno Aquino ist zum „Nationalhelden" erklärt worden. In einer staatlichen Resolution wird der Ehemann der jetzigen Präsidentin als ein Held bezeichnet, der „sein Leben für die Freiheit seines Vaterlandes geopfert hat".

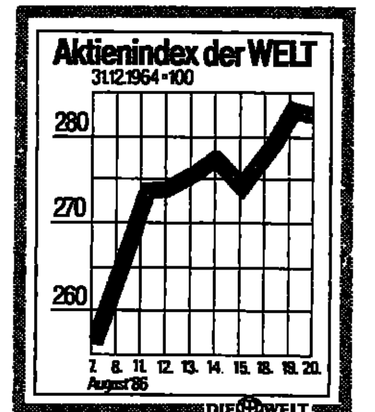
Umstrukturierung: Nach scharfer Kritik in der sowjetischen Presse wegen veralteter Methoden im Wohnungsbau hat der Kreml das Bauministerium neu organisiert. Das neu gebildete „Staatliche Baukomitee der Union und der Republiken" soll vier neue regionale Bauministerien überwachen.

Bombardement: Bei den türkischen Luftangriffen auf kurdische Rebellenverstecke im Irak sind etwa 200 Menschen getötet worden. Diese Angaben soll der türkische Ministerpräsident Özal gemacht haben, berichtet die Zeitung „Milliyet". Am Freitag hatten türkische Flugzeuge die Rebellenstellungen angegriffen.

WIRTSCHAFT

Kapitalerhöhung: Die Volkswagen AG erhöht ihr Grundkapital durch die Ausgabe stimmrechtsloser Vorzugsaktien um 300 Millionen auf 1,5 Milliarden Mark. Die neuen Aktien sollen zwischen dem 19. September und 3. Oktober bezogen werden können. Die Kapitalerhöhung soll vor dem Hintergrund des in den vergangenen Geschäftsjahren stark gewachsenen Geschäftsvolumens zu einer Stärkung der Finanzierungsbasis des Konzerns führen. (S. 9)

Börse: Gewinnmitnahmen drückten die Kurse am Aktienmarkt. Fester tendierte der Rentenmarkt. WELT-Aktienindex 283,14 (284,11). BHF-Rentenindex 107,577 (107,487). BHF-Performance-Index 106,898 (106,780). Dollar-Mittelkurs 2,0509 (2,0705) Mark. Goldpreise je Feinunze 378,00 (374,40) Dollar.



KULTUR

Ustinov: Der Schauspieler und Regisseur Peter Ustinov hat im Rahmen der Salzburger Sommerakademie Mozarts Oper „Figaro" inszeniert. Die Aufführung für Studenten sollte die Nachwuchs-Sänger in den Mittelpunkt rücken. Das Ziel war es, ihnen damit möglicherweise den Weg für eine Karriere zu ebnen. (S. 15)

Gent: Ein rotes Schild an etwa 50 Genter Haustüren zeigt in diesen Monaten dem Besucher: Eintritt erwünscht. Präsentiert wird hinter den Türen eine ungewöhnliche „Kunstausstellung". Sozusagen als Gastgeschenk hat in jedem dieser Häuser ein Künstler seine Spuren hinterlassen, mal diskret, mal possessiv. (S. 15)

SPORT

Hockey: Der dreimalige Weltmeister und Titelverteidiger Holland und die Mannschaft aus Kanada haben als erste das Halbfinale der Damen-Weltmeisterschaft in Amstelveen erreicht. Der Weltmeisterschafts-Zweite von 1983, Australien, ist dagegen trotz eines 7:0-Erfolgs im letzten Gruppenspiel gegen Schottland ausgeschieden.

Rudern: Erstmals seit 1982 steht wieder ein Achter des Deutschen Ruder-Verbandes bei Weltmeisterschaften im Finale. Das Team qualifizierte sich im Hoffnungslauf der Titelkämpfe in Nottingham mit einem zweiten Rang hinter dem Boot der „DDR" und vor Neuseeland, dem Weltmeister der Jahre 1982 und 1983, für den Endlauf am Sonntag. (S. 8)

AUS ALLER WELT



Hugenotten: Vor 300 Jahren brachten die französischen Religionsflüchtlinge der Ackerbürgerstadt Erlangen einen außerordentlichen Aufschwung. Die Bürger der Stadt (Foto) erinnern sich nun ihrer hugenottischen Tradition und feiern ihre Vorfahren. (S. 16)

Störche: Die Elsäßer sorgen sich um ihr Wahrzeichen – die Störche. Von einst 179 Storchenpaaren gibt es nur noch knapp dreißig Tiere. Jetzt wurde eine „Organisation zur Wiedereinführung der Störche im Elsaß" gegründet. (S. 16)

Bonn: Schlepper müssen mit aller Schärfe verfolgt werden

Miltner fragt nach krimineller Vereinigung / FDP fordert Fingerabdrücke

D.G./E.N. Bonn

Mit aller Schärfe sollten die zuständigen Behörden gegen Schlepperorganisationen vorgehen, die Asylsuchende in die Bundesrepublik Deutschland einschleusen. Das hat der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Miltner, in einem WELT-Gespräch gefordert. Bereits am 5. September werden Spitzenvertreter der Bonner Koalition das Thema Asylantenschwemme beraten.

Als „unheimlichen Vorgang" bezeichnete Miltner Berichte, wonach die in die Bundesrepublik Deutschland eingeschleusten Tamilen von ihrer Sozialhilfe Zwangsbeiträge an Organisationen abführen müssen, die im Heimatland Sri Lanka einen Bürgerkrieg gegen die dortige singalesische Mehrheit führen. Es stelle sich die Frage, ob hier bereits der Straftatbestand der Bildung einer krimineller Vereinigung gegeben sei.

Für die Freien Demokraten forderte ihr Parlamentarischer Geschäftsführer Torsten Wolfgram in einem Gespräch mit der WELT schnelle organisatorische Maßnahmen des Bundes und der Länder, um die Anteilflut wirkungsvoll einzudämmen ohne das Recht auf Gewährung tischen Asyls zu schmälern. Wir können es nicht zulassen, daß immer mehr Wirtschaftseinwanderers kommen."

Wolfgram forderte, mehrere Verfahren bis zur endgültigen Verweigerung auf drei bis sechs Monate zu verkürzen. Die abgelehnten Bewerber müßten dann umgehend in ihre Heimatländer abgeschoben werden. Diese Straffung würde in Ländern wie Sri Lanka, Indien und Ghana sehr schnell herumgehen und abschreckend wirken, gerade durch organisierte Schlepperbanden würden dort immer mehr junge Männer überredet, gegen hohe Zahlungen über den Ostberliner Flughafen Schönefeld in die Bundesrepublik Deutschland einzureisen. Es sei für diese Scheinasylanten „un geringes Risiko verbunden, da über 70 Prozent dieses Personenkreises trotz abgelehnter Asylanträge im Lande bleiben könnten.

Bis gestern gab es „keine beweiskräftige Tatsachen", auf terroristische Aktivitäten von Tamilenorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland schließen lassen. Dies unterstrich der Sprecher des Bundesinnenministeriums, Hans-Günter Kowalski, gegenüber der WELT. Nachrichten mit entsprechenden Vermutungen seien vielfach „maßlos übertrieben" worden. Die Sicherheitsbehörden könnten nicht bestätigen, daß mit der Ausreise der über 150 Tamilien aus Norddeutschland nach Kanada Waffen für eine solche Organisation in Sri Lanka beschafft werden sollten.

Die als terroristisch eingestufte Organisation der „Liberation Tigers of Tamil Eelam" stehe auch nicht hinter dieser spektakulären Ausschleusung. Der Vorsitzende des Bundes Deutscher Kriminalbeamter, Ingo Herrmann, hat wegen der wachsenden Kriminalität unter Asylanten „Fingerabdrücke von allen Asylbewerbern" gefordert. Diebstahlsdelikte seien in einem Jahr um 70 Prozent, Mord und Totschlag um 30 Prozent gestiegen, sagte er in einem Interview mit der „Bild"-Zeitung.

DER KOMMENTAR

Korrektur

RÜDIGER MONIAC

Der prompte Bonner Applaus für Michail Gorbatschow irritierte, zumal gleichzeitig aus Washington die Teststopp-Prolongation betont kühl als sowjetischer Propaganda-Coup eingestuft wurde. Fast scheint es, als gefalle man sich am Rhein manchmal darin, bei dem Versuch mitzuhelfen, Haarrisse im westlichen Bündnis zu erweitern (oder dies zumindest zu suggerieren). Dieser Eindruck wurde gestern etwas korrigiert.

Die um eine Phon zu laute Claque verkennt nicht nur die wirkliche Bedrohung und den strategischen Hebel SDI für künftige Abrüstungsverhandlungen, sondern es fällt auch auf, daß in Bonn wichtige Positionen der deutschen Sicherheitspolitik oft ohne den Verteidigungsminister markiert werden. Als erster meldete sich zustimmend der Außenminister zu Wort, in dessen alleiniger Ressortverantwortung die Sicherheitspolitik jedoch nicht liegt (freilich die für Rüstungskontrolle und Abrüstung), gefolgt von Volker Rühe (CDU).

Eine Welt mit immer weniger Waffen ist eine erstrebenswerte Vision, bis zu ihrer Verwirklichung darf es jedoch auch Sicherheit in Freiheit sein. Das Bonner Echo ist jedoch beispielhaft dafür, wie unklar selbst führenden deutschen Politikern der Zusammenhang zwischen Sicherheit einerseits sowie Rüstungseinschränkung und Abrüstung andererseits ist. Die Reduzierung von Waffen und Militär ist kein politisches Ziel an sich, sondern ein – wichtiger – Schritt in Richtung auf mehr Sicherheit.

Wenn es unter Wahrung dieser Zielsetzung schließlich noch möglich wird, dabei die Militärpotentiale und Waffenarsenale zu verkleinern, kann das keinem vernünftig Denkenden ungelegen sein.

Gorbatschows wenig durchsichtiges Spiel mit der etappenweisen Verlängerung eines Atom-Moratoriums will die westliche Verwirrung über das Verhältnis von Sicherheit zu Abrüstung ausnutzen. Bonn sollte keine übereilten Handreichungen zu diesem Ablenkungsmanöver leisten. Aber vielleicht war die erste Reaktion von dort auch gar nicht so gemeint.

„Die SPD kannte Raus Zielvorgabe"

Der Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel mit seine Partei / WELT-Interview

PETER PHILIPPS, Bonn

Die SPD soll die Glasperlenspiele über mögliche Koalitionen nach der Bundestagswahl im Januar 1987 aufgeben und die absolute Mehrheit wieder fest ins Visier nehmen.

Dies hat der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel in einem WELT-Interview klargestellt: „Es geht nicht darum, daß sich die SPD eine Freude macht, sondern es geht darum, ob in den nächsten vier Jahre Kohl-Politik oder sozialdemokratische Politik gemacht wird." Jeder in der Parteiführung habe im übrigen bei Raus Kandidatur im Frühjahr dessen Zielvorgaben und „Meßlatte" gekannt und akzeptiert ... ist", einen Erfolg gemacht. Aber „der Nürnberger Parteitag wird zeigen, daß wir voll da sind."

Das Wort vom „guten Menschen aus Wuppertal", der nicht programmatisch in Erscheinung trete, sei ein „gewisses Etikett", das nach dem Willen einiger „verfeinern" solle. Aber wer sich Raus Leistung ansehe, könne erkennen, er „absolu-

SEITE 4: Wortlaut des Interviews

te Mehrheiten holt. Er schafft keiner, der nur ein guter Mensch ist".

Dennoch müsse, so wie es beispielsweise in Niedersachsen „in erheblichem Umfang" gewesen sei, die SPD „potentielle Grünwähler ansprechen, „aber auch nicht, die schon einmal grün gewählt haben".

Vogel räumt ein, daß die SPD in den vergangenen Monaten durchgesackt ist. Er führt dies auf die Enttäuschung zurück, in Niedersachsen den angestrebten Regierungswechsel verpaßt zu haben. Es sei „handwerklich gekonnt" gewesen, wie „die Union aus der Tatsache, daß sie in Niedersachsen nur Haaresbreite an einer totalen Katastrophe vorbeigeschrammt ...

Der Bonner Oppositionsführer sieht auch keine Defizite der SPD bei der Darstellung der persönlichen Alternative seiner Partei gegenüber der Koalition. „Wir haben in Vergleich mit dem Kohl-Kabinett keiner Weise zu scheuen." Auch die Hauff-Vorlage über den Ausstieg aus der Kernenergie sei eine Hilfe für die Auseinandersetzung der SPD mit der Bundesregierung, ein „seriöses und hilfreiches Papier".

Der Bundesregierung wirft er vor, sich mit dem SDI-Beschluß des amerikanischen Senats, Aufträge soweit wie möglich nur an US-Firmen zu geben, eine „Ohrfeige" eingehandelt zu haben, „die ja nicht von schlechten Eltern ist". Außerdem biete die Bundesregierung, etwa in den harten Auseinandersetzungen zwischen Strauß und Genscher, aber neuerdings auch zwischen Waigel und Rühe über die Außenpolitik wahrlich nicht ein Bild der Geschlossenheit.

Gegenüber der WELT erteilte Vogel erneut allen Überlegungen der Koalition eine Absage, das Asylrecht im Grundgesetz zu ändern. Die SPD sei aber „zu Gesprächen" bereit, insbesondere zu dem Treffen, für das der Kanzler Ende September eingeladen habe. Die Regierung sei jetzt am Zug, „konkrete Vorschläge" zu machen.

Das Saarland ruft die Bundesregierung um Hilfe

Memorandum der Parteien / Opposition stimmt am Ende nicht zu

E. NITSCHKE/UR, Saarbrücken

Die desolate Haushaltslage des Saarlandes, das Finanzspritzen des Bundes in Milliardenhöhe erwartet, hätte verbessert werden können, wenn die Bundesregierung den gesunkenen Ölpreis dazu genutzt hätte, um beim Verbraucher „abzuschöpfen". Das erklärte der saarländische Ministerpräsident Oskar Lafontaine bei der Übergabe eines Saar-Memorandums 1986, mit dem das Bundesland auf den „desolaten Zustand" seiner Finanzen aufmerksam macht und Bundeshilfen in Höhe von bis zu einer halben Milliarde Mark fordert. In dem Papier zeigen die Landtagsfraktionen von SPD, CDU und FDP gemeinsam mit Arbeitskammer, Handwerkskammer und der Industrie- und Handelskammer einen „Ausweg aus der Finanznot des Landes" auf, dessen Gesamtverschuldung sich um die 8-Milliarden-Mark-Grenze bewegt.

Das Memorandum, so der saarländische CDU-Fraktionschef Günter Schwarz, sei kein „Ja" seiner Partei zur Landesregierung, wohl aber zur Zukunft. Es sei eine „konzertierte Aktion des guten Willens" und zeige auf, daß das Saarland von 1995 an nicht mehr in der Lage sei, den Haushalt von rund vier Milliarden Mark zu konsolidieren. Doch diese Gemeinsamkeit aller vier im saarländischen Landtag vertretenen Fraktionen, die in der Erarbeitung des Memorandums zum Ausdruck gekommen war, setzte sich gestern in der Landtagsdebatte nicht fort. Regierung und Opposition äußerten gegenseitig in einer teilweise heftig geführten Auseinandersetzung Zweifel, ob die jeweils andere Seite noch hinter der Idee des Memorandums stehe.

Als schließlich abgestimmt wurde, enthielt sich die Opposition der Stimme. Zuvor hatte sie jedoch erklärt, inhaltlich zu dem Memorandum zu stehen, das „Hilfe zur Selbsthilfe" sein soll. Nur die 26 Abgeordneten der SPD-Mehrheitsfraktion stimmten der von allen Fraktionen erarbeiteten und ursprünglich auch von CDU und FDP mitgetragenen Denkschrift zu. Die Opposition lehnte am Nachmittag eine Beteiligung an der Abstimmung ab, da sie sich durch eine Äußerung des Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine provoziert fühlte.

Moskau bringt Westen in Verlegenheit

Bonner Verteidigungsexperten erinnern an Sicherheitsinteressen / Kritik an Rühe

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Das offensichtliche Ziel von KP-Generalsekretär Gorbatschow, die NATO-Verbündeten mit ihrer Bewertung der von Moskau bis zum Jahresende ausgedehnten Verlängerung des sowjetischen Atomteststopps in Verlegenheit zu bringen, ist erreicht worden. Zu diesem Schluß sind Bonner Regierungskreise nach der Auswertung des öffentlichen Bildes gelangt, das die westlichen Reaktionen auf die Gorbatschow-Rede ergaben. Vor allem von Verteidigungsexperten ist mit wachsender Unruhe registriert worden, daß der Großteil der Stellungnahmen in den Hauptstädten des Bündnisses den Aspekt vernachlässigte, ob mit dem von der Sowjetunion vorgeschlagenen allgemeinen Atomteststopp die westlichen Sicherheitsinteressen ausreichend gewahrt seien.

Die in den Augen der Bonner Fachleute richtige Erklärung des Sprechers des Weißen Hauses, Larry Speakes, ein Moratorium für Nuklearsprengversuche widerspreche der westlichen Sicherheit, die auf militärischer Abschreckung gegründet sei und deshalb die dafür erforderlichen Waffen mit großer Zuverlässigkeit verfügbar haben müsse, stieß bei der „Abrüstungsgruppe" der Bundesregierung dagegen auf Unwillen und bewirkte die Feststellung, die USA hätten die europäischen Interessen nicht richtig gedeutet. Deshalb war gestern in diesen Kreisen in

SEITE 5: Nicht generell gegen Teststopp

Aufatmen zu registrieren, als aus dem Weißen Haus durch dessen Stabschef Donald Regan in einer neuerlichen Reaktion eine weniger kompromißlose Erklärung gekommen war. Der Stabschef des Präsidenten hatte betont, die USA seien nicht generell gegen ein Moratorium für Atomtests. Wenn die Beachtung zuverlässig überprüfbar sei, lasse sich darüber mit Moskau verhandeln. Zu diesen Äußerungen meinte ein hochrangiger Beamter in Bonn, das höre sich für europäische Ohren schon sehr viel konzilianter an.

Trotzdem wurde auch in Kreisen, die Bundesaußenminister Genscher nahestehen, angemerkt, die Erklärung des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rühe, zu den Gorbatschow-Vorschlägen sei „wohl zu weitgehend" gewesen und entspreche nicht ganz der Haltung der Bundesregierung. Rühe hatte die Verlängerung des sowjetischen Moratoriums als „begrüßenswerten Schritt" gewertet und den USA geraten, eine „Denkpause zur Förderung von Verhandlungen einzulegen". Genscher dagegen, der seine Erklärung ohne Rücksprache mit dem Kanzler für die Bundesregierung verbreiten ließ, nannte die Verlängerung des sowjetischen Teststopps für die Bemühungen einer umfassenden Beendigung von Atomversuche „nützlich", erinnerte aber gleichzeitig an Äußerungen von Kohl, nach denen ein Teststopp kein Ersatz für wesentliche Reduzierungen von Nuklearwaffen sein könne.

Bewaffnete Helfer in Nicaragua

dn. Bonn

Einige der deutschen „Aufbauhelfer" in Nicaragua tragen in Kampfgebieten Waffen. Das berichteten drei von ihnen im Deutschen Fernsehen. Sie hätten bewaffnet Wache geschoben und seien an Waffen ausgebildet worden. Dies stehe nicht im Widerspruch zur Tatsache, daß sie in der Bundesrepublik anerkannte Kriegsdienstverweigerer seien. Pastor Ulrich Finckh von der Zentralstelle der Kriegsdienstverweigerer sieht keinen Anlaß, ihren Status zu überprüfen.

Seite 2: Mit Kalaschnikow

Interzonenhandel geht zurück

mk. Bonn

Der innerdeutsche Handel ist, verglichen mit der gleichen Zeit des Vorjahres, im ersten Halbjahr um sieben Prozent auf 7,5 Milliarden Mark zurückgegangen. So reduzierten sich die Lieferungen aus der Bundesrepublik um acht Prozent oder 340,3 (Rohöl allein um 239) Millionen auf 3,749 Milliarden Mark. Die Bezüge aus der „DDR" sanken um fünf Prozent. Ausschlaggebend dafür war nahezu ausschließlich der Preisverfall beim Erdöl und bei Mineralölprodukten.

Seite 2: Öl und die „DDR"

Lobby-Liste, Adelsbrief der Vereine

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Für viele Verbände ist es eine Art von Adelsbrief und eine höhere Weihe, hier eingetragen zu sein: Die neue Lobby-Liste von Bonn ist da, wieder einmal dicker als je zuvor in den jetzt 14 Jahren ihres Erscheinens. Zwerge wie der „Verband der Zigarettenpapier verarbeitenden Industrie e.V." mit drei Mitgliedern sind genauso dabei, wie der Deutsche Sportbund mit 18 940 122 Mitgliedern – ein spannendes Buch von 266 Seiten, dabei doch nur eine „Beilage zum Bundesanzeiger Nr. 149".

Der eigentliche Zweck der „Öffentlichen Liste über die Registrierung von Verbänden und deren Vertreter" ist seit 1972, als man mit dieser damals noch schmalen Veröffentlichung Ordnung und Durchsicht im Bonner Interessengewirr schaffen wollte, verlorengegangen. Niemand sucht hier mehr, welche Politiker hinter den Vereinigungen und Vereinchen, den Mammutorganisationen oder Miniaturkongregationen stehen. Wesentlich scheint nur noch zu sein, daß man bei Anhörungen im politischen Raum möglicherweise die Chance hat, sich zu Gehör zu bringen und diesen Umstand seinen Mitgliedern schwarz auf weiß näherbringen kann.

Das Auf und Ab der Wirtschaft spiegelt sich in dieser Liste wider. Verbände, die es vor kurzem noch gar nicht gab und geben konnte wie das „Deutsche Video-Institut e.V." oder die „Interessengemeinschaft der Videothekare Deutschlands e.V." weisen 850 und 1200 Mitglieder nach. Der „Fußgängerschutzverein" mit Sitz in Berlin beruft sich auf 100 Mitglieder, denen er den „Einsatz für humanere Verkehrsgestaltung" verspricht. Der Allgemeine Deutsche Automobilclub prunkt mit rund 7,8 Millionen Beitragszahlern, denen die „Wahrnehmung und Förderung des Kraftfahrzeugwesens" zugesagt wird. Ein „Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club e.V." strampelt mit 5000 Mitgliedern hinterher.

Da gibt es den „Fachverband Surfindel" als Neuling genauso wie die „Arbeitsgemeinschaft humane Sexualität", den „Verband der Wiederladers und Schwarzpulverschützen" oder den elitär-kleinen Bundesverband deutscher Kunstversteigerer mit nur 28 Mitgliedern. Der „Bundesverband Seniorentanz e.V." möchte sich in den Bonner Politikerreigen mit dem Versprechen der „Aktivierung der Eigenkräfte älterer Menschen" einordnen.

Neben Riesenverbänden wie den Gewerkschaften können sich auch kleinste Bünde in Bonn registrieren lassen, so sie die Hoffnung haben, einmal „angehört" zu werden. Die „Vereinigung Berliner Empfangsamateure e.V." bringt sich deswegen mit der Aufgabe ins Gespräch, „Funkwanderungen im Wohnzimmer" durchzuführen.

Eine „Geschäftsstelle am Sitz der Bundesregierung" hat der Verein nicht – ein Schicksal, das er mit viel größeren Organisationen teilt.

Gibraltar fürchtet um den Sonderstatus als Kolonie

Britisch-spanisches Übereinkommen zeichnet sich ab

ROLF GÖRTZ, Madrid

In Gibraltar erregt zur Zeit das Gerücht über einen totalen Abbau des Zaunes zu Spanien die Gemüter der Bewohner. Vor allem in der sozialistischen Oppositionspartei artikuliert sich Protest. Denn die Gibraltarer fürchten nichts mehr als das Einverständnis zwischen London und Madrid und damit das absehbare Ende ihres Sonderstatus als britische Kolonie. Das Grenztor zwischen Spanien und Gibraltar ist schon geöffnet, seit dem 5. Februar 1985.

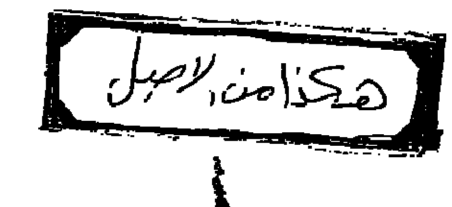
Als die königliche Staatsyacht „Britannia" im August 1981 mit dem frischgetrauten Kronprinzenpaar Charles und Diana den Hafen von Gibraltar anlief, war die Welt der 30 000 Bewohner des britischen Dominions am Eingang zum Mittelmeer noch in Ordnung. Da glaubten die „llanitos", die Gibraltarer, den seit neun Jahren von den Spaniern geschlossenen Grenzzaun noch mit der Berliner Mauer vergleichen zu können.

Und mit Genugtuung vermerkte man die spanische Verstimmung über die Hochzeitsreise des Prinzen von Wales: König Juan Carlos sagte damals seinen vorgesehenen Staatsbesuch in London kurzfristig ab.

Auch diesmal gaben Prinz Charles und Prinzessin Diana den Anstoß: Auf den herzlichen Empfang, den die britische Königin im April ihrem spanischen Vetter König Juan Carlos und seiner Frau Sofia gab, folgte jüngst der private Gegenbesuch des Prinzen von Wales im Ferienssitz der spanischen Königsfamilie in Palma de Mallorca. Nun hält man in London und Madrid schon seit einiger Zeit ein Kondominium der britischen und der spanischen Krone in Gibraltar nicht mehr für unmöglich.

Beide Regierungen haben deshalb auch nichts gegen die idyllische Vorstellung verschiedener Medien, wonach sich die Prinzen von Wales und Asturien, Charles und Felipe, in gewissen Abständen in Gibraltar als Repräsentanten ihrer Krone ablösen.

Um so intensiver verlangt die sozialistische Oppositionspartei nach einem selbständigen Staat als einzige Alternative zum britischen Status.



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Öl und die „DDR“

Von Hans-Jürgen Mahnke

Der innerdeutsche Handel ist auf der Ölspur ins Schlingern geraten. Der Preisverfall auf den internationalen Märkten hat auch hier voll durchgeschlagen. In den vergangenen Jahren hatte die längerfristige Vereinbarung, nach der die „DDR“ aus der Bundesrepublik Rohöl bezieht, es zusammen mit sowjetischem Öl verarbeitet und die Produkte vor allem auf dem Berliner Markt verkauft, dem deutsch-deutschen Warenaustausch zusätzliche Impulse gegeben.

Mit jeder Preisanhebung der Opec nämlich kletterten vor allem auch die Öl-Einnahmen der „DDR“, weil ihre Verkäufe an Dieselöl, Benzin und Heizöl an die Bundesrepublik sehr viel höher sind als ihre Öl-Käufe hier. Wegen des starren Verrechnungssystems bestimmen aber die Lieferungen der „DDR“ letztlich auch ihre Kaufmöglichkeiten in der Bundesrepublik.

Jetzt geht es bei den Ölpreisen anders herum. Und damit stellt sich die Frage nach der Zukunft des innerdeutschen Handels. Sicher wird er das Vorjahresergebnis nicht wieder erreichen, auch wenn sich mengenmäßig die Veränderungen in engen Grenzen halten. Wo liegen Absatzchancen für die „DDR“? Im Grundstoffbereich wohl kaum, eher bei Fertigwaren. Doch sind die Möglichkeiten bei Investitionsgütern begrenzt. Die „DDR“ hinkt technologisch zu weit hinterher.

Bei Konsumartikeln sieht das anders aus, auch wenn die „DDR“ hier mit den Schwellenländern konkurrieren muß, die zudem noch von dem niedrigen Dollarkurs profitieren. Die „DDR“ muß sich anstrengen. Das scheint sie auch zu wollen. Darauf deuten jedenfalls die verstärkten Käufe von beispielsweise Textilmaschinen hin. Damit kann zumindest der Standard des Angebots verbessert werden. Was sie zusätzlich erlöst, kann sie für Käufe in der Bundesrepublik nutzen.

Große Sprünge sind vorerst kaum drin. Überdies muß sie auch andere westliche Geschäftspartner, bei denen sie in den letzten Jahren weniger gekauft hat, bei Laune halten. Daher sind Großaufträge in diesem Jahr auch an andere Anbieter gegangen. Daher wird sich der innerdeutsche Handel auf dem von den Ölpreisen bereinigten Niveau nur langsam nach oben bewegen. Mehr ist nicht drin.

Was soll es bedeuten?

Von Hans Baumann

Erst waren es die Betriebsräte der Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen AG, jetzt fühlt sich die Arbeitnehmerorganisation der Kraftwerk Union von der Volkspartei SPD und ihrem Vorsitzenden Willy Brandt getäuscht. Jahrelang beflügelte diese Partei die Wirtschaft, den Klauen der Ölscheichs zu entkommen und gleichzeitig mit der Nutzung des Atoms die Umwelt zu sanieren. Der Erfolg liegt auf der Hand: Das Öljoch wurde abgeschüttelt, der Dollar-Aderlaß ist beendet, die Entlastung der Umwelt durch einen Anteil von 35 Prozent Kernkraft an der Stromerzeugung ist überzeugend dokumentiert.

Und nun soll das nicht mehr gelten – aber statt akzeptable Argumente für die plötzliche Wende gegen die Kernkraft zu präsentieren, tritt der sonore Parteivorsitzende nun Arm in Arm mit Popsängern beim „Rock gegen Atom“ auf.

Die Arbeitnehmer sind verstört. Ist das nun die Klientel, mit der die SPD-Wende gegen den technischen Fortschritt im Volke verkauft werden soll? Solche Musikspektakel sind jedenfalls kein Beweis für oder wider die Atomkraft, sie fänden auch ohne jedes Etikett Zulauf.

So entsteht bei den Männern und Frauen an der Werkbank der Verdacht, daß es eigentlich gar nicht darum geht, die Kernkraft zu stoppen, und daß es schon gar nicht darum geht, seriöse Energiepolitik zum Nutzen der arbeitenden Menschen zu fördern, sondern daß es schlicht darum geht, eine systematisch erzeugte Angst zu nutzen – um mit einem Begriff aus früherer Energieproduktion zu sprechen: Wasser auf die eigenen Mühlen zu leiten.

Das mag, oder mag auch nicht, sich für die Berufspolitiker auf der Suche nach gutbezahlten Arbeitsplätzen in Parlamenten auszahlen. Aber für die Arbeitnehmer draußen bedeutet das, daß ihre Arbeitsplätze und die ihrer Kinder aufs Spiel gesetzt werden. Das ehrwürdige Traumschiff einer besseren Zukunft namens SPD als Musikdampfer mit Brandt-Rock-Pop – immer mehr Bürger fragen sich nach dem Loreley-Auftritt: Was soll es bedeuten? Und halten den Schluß für denkbar: Ich glaube, die Wellen verschlingen am Ende noch Schiffer und Kahn.

Rechts-Überfluß

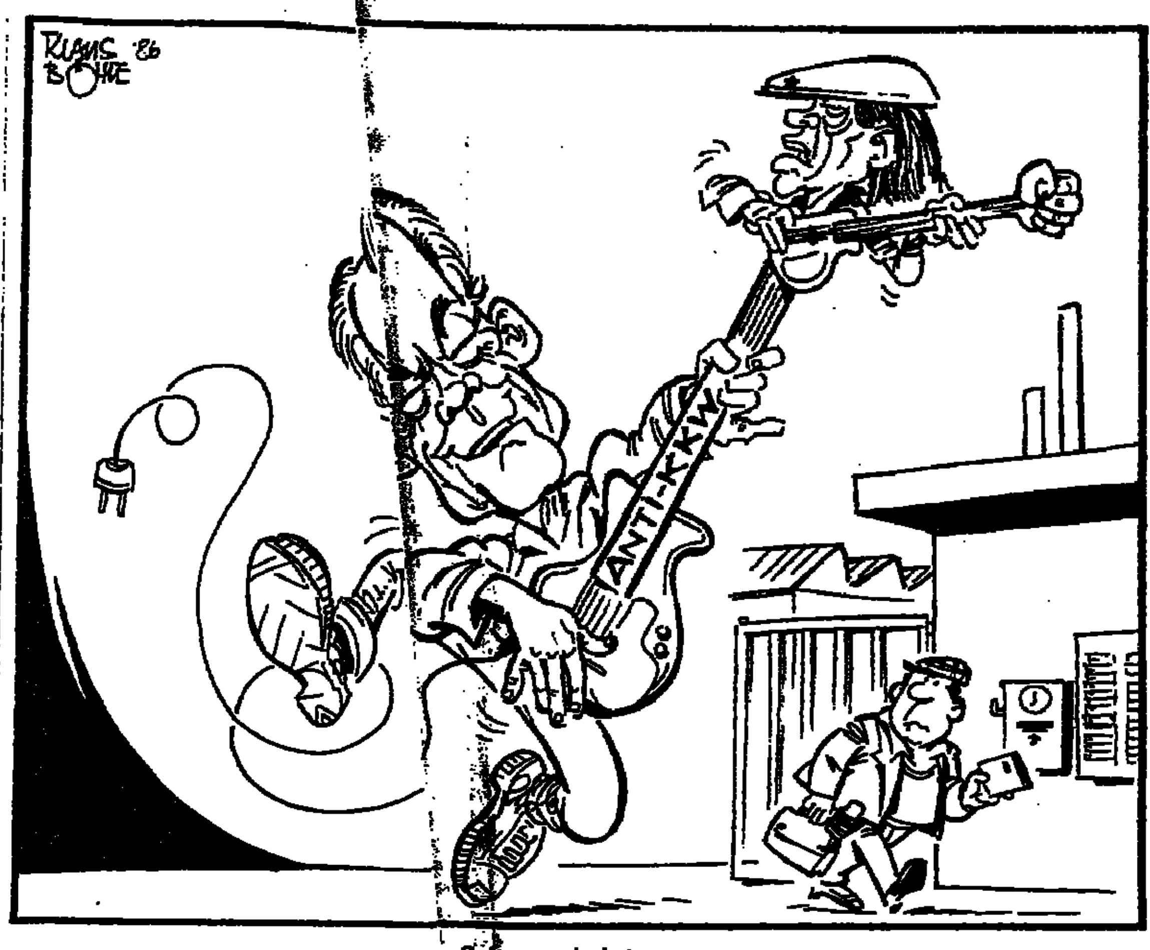
Von Joachim Neander

Daß der Konkurrenzkampf der vielen, längst zu vielen Rechtsanwälte teilweise bis in die Untersuchungsgefängnisse hinein geführt wird und so nicht mehr unbedingt dem Recht dient, ist allgemein bekannt. Auch daß ein mit Hilfe des Repetitors notdürftig zusammengebüffeltes juristisches Staatsexamen keine Karriere im Staatsdienst mehr begründet, hat sich herumgesprochen. Da ist es logisch und verständlich, wenn die Standesorganisation der Anwälte öffentlich vor dem Jurastudium warnt.

Ob freilich der Bundesjustizminister sich diesen Warnungen anschließen sollte, ist fraglich. Daß die Kultusminister öffentlich vom Studium der Lehramtsfächer abraten, hat seine Berechtigung immerhin in der Tatsache, daß hier der Staat praktisch der einzige in Frage kommende Arbeitgeber ist. Für die Juristen gilt das nicht. Ihnen stehen auch außerhalb der Justiz und der staatlichen Verwaltung mannigfache Wege offen, die dem Tüchtigen – im Unterschied zum Lehrberuf, wo selbst ein Einserexamen heute in der Regel zum Arbeitsamt führt – keineswegs versperrt sind.

Sonst müßte der Bundesforschungsminister vor dem überlaufenen Fach Biologie und der Bundeswirtschaftsminister vor dem inzwischen ebenso beliebten Beruf des Schreiners warnen. Das tun sie mit Recht nicht. Wer ein akademisches Studium beginnt, sollte soviel Intelligenz mitbringen, daß er seine Fähigkeiten, seine Möglichkeiten und seine Ausdauer selbst einigermaßen einschätzen kann. Informationen gibt es genug.

Schließlich: Warum sollten arbeitslose Juristen ein schlimmeres soziales Problem sein als arbeitslose Soziologen oder Politologen? Wenn, dann ist die Akademikerschwemme das eigentliche Problem, die Frage also, wie man die Studentenzahl (wieder) in Relation zu den entsprechenden Berufsaussichten bringt. Wenn aber schon Studium mit begrenzter Chance, dann allemal besser ein Studium wie das der Rechtswissenschaft, wo der Adept vom ersten Semester an zu gründlicher Forschung und sehr genauem, logischem Denken (was er überall brauchen kann) angehalten wird. Für gewisse andere Fächer gilt das nur in Maßen.



Seitenverkehrt — KLAUS BÖHLE

Die Axt und die Nagelschere

Von Peter Gillies

Wenn die Deutschen ihr Steuersystem wirklich verstünden, ironisierte ein Finanzpolitiker, müßten sie eigentlich zu Revolutionären werden. Nun, diese Gefahr besteht mangels Voraussetzung nicht. Aber eines verstehen sie sehr wohl: Die Last, die ihnen der Fiskus für den Ertrag ihrer Arbeit auferlegt, ist unerträglich geworden.

Seit fast zwei Jahrzehnten klettert die Lohnsteuer etwa doppelt so schnell wie die Löhne selbst. Der progressive Steuertarif, einst für die dünne Schicht der großen Einkommen gedacht, erfaßt noch in diesem Jahrzehnt bereits zwei Drittel aller Steuerpflichtigen, während er 1960 beispielsweise nur fünf Prozent packte. Von zusätzlich verdienten hundert Mark müssen selbst Normalbürger nicht selten fünfzig, sechzig oder mehr Mark ans Finanzamt abführen.

Dies darf man wohl einen Handlungsbedarf nennen, zumal da die anderen Zwangsabgaben (für das Soziale) noch kräftiger stiegen. Die Steuern müssen also gesenkt und – nicht minder wichtig – vereinfacht werden. Jede Untätigkeit bedeutet, Wachstumschancen auszuschlagen, damit auf Arbeitsplätze zu verzichten, die Schattenwirtschaft zu fördern und den Bürger zu entmündigen. Er weiß besser als alle Apologeten des Wohltandsstaates, was ihm frommt. Sein sauer verdientes Einkommen ist am besten in seiner Tasche aufgehoben, die Staatskasse kann stets nur der zweitbeste Aufbewahrungsort sein.

Jeder Finanzminister dieser jungen Republik hat sich an Steuerreformen versucht, gelungen ist sie bisher keinem. Gerhard Stoltenberg markiert nun für die neunziger Jahre wiederum dieses Ziel. Ein Entlastungsvolumen von netto zwanzig oder einigen Milliarden mehr Mark mag sich sehen lassen; auch ist das Ziel eines linear-progressiven Einkommensteuertarifs ein lobenswertes, aber eine Reform, die alle Bürger und Unternehmen wie einen Befreiungsschlag empfinden, wäre auch das nicht.

Vom biblischen Zehnt als moralisch-fiskalischem Maximum haben wir uns weit entfernt. Bei einem Spitzensteuersatz von 56 Prozent und Belastungen für Betriebe von 70 und mehr Prozent wird im bürgerlichen Lager die Frage aufgeworfen, ob ein Staat noch moralisch [illegible], wenn er seinen Steuersub[illegible]objekten mehr als die Hälfte ihr[illegible] Einkommens abknöpf[illegible] Wi[illegible]tiger als die Antwort darauf ist j[illegible]doch die Einsicht: Ein Staat, [illegible] die Steuerschraube nicht lockert ha[illegible]delte töricht.

Im 1[illegible] u[illegible] bis ins 19. Jahrhundert hin[illegible] wurde in Teilen Europas neb[illegible] [illegible] skurrilen Dingen auch die [illegible]röße der Fenster besteuert. Dies[illegible] O[illegible]jektsteuer war – wie die meist[illegible] [illegible]gaben – von der Finanzkrise [illegible] Majestäten und vom Neid dike[illegible] Zur Steuervermeidung ve[illegible]rten Bürger ihre Fenster [illegible] [illegible] die Größe von Gucklöche[illegible] Heute wird vor allem die Leist[illegible] besteuert, mit der nämlichen [illegible]: man sucht sie zu verringern [illegible] dies jedenfalls dem Fiskus zu [illegible]. Dabei wäre genau d[illegible] [illegible]teil geboten, um beispiels[illegible] Arbeitsplätze zu sichern und [illegible] schaffen.

Ein[illegible] tref[illegible] [illegible] Vorsatz auf diesem Wege [illegible] die Maxime, besser niedrige [illegible]euersätze und wenig Ausnahm[illegible] als hohe Steuern mit vielen A[illegible]nahmen. In der CDU gab es in d[illegible] siebziger Jahren einige Anläufe [illegible] die radikale Richtung, alle So[illegible]ervergünstigungen konsequent [illegible] streichen und dafür die Steuern für alle kräftig zu senken. Damit [illegible]ren die Trickser, die mit windig[illegible] Abschreibungen und anderen [illegible]ethoden ihre Last zu verringer[illegible] verstehen, selber ausgetrickst. Der Staat würde auch nicht noch [illegible]ärker in die Versuchung verstrickt, mit Steuern den Wirtschaftsablauf in (vermeintlich) förderungswürdige Richtungen zu lenken. Die Union täte gut daran, sich dieser ihrer Radikalität in Steuersachen zu erinnern.

Ein Exempel statuieren derzeit die Vereinigten Staaten. Es verbindet Vereinfachung und Senkung zu einem Befreiungsschlag. Statt 15 Progressionsklassen (bis zu 50 Prozent) soll es künftig nur noch zwei geben (15 und 28 Prozent), der Rest der Niedrigverdiener zahlt keine Bundessteuern mehr. Schlupflöcher werden verstopft, Privilegien abgebaut, der Anreiz zur Steuerflucht und -verkürzung minimiert. Die Zeit, daß manche Unternehmen mit einem Heer von Steuerberatern „Gewinne“ machten (oder sie versteckten), neigt sich. Ein radikal vereinfachtes Steuerrecht zwingt Unternehmen dazu, wieder mehr zu unternehmen.

Mit ihrem Paukenschlag erweisen sich die USA als internationaler Trendsetter. In den meisten Wohlstandsnationen versucht man, die Lasten und Kosten des Staatsapparates zu verringern. Die deutschen Sozialdemokraten haben mit ihrem Kurs der anhaltend hohen Staatskosten und der Steuererhöhungen für jene, die ohnehin bereits die meisten Steuern zahlen, die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Ihre Finanzpolitik ist daher rückschrittlich, und auch kluge Arbeitnehmer dürften sie nicht goutieren. Ein bißchen kraftvoller darf aber auch die bürgerlich-liberale Koalition ihre Ziele markieren. Während sich Ronald Reagan dem Steuerdschungel mit der Axt nähert, läßt sie es bei der Nagelschere bewenden.

Eine kraftvolle Steuerreform löst keineswegs automatisch Beifall aus (allenfalls bei jenen, die zur Erzeugung des Sozialprodukts ohnehin nichts beitragen). Sie ist im Grunde unbequem, weil sie dem Steuerbürger zwar mehr Einkommen beläßt, ihm aber auch mehr Verantwortung zurückgibt. Vor ihr stehen zahlreiche Hürden, von den föderalen Schwierigkeiten bis zur bitteren Erkenntnis, daß ein Staat auf Dauer nicht mehr ausgeben darf, als er einnimmt. Einen Mann wie Gerhard Stoltenberg allerdings müßte die historische Chance reizen, sich ins finanzreformerische Hauptbuch dieses Jahrhunderts einzuschreiben.



[H]eute kein Zwang zum Guckloch [m]ehr: Exsteuerobjekt Fenster
FOTO: ESCHER

IM GESPRÄCH Peter Robinson

Paisley überbieten

Von Wilhelm Furler

In Ulster geht seit einiger Zeit ein geflügeltes Wort um, das sich etwa so übersetzen läßt: „Ist einmal Pastor Paisley nicht im Land, gerät sein Vize außer Rand und Band.“ Der jüngste Beweis: Als der Führer der protestantischen „Demokratischen Unionisten“ Nordirlands, Ian Paisley, letzte Woche in den USA weilte, organisierte sein Stellvertreter Peter Robinson einen nächtlichen „friedlichen“ Überfall auf den zur Republik Irland gehörenden Grenzort Clontibret.



Wenn die Katze aus dem Haus ist: Robinson FOTO: DPA

Das wenig heldenhafte Schaustück, das zunächst damit endete, daß Robinson von der irischen Garde-Polizei wegen Tätlichkeit gegen zwei Polizeibeamte, Beschädigung eines Polizeifahrzeugs und Anstiftung zu unerlaubter Zusammenrottung festgenommen wurde, hatte – wie nicht anders zu erwarten – ein blutiges Nachspiel. Als Robinson wenige Tage später mit einem Troß militanter „Loyalisten“, darunter natürlich der um seine Autorität bangende und somit vorzeitig aus Amerika zurückgeeilte Pastor Paisley, zum Gerichtstermin über die Grenze ins republikanisch-irische Dundalk zog, flogen die Fäuste und Wurfgeschosse fanatischer Nationalisten.

Im Verlauf dieses Jahres ist es dem siebenunddreißigjährigen smart aussehenden Robinson gelungen, das Image eines entschlossenen Kämpfers aufzubauen. Er sägt an der Autorität des sechzigjährigen Paisley, bei dem die zwanzigjährige politische Karriere, seine Abgeordnetensitze in Westminster und im Europäischen Parlament sowie seine kirchlichen Ämter Spuren hinterlassen haben.

Zwar gibt es kaum einen Zweifel daran, daß der Pastor mit seiner mächtigen Stimme und seiner üblen antikatholischen Rhetorik sein hohes Ansehen unter den meisten Anhängern der von ihm gegründeten „Partei Demokratischer Unionisten“ (DUP) beibehalten wird. Aber ungewollt wird er immer mehr zu einer Art Totem-Figur. Derweil steigt der ehrgeizige Robinson, ein ehemaliger Laienprediger, zur alles organisierenden Persönlichkeit auf. Er war es schließlich, der die Vereinbarung zwischen Paisley und dem Führer der „Offiziellen Unionisten“, Molyneaux, torpedierte, mit Frau Thatcher Verhandlungen über das so verhaßte anglo-irische Abkommen aufzunehmen.

Robinson hält den Abgeordnetensitz für den sehr großen Arbeiter-Wahlbezirk Belfast Ost. Mit zähem Einsatz hat er die DUP in eine politische Maschinerie umorganisiert und sich selbst zu einem unabhängigen und unersetzbaren Vize gemacht. Die auffallendsten Unterschiede zwischen ihm und Paisley kommen inzwischen immer dann zum Vorschein, wenn es um die Frage der Anwendung ruchloser Taktiken zur Bekämpfung des anglo-irischen Abkommens von Hillsborough geht.

Die paramilitärischen Sektionen und die Verfechter der harten Linie in der Partei haben den Glauben an Paisley verloren. Haben sie in Robinson ihren Mann gefunden? Das Schauspiel im Grenzstädtchen Clontibret hat sie jedenfalls nicht enttäuscht.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Frankfurter Rundschau

Sie sieht alle Gefahr bei den Amerikanern und den Deutschen:

Amerika möchte erkennbar wieder die erste Macht auf dem Planeten werden, koste es, was es wolle. Und Ronald Reagan ist offenbar nicht bestrebt, als „Friedenspräsident“ in die Geschichte einzugehen, sondern als Staatsmann, der die Sensibilität, die durch Vietnam gerade in der jüngeren Generation der USA entstanden ist, mit Rambo-Methoden beseitigte, eine Mentalität übrigens, die auch bei Deutschen anzutreffen ist, wenn sie sich mit der eigenen, jüngeren Geschichte befassen.

Allgemeine Zeitung

Das Mainzer Blatt fragt nach der Rüstungskontrolle:

Der Kreml-Chef malte die „historische Chance“ aus, daß er mit Reagan ein Abkommen über den beiderseitigen Teststopp unterzeichnen werde. Auf diesem Gebiet kann es aber keinen Vertrag ohne präzise Garantien für die Einhaltung geben. Daran sind bisher alle guten Pläne gescheitert, und zur Stunde ist nicht klar, ob sich die Sowjetunion über mündliche Erklärungen hinaus zu Inspektionen auf ihrem Gebiet verpflichten will.

Frankfurter Allgemeine

Hier wird Gorbatschows Rede skeptisch bewertet:

Es ist zu wenig, wenn der Sprecher Reagans sagt, ein allgemeines Testverbot liege nicht im westlichen Interesse. Es ist geradezu irreführend, wenn Bonner Politiker – von Genscher über Rühe zu Bahr – beifällige Geräusche zu Gorbatschows Rede machen ... Im Zentrum der Gleichgewichtsfrage stehen die strategischen Waffen. Gorbatschow erwartet, daß die Amerikaner mit SDI irgendwann einmal die Sowjetunion überholen werden – aber jetzt ist die Sowjetunion mit der Masse ihrer Offensivwaffen Amerika voraus. Dies ist das Thema. Davon sollte Gorbatschow die westliche Öffentlichkeit nicht ablenken dürfen. An derartigen sowjetischen Versuchen sollte eigentlich kein westlicher Politiker etwas zu „begrüßen“ finden.

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Sie hat ihre Zweifel an der Ostberliner Haltung:

Ob sich die DDR von den Warnungen aus Bonn beeindrucken läßt, ist höchst zweifelhaft. Wenn es ihr in der Asylantenfrage, wie vermutet, tatsächlich um so hochgesteckte Ziele wie den Berlin-Status und eine Zementierung der Sektorengrenze geht, dann erscheint es eigentlich wenig wahrscheinlich, daß eine härtere Gangart der Bundesregierung bei vergleichsweise zweitrangigen Verhandlungen über die Entsalzung der Werra und Autobahnrenovierungen viel nützt. Vergessen wir zudem nicht, daß die SED derzeit bei ihrer Einschleusungspraxis vom Kreml unverhohlen unterstützt wird: Ungerührt von den Protesten der drei Westmächte karriolen die Sowjets seit Wochen sogar weitaus mehr Wirtschaftsflüchtlinge nach Ost-Berlin als die DDR selbst. Vielleicht wäre US-Präsident Reagan gut beraten, die Themenliste im Vorfeld des Gipfels mit Gorbatschow um diesen Punkt zu erweitern.

Die Kriegsdienstverweigerer mit der Kalaschnikow

Neues vom „Aufbau“ und seinen Helfern in Nicaragua / Von Detlev Ahlers

Als diese Zeitung Ende Mai als erste meldete, die damals von Gegnern des Sandinisten-Regimes gefangengenommenen deutschen „Aufbauhelfer“ seien mit dem sowjetischen Gewehr AK-47, der Kalaschnikow, bewaffnet gewesen, hagelte es Proteste und Dementis. Den Tatbestand hatten unter anderem die Contra-Kämpfer über Funk nach Tecugigalpa gemeldet. Aber das fäden- und federführende „Informationsbüro Nicaragua“ in Wuppertal sagte: „Hetze!“; Gert Bastian von den Grünen: „Desinformation!“; Hermann Diehl, der Vater eines der jungen Männer: „Verrat!“ Selbst der SPD-Krisenmanager Wischnewski, der sich um die Freilassung der Gefangenen bemühte, behauptete, die WELT-Meldung stimme nicht.

Doch sie stimmt, und eine weitere Quelle der Bestätigung ist unverdächtig: Drei „Aufbauhelfer“ berichteten vorgestern abend in der ARD-Sendung „Report“ darüber, wie sie in Nicaragua mit Waffen Wache schoben: „Wir haben eine ganz kleine, kurze Unterrichtung in der Handhabung bekommen.“ Faktisch waren sie durch ihren Auftritt im Kriegsgebiet mit der Waffe in der Hand Kombattanten.

Interessant sind darüber hinaus bekanntgewordene Einzelheiten über den Einsatz solcher „Aufbauhelfer“: Das in Nicaragua bei einem Feuerüberfall ums Leben gekommene DKP-Mitglied Berndt Koberstein baute in Nicaragua eine Druckerei auf – in einem Staat, in dem es weder Presse- noch Meinungsfreiheit gibt. Delikater noch, was die französische KP-Parteizeitung „L'Humanité“ im Nachruf auf den mit Koberstein gestorbenen Joel Fieux schrieb: Seine Aufgabe war es, „Radiomaterial“ im Kampfgebiet instand zu setzen – das konnte nach Lage der Dinge nur dem Militär nutzen, nicht der Zivilbevölkerung, der zu helfen nach Angaben des „Informationsbüros Nicaragua“ der Einsatz der „Aufbauhelfer“ allein gilt.

Aber was die Bewaffnung betrifft, so brachte „Report“ nicht nur die Nachricht. Der Beitrag wurde durch die Interviews mit den dreien zum Lehrstück, wie Gewissen zur Gesinnung verkommen kann. Denn die drei sind in der Bundesrepublik anerkannte Kriegsdienstverweigerer.

Sie erklärten dazu: Die Bundeswehr sei integrierter Bestandteil der NATO, „was auf die Unterstützung von Interventionen in der Dritten Welt hinausläuft“. „Es war ganz klar, daß ich die Waffe nur zur Verteidigung benutzt hätte.“ „Daß ich mich dort bewaffnet habe, hat mit den Ursachen des Krieges dort zu tun – von 'ner Weltmacht wird ein kleines Land bekämpft!“

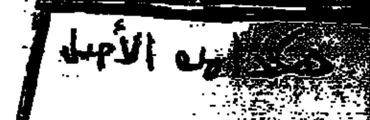
Es besteht allerdings kaum Hoffnung, daß diese freimütigen Bekenntnisse den Mitverantwortlichen zu denken geben. Zum Beispiel der Evangelischen Kirche, die das „Informationsbüro Wuppertal“ finanziell unterstützt, deren Pastor Ulrich Luther in Nicaragua den Einsatz der „Aufbauhelfer“ mitorganisiert – und dessen mögliche Beteiligung an der dortigen Botschaftsbesetzung von der Bundesanwaltschaft untersucht wird –, und deren Pastor Ulrich Finckh die „Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen“ leitet.

Ihn fragte „Report“, ob man eine „Untersuchung überlegen müsse“, den dreien den Verweigerer-Status abzuerkennen. Seine Antwort: „Nein.“

Seine Erklärung dieser Antwort ist erstaunlich: Zu unterscheiden sei, ob es um „echten Krieg“ gehe oder um „Abwehr völkerrechtlicher Angriffe im Rahmen von Notwehr, Nothilfe“. Nun geht aber der Artikel 12 a Absatz II, wie der Sachverständige für Verweigerungsfragen Finckh genau weiß, eben nicht davon aus, daß junge Bürger eines demokratischen Rechtsstaats nach Belieben den Dienst verweigern dürfen, weil sie behaupten, ihr Staat betreibe „echten Krieg“ und die kommunistische Diktatur übe Notwehr. Die Verweigerung des Kriegsdienstes ist nur denjenigen gestattet, die aus Gewissensgründen grundsätzlich keinerlei Kriegsdienst mit der Waffe in der Hand leisten würden.

Schon lange vermuten manche Kritiker, daß „Kriegsdienstverweigerung“ für viele in Wahrheit eine Chiffre für ideologische Staatsfeindlichkeit ist. Nicht nur durch den Auftritt der drei Brigadistas, sondern vor allem durch ihre Fürsprecher wird diese Frage aktualisiert. So wurde auch der Bremer Bürgermeister Henning Scherf (SPD) in der Sendung nach dem Widerspruch gefragt: hier Kriegsdienstverweigerer, dort Kalaschnikow-Träger.

Seine Antwort: „Anlaß für die vielen schlimmen Meldungen aus Nicaragua sind die US-finanzierten Contras.“ Als der Reporter nachhakte, wich Scherf erneut aus: Deutsche sollten sich überall auf der Welt aus „solchen bewaffneten Konflikten heraushalten“. Das ist derselbe Scherf, der oft so besorgt war wegen des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung, weil es hier ums Gewissen gehe.



Panhua tanzt seinen Eltern auf dem Kopf herum

Die Bevölkerungsexplosion ist so gut wie gestoppt. Die Ein-Kind-Familie ist, von immer wohlhabender werdenden Bauern abgesehen, die Regel. Doch die Chinesen stehen vor neuen Schwierigkeiten: Die Einzelkinder machen Probleme.

Von JOCHEN HEHN

„Panhua ist ein Satansbraten, er hat nur Dummheiten im Kopf", versucht Wang Xizong seine hektische Geschäftigkeit zu entschuldigen, mit der er in seiner Zweizimmerwohnung alle beweglichen Objekte, Fotos, Bilder von den Wänden, das Teegeschirr und die Bücher vom Regal in Sicherheit bringt. Er verschließt sogar den winzigen Balkon sorgfältig, auf dem der Vogelbauer hängt und die Topfpflanzen stehen. „Beim letzten Besuch hat er tatsächliche meine ‚Wenn die Nacht kommt duftet sie' ruiniert. Er warf sie vom Balkon. Zum Glück wurde niemand verletzt."

Bei der Erwähnung seiner verflossenen Lieblingspflanze, deren Blütenstempelchen sich nur bei Nacht öffnen und einen süßen, schweren Duft verströmen, läßt Wang, ein immer freundlicher, abgeklärt wirkender Lehrer am Fremdspracheninstitut in Chongqing, unverkennbare Zeichen des Unmuts erkennen.

Panhua, sein Enkel, dem die Vorsichtsmaßnahmen gelten, ist ohne Geschwister aufgewachsen und gerade fünf Jahre alt geworden. Er zählt gewissermaßen zur ersten Generation jener 32 Millionen Einzelkinder, die seit 1979, als China damit begann, die Ein-Kind-Familie zu propagieren, das Licht der Welt erblickt haben.

Großvater Wang, selbst mit fünf Geschwistern groß geworden, liebt seinen Enkel abgöttisch, auch wenn er das Resultat der Erziehungsmethoden seiner Tochter und seines Schwiegersohnes nicht billigt: „Sie verwöhnen ihn zu sehr, erfüllen ihm jeden Wunsch, und nun tanzt er ihnen auf dem Kopf herum."

In einer Gesellschaft wie der chinesischen, in der Erziehung seit Jahrhunderten durch Gemeinschaftsideale wie Disziplin und Selbstlosigkeit, aber nicht durch Individualismus geprägt war, hat das selbstbewußte, freche Auftreten solcher Kinder wie Panhua lautes Nachdenken ausgelöst. Die chinesischen Familienplaner sehen schon eine Generation von rücksichtslosen Menschen heranwachsen, unfähig dazu, mit anderen Menschen derselben Altersstufe zurechtzukommen.

Dermaßen um den Nachwuchs besorgt, sahen sie sich sogar zu einer Untersuchung veranlaßt, die nach Angaben der Pekinger „Volkszeitung" (Renmin Ribao) ergab, daß die Einzelkinder zwar gesünder und intelligenter als die Kinder früherer Generationen seien, und sie neigten auch dazu, unabhängig zu denken und seien lernbegierig. Doch seien sie „verwöhnt, gleichgültig und unfähig, für sich selbst zu sorgen".

Das Elternjournal „Fumu Bidu" (Elternlektüre) meinte, der Grund für die falschen Erziehungsmethoden habe seine Ursache in „vier Ängsten": So fürchteten die Eltern, „daß ihre Kinder verdorben werden, daß sie nicht talentiert genug sind, daß sie sie im Alter nicht unterstützen oder krank werden oder gar sterben".

Inzwischen wurden als Gegenmaßnahmen in fast allen Provinzen des Landes Beratungsstellen und eine Art von Schulen für die Eltern von Einzelkindern eingerichtet. Allein in Sichuan, mit 100 Millionen Menschen die bevölkerungsreichste Provinz Chinas, gibt es in 70 Prozent der Kreise und Städte spezielle Beratungsstellen, in denen 129 000 Mitarbeiter den Eltern ihre Hilfe bei der Vorschulerziehung der Einzelkinder anbieten.

Die naheliegende Alternative zu dieser Erziehungshilfe, die Rückkehr zur Zwei-Kinder-Politik, steht für Chinas Politiker völlig außer Frage. Angesichts einer Bevölkerung von über einer Milliarde Menschen, davon 520 Millionen im fortpflanzungsfähigen Alter, hat die chinesische Regierung die wohl drastischste Bevölkerungspolitik auf dem Erdball ins Leben gerufen. Pekings Planziel ist es, die Bevölkerung des Landes nicht über 1,2 Milliarden im Jahre 2000 anwachsen zu lassen, und dieses Ziel wurde auch in die langfristige Wirtschaftsplanung aufgenommen.

Die Familienplaner haben ganze Arbeit geleistet

Für die Provinz Sichuan bedeutet dies, den Bevölkerungszuwachs auf 120 Millionen zu begrenzen, andernfalls würden die Erfolge in der Landwirtschaft von seinen Menschen buchstäblich aufgegessen.

Wie ernst es den Verantwortlichen mit der Bevölkerungspolitik ist, wird man sicher nicht feststellen können, wenn man sich durch die Straßen der Städte in Sichuan schiebt. Selbst an einem Werktag ist man wie betäubt inmitten dieser Menge gefangen: nicht endende Kolonnen von Radfahrern, stetiges Auf und Ab des Menschengewimmels auf Gehsteigen und Straßen, Massen von Kindern, die den Langnasen (den Europäer) lachend umringen. Und dennoch: Gerade in Sichuan haben die Familienplaner ganze Arbeit geleistet. Geburtenplanung ist in dieser Provinz zur Geburtenverhinderung geraten. So liegt die Geburtenrate derzeit bei 0,3 Prozent und kommt dem angestrebten Nullwachstum damit schon sehr nahe. Der Erfolg wurde mit einem großen Propaganda-Aufwand und rigorosen Vorschriften erzielt.



Aufklärung, Propaganda und finanzielle Sanktionen haben es geschafft: die chinesische Ein-Kind-Familie

Auch Panhuas Eltern haben den Wandel in der Bevölkerungspolitik hautnah miterlebt. Als sie im Dezember 1979 im Alter von 25 und 28 Jahren endlich heiraten durften (das hohe Heiratsalter ist ebenfalls Teil der Familienplanung), wurde es ihnen zur Auflage gemacht, bei dem für ihre Einheit zuständigen Büro für Familienplanung eine Genehmigung für die Zeugung eines Kindes einzuholen. Den Jungvermählten wurde jedoch bedeutet, die Schwangerschaft um zehn Monate hinauszuschieben, da sonst die der Einheit zugeteilte Geburtenrate nicht eingehalten werden könne. Gleichzeitig mußten sie sich verpflichten, nur dieses eine Kind zu haben. Miteinbegriffen in die „Beratung" war eine Aufklärung über die verschiedensten Methoden der Empfängnisverhütung und der Hinweis, daß alle Kontrazeptiva selbstverständlich kostenlos ausgegeben werden.

Das junge Paar hielt sich peinlich genau an die Empfehlungen. Panhua kam keinen Monat zu früh zur Welt. Mit gutem Grund. Jede vorzeitige Geburt – auch die des ersten Kindes – wird seit 1979 mit empfindlichen finanziellen Sanktionen belegt. Das Baby wird zur „Schwarzmarkt-Existenz" verurteilt, das heißt, daß alle Bezugsscheine für rationierte Waren wie zum Beispiel für Öl zum Kochen oder Baumwolle, einbehal[...]er-den. Zusätzlich wird dene[...]die Vorschriften verletzt haben[...]mo-natliche Geldstrafe von b[...]30 Yuan (24 Mark) auferlegt, [...]mp-findliche Buße, selbst bei e[...]ela-tiv hohen Familieneinko[...]von 100 Yuan.

Nachhilfestunde fü[...] die jungen Ehepaa[...]

Ehepaare, die ihr erste[...]d vorzeitig und ohne Genehm[...] in die Welt gesetzt haben, mü[...]zudem regelmäßig an Inform[...]sveranstaltungen des Büros für [...]lienplanung teilnehmen, auf de[...]ie dazu gedrängt werden, die E[...]nd-Politik anzuerkennen und n[...]falls einer Sterilisation zuzusti[...]n.

Verstöße gegen di[...]chtlinien werden keineswegs als [...]te Vergehen, sondern als Vers[...]gegen die Interessen des Staat[...]etrachtet. Wohl einmalig auf der[...] dürfte es sein, daß eine Verfass[...] so wie es die chinesische tut, de[...]at zur Geburtenplanung verpfl[...]. Auch die Bürger selbst sind [...] Pflicht genommen. In Artik[...] 4[...]eißt es, die Geburtenplanung [...] se[...]eines der grundlegenden Re[...]te[...]d Pflichten der Bürger.

Doch Gesetze, Vor[...]ten, Empfehlungen werden auc[...]in [...]na mißachtet. Vor allem in der [...]evölkerung regt sich Widerstand gen die rigorose Ein-Kind-Politik. [...]ie Köpfe vieler Bauern ist noch i[...]ner die konfuzianische Tradition e[...]ehämmert, nach der Kinderreic[...]m ein Segen bedeutet. Kinder si[...] nicht nur willkommene Arbeitskr[...], sondern sie können (vorausges[...], daß es Söhne sind) den Ahnenkult fortsetzen. Diese Überzeugung hat in den letzten Jahren – wohl auch zur Bestürzung der Regierung in Peking – dazu geführt, daß es vermehrt zu Tötungen von neugeborenen Mädchen kam. Die Tatsache, daß solche Fälle immer wieder an prominenter Stelle in der chinesischen Presse veröffentlicht werden, muß als Zeichen dafür gewertet werden, daß die Säuglingsmorde der chinesischen Regierung Sorgen bereiten.

Ein probates Mittel bei der Durchführung der Ein-Kind-Politik ist die Verhängung drakonischer wirtschaftlicher Sanktionen. Die beim zweiten Kind auferlegte Geldbuße kann je nach Ermessen der Familienplaner zwischen 200 und 1000 Yuan betragen. Dazu kommen dann noch die monatlichen Abzüge von bis zu 30 Yuan, Wegfall des Krankenversicherungsschutzes, Benachteiligung bei der Wohnraumzuteilung und andere Maßnahmen, einschließlich der Rückzahlung all der Prämien, die gezahlt wurden, solange die Ein-Kind-Grenze eingehalten wurde.

Bei den Bauern, die aufgrund ihrer zusätzlichen Einkünfte aus den Verkäufen ihrer Überschüsse auf den freien Märkten zu einigem Wohlstand gelangt sind, greifen die wirtschaftlichen Sanktionen jedoch nicht wie gewünscht. Sie ziehen es vor, die Geldbußen zu zahlen. Doch auch hier setzten die Geburtenplaner jetzt die Daumenschrauben an. Widerstände werden gebrochen, indem die Zwangsabgaben an den Staat erhöht werden oder niedrigere Preise für die Produkte gezahlt werden. Weitere Druckmittel bestehen darin, den Bauern anzudrohen, die Pachtverträge für ihr Land aufzukündigen.

Ein Aspekt der chinesischen Bevölkerungspolitik war sogar geeignet, internationale Verwicklungen heraufzubeschwören. Als das Büro für internationale Beziehungen der USA im letzten Jahr wegen angeblich zahlreicher Fälle zwangsweiser Abtreibungen in China einen Zuschuß von zehn Millionen US-Dollar für den UNO-Bevölkerungsfonds (UNFPA) sperrte, reagierte die chinesische Führung irritiert auf die „unerträgliche Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas".

Peking räumte zwar ein, daß die Familienplanungs-Politik Mängel und Unzulänglichkeiten aufweise, doch könne man daraus keinen allgemeinen Trend konstruieren. China praktiziere vielmehr das Prinzip der „freiwilligen Teilnahme unter der Anleitung des Staates" und bekämpfe alle Zwangsmaßnahmen in der Familienpolitik. Außerdem – so Peking – könne keine Politik hunderte Millionen zwingen, die Geburtenkontrollen gegen ihren Willen durchzuführen.

Die Kinder sind gesünder und intelligenter geworden, doch die Einzelkinder sind „verwöhnt und unfähig, für sich selbst zu sorgen" FOTOS: DPA

Die Tagesklinik heilt die kranke Kinder-Seele

Es gibt keine Betten, aber dennoch ist es eine Klinik. Der kleine Patient kommt am Morgen und kehrt am Abend in seine häusliche Umgebung zurück. Die Tagesklinik füllt eine psychotherapeutische Lücke.

Von A. GRAF KAGENECK

Das kleine Mädchen kauert in der Ecke der Bank, hält den Schulranzen fest umschlungen und sieht den Besucher aus erschreckten, leicht schielenden Augen an. Angst ist in sein Gesicht geschrieben. Kontaktstörung. Noch nicht zehn Jahre alt, hat sie schon die Schrecken der Umwelt empfinden müssen, den Lärm, den Streß, den Leistungszwang. „Ein sehr typischer Fall", flüstert die leitende Ärztin.

Das Mädchen ist nicht allein. Zusammen mit etwa 70 anderen Kindern teilt sie sich die Zeit der ambulanten Behandlung, die hier in der „Tagesklinik" in der Kölner Pionierstraße am Zoo zur Verfügung steht, um die Kinder von ihren diversen Traumata zu befreien. Hinzu kommen rund 24 Fälle, die längerfristig behandelt werden. Längerfristig, das heißt jeweils etwa zehn Stunden am Tag in eigens dafür hergerichteten Räumen.

Dies hier ist keine Klinik im herkömmlichen Sinne. Es gibt keine Betten in ihr. Man ist, wie der Name Tagesklinik ausweist, nur über Tag hier, kommt morgens und geht abends wieder nach Hause.

Hier in der Klinik werden zwei Funktionen erfüllt: Einmal stopft man die psychotherapeutische Lükke, die in der Bundesrepublik immer noch zwischen der Häufigkeit psychopatischer, psychiatrischer oder psychosomatischer Erkrankungen und dem Angebot an entsprechenden Kliniken herrscht, zum zweiten ermöglicht diese spezifische Form der „offenen" Behandlung dem Kranken, in seinem natürlichen Umfeld der Famlie, der Wohnung, verharren zu können. Man bleibt – zumindest nach außen – ein Mensch wie alle anderen, man ist nicht „in der Psychiatrie".

Die Einführung von Tageskliniken im psychotherapeutischen Bereich hat in Deutschland lange auf sich warten lassen. Viel länger beispielsweise als in der Schweiz oder in Großbritannien.

Die Initiative kam von privaten Trägern

Noch Ende der siebziger Jahre stellte die Bundesregierung in einem Bericht über die entsprechende Lage fest: „Ein irgendwie geordnetes und koordiniertes System von Versorgung psychisch auffälliger, gestörter und behinderter Kinder und Jugendlicher ist nur in (schwachen) Ansätzen vorhanden." Inzwischen hat sich da einiges getan, wenn man im Verhältnis zur Bevölkerungsdichte auch nicht annähernd an den Versorgungsgrad der Schweiz herangekommen ist.

Vor allem dank privater Kostenträger konnte die Zahl der Tageskliniken in der Bundesrepublik immerhin auf 120 angehoben werden, die, mit 2400 Plätzen, schon etwa drei Prozent aller psychiatrischen Krankenhausbehandlungen übernehmen können.

Nicht nur Kinder und Jugendliche, auch Erwachsene, werden behandelt, wie etwa in der Tagesklinik von Siegburg bei Bonn, wo vor allem ältere Menschen, neurotisch und psychotisch erkrankt, wieder in die Gemeinschaft gesunder Mitmenschen zurückgeführt werden. Jeder, der eine seelische Krise verspürt, kann sich entweder direkt bei einer solchen Klinik melden oder sich über seinen behandelnden Arzt dort einweisen lassen.

Die Ärzte, Psychologen, Familien- und Bewegungstherapeuten, Sozialarbeiter und freiwilligen Helfer sind sich darüber im klaren, daß sie eine Vorreiterrolle übernommen haben. Hier wird psychotherapeutisches Neuland betreten, an dessen Ende vielleicht einmal das Ende der klassischen Psychiatrie stehen könnte.

Auch die Krankenkassen, zunächst skeptisch abwartend, haben jetzt erkannt, daß sie ein solches Vorhaben unterstützen und es in ihre Versorgung einbeziehen sollten. Vor ihnen taten das seit längerem private Hilfeorganisationen, wie der Johanniterorden etwa oder die Küpper- und die Börnerstiftung.

Gräfin Eulenburg, die Vorsitzende des Trägervereins der Johanniter für die Kinderklinik in der Kölner Pionierstraße, hatte schon vor zehn Jahren nach der äußerst pessimistischen „Psychiatrie-Enquête" der Bundesregierung die Dringlichkeit der Stunde erkannt und die Trommeln bei Industrie und Banken zu rühren begonnen.

„Wir bauen fest auf die Heilungskraft der Familie"

„Wir haben den Bedarf", so Gräfin Eulenburg, „soeben erst ein wenig steuern können, aber es bleibt noch viel zu tun", sagt die energische Tochter eines rheinischen Industriellen, die 1978 ihre erste Tagesklinik in Siegburg ins Leben rief, heute. Jedenfalls glauben alle, die an diesem Hilfswerk beteiligt sind, daß eines der ernstesten Probleme unserer Zeit nur über den Weg der ambulanten und der teilstationären Behandlung gelöst werden kann.

„Wir bauen fest auf die Heilungsfunktion der Familie", ergänzt Adolf Schumacher, Diplom-Psychologe und einer der Leiter der Kölner Kindertagesklinik. „Familien-Therapie wird bei uns ganz groß geschrieben, ohne sie geht nichts. Der ‚Symptomträger' wird überhaupt nur in Begleitung seiner Eltern, oft seiner Schulfreunde, seiner Lehrer oder aller sonst irgendwie relevanten Personen aus seiner Umgebung zu einem ersten Gespräch empfangen, das über eine Aufnahme entscheidet. Oft stammen Störungen aus einem gestörten Familienleben, dann können wir auch da manches heilen."

Im Jahr kommt man in Köln auf bis zu 240 Familien, die auf diese Weise betreut werden. Oft braucht man zwanzig Sitzungen in Familientherapie, bis man an den Kern der Sache herangekommen, eine Besserung erkennbar ist. Es wird in drei Altersgruppen vom 5. bis zum 21. Lebensjahr der Patienten gearbeitet. Der Tag verläuft mit Behandlung, Freizeitbeschäftigung, Sport, unterbrochen von Mahlzeiten, die die Patienten sich selbst in kleinen Küchen zubereiten können – auch das Bestandteil der Therapie. Nur Drogenabhängige und dauerhaft geistig behinderte Kinder bleiben ausgeschlossen.

Der Andrang ist groß, wer aufgenommen werden will, muß heute bis zu acht Wochen warten. „Und die Fälle, die uns beschäftigen, nehmen leider allgemein zu", sagt Psychologe Schumacher.

„Bayernkurier“ greift FDP und CDU an

DW. München

Unter der Überschrift „Wahlkampfziel – Was die CSU will“ hat der Chefredakteur des CSU-Parteiorgans „Bayernkurier“, Scharnagl, geschrieben, es gebe in der FDP immer noch starke Kräfte, „die sowohl innerlich wie auch ganz offen in ihrem politischen Taktieren dem Bündnis mit der SPD nachtrauern“. Die Namen Hirsch und Baum stünden hier „nur beispielhaft“. Zu den jüngsten Streitigkeiten zwischen Genscher und der CSU wegen Differenzen mit der Wiener Regierung und wegen der Diskussion um künftige Ministerposten meinte Scharnagl, die CSU habe es „zu Recht als skandalös“ empfinden müssen, daß „ein CDU-Politiker namens Rühe“ Genscher sofort in Schutz genommen und dies mit Belehrungen an die Adresse des CSU-Vorsitzenden Strauß verbunden habe. Die CSU habe es sorgfältig registriert, daß die Angriffe des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf Strauß und die CSU von der CDU-Führung ohne ein „Wort der Distanzierung, der Klarstellung oder der Entschuldigung“ übergangen worden seien.

Reaktorabkommen rückt näher

dpa, Bonn

Als „ersten wichtigen Erfolg“ hat Umweltminister Wallmann (CDU) die auf dem Wiener Vorbereitungstreffen für verstärkte internationale Zusammenarbeit im Kernenergiebereich verabschiedeten Konventions-Entwürfe über frühzeitige Information und gegenseitige Hilfe bei nuklearen Unfällen begrüßt. Beide Abkommen,

über die endgültig die Ende September tagende Ministerkonferenz der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) entscheiden soll, seien geeignet, den Schutz vor grenzüberschreitenden Auswirkungen eines möglichen Reaktorunfalls wesentlich zu verbessern.

SPD fordert Runde für Zinssenkung

rtr, Bonn

Die SPD hat eine internationale Zinssenkungsrunde und die sofortige Einberufung einer neuen Weltwirtschaftskonferenz gefordert. Vor allem wegen der Konjunkturabschwächung in den USA drohe der Weltwirtschaft eine erneute Krise, erklärte ihr Wirtschaftsexperte Jens. Deshalb müsse jetzt durch abgestimmte Zinssenkungen vor allem in den USA, Japan und der Bundesrepublik Deutschland gegengesteuert und die Nachfrage angekurbelt werden. Eine Senkung der Diskontsätze um ein bis zwei Prozent sei möglich und angebracht. In den USA steigen die Sorgen vor einer Rezession. Diese würde mit einer Verzögerung von etwa einem Jahr auf die Bundesrepublik Deutschland übergreifen.

Ausbildungsrekord im Druckgewerbe

dpa, Wiesbaden

Einen „Ausbildungsrekord“ meldet der Bundesverband Druck e.V. für das Ausbildungsjahr 1985/86. Die Druckbetriebe sowie Firmen der Papierherstellung und -verarbeitung hätten in diesem Zeitraum 16 600 Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt. Das entspreche im Vergleich zum vorangegangenen Ausbildungsjahr einer Steigerung vo 9,4 Prozent. Mit 5300 weiblichen Lehrlingen sei der Anteil der Frauen an den „Azubis“ auf fast ein Drittel gestiegen.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Absolute Mehrheite schafft keiner, der nu ein guter Mensch is

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel sieht in Kanzlerkandidat Johannes Rau den Mann, mit dem die SPD eine absolute Mehrheit erreichen kann. Auf dem Parteitag in Nürnberg werde seine Partei in der nächsten Woche zeigen, daß sie wieder „voll da“ ist, die „Stimmungsschwingungen“ vorüber sind. Über die Lage der SPD sprach mit ihm Peter Philipps.

WELT: Ist die SPD plötzlich der Meinung, daß Sie doch einen falschen Kanzlerkandidaten ausgewählt hat?

Vogel: Keineswegs, hinter der Partei liegen jetzt einige Wochen, in denen sie nach der erfolgreichen Anstrengung in Niedersachsen Atem geholt hat. Der Nürnberger Parteitag wird zeigen, daß wir wieder voll da sind. Spätestens dann ist das Zwischenhoch zuende, das die Union aus der Tatsache konstruiert hat, daß sie am 15. Juni in Niedersachsen um Haaresbreite an einer totalen Katastrophe vorbeigeschrammt ist. Angesichts der schlimmen Verluste der Union war das handwerklich gekonnt.

WELT: Aber nun haben ja Enkel und andere deutlich gemacht, daß es Differenzen zu Rau gibt.

Vogel: Wo eigentlich? Außerdem: Vor Ahlen gab es auch noch ein kurzes Zwischenhoch für die CDU, nach Ahlen war das restlos weg. Wenn Sie die Böllingsche Kritik meinen – die hat eher geholfen als geschadet.

WELT: Nun, es hilft ja nicht, wenn diese Stimmungsschwingungen alle Vierteljahr wiederkommen.

Vogel: Nein. Dies habe ich auch nicht als eine Art Zyklus im Kopf.

WELT: Kann es sein, daß in der Partei auch ein Unbehagen über den Kandidaten um sich gegriffen hat, der als guter Mensch aus Wuppertal, aber nicht programmatisch auffällt?

Vogel: Da wollen bestimmte Leute, daß sich gewisse Etiketten verfestigen. Ich kann nur dazu raten, sich die bisherige politische Lebensgeschichte von Johannes Rau anzusehen. Als es um die Nachfolge von Heinz Kühn ging, hat er sich gegen Posser und Farthmann durchgesetzt. Und das sind ja weiß Gott keine Leichtgewichte. 1980 und 1985 hat er in Nordrhein-Westfalen absolute Mehrheiten geholt. Das schafft keiner, der n[ur] ein guter Mensch ist.

WELT: Aber in den letzten W[o]chen hat außer Rau niemand meh[r] von absoluter Mehrheit gespr[o]chen.

Vogel: Diese Meßlatte hat Johannes Rau vor seiner Kandidatur gesetzt. Alle, die ihn nominiert haben, kannten sie und haben sie akzeptiert. Daran hat sich nichts geändert. Ein bestimmter Satz im „Zeit“-Interview des Parteivorsitzenden ist da ein bißchen überinterpretiert worden.

WELT: Aber Glotz hat nachgeschoben mit seinem Interview über das „schöne Ergebnis“ von 43 Prozent.

Vogel: Warum sollte man eine Verbesserung von 38 auf 43 Prozent nicht als etwas Erfreuliches bezeichnen dürfen. Nur, hier geht es nicht darum, daß sich die SPD eine Freude macht, sondern es geht darum, ob in den nächsten vier Jahren Kohl-Politik oder sozialdemokratische Politik gemacht wird.

WELT: Als die Kandidatur von Rau begann, hatte die Regierung genug Probleme mit sich selbst. Inzwischen hat sich da ja manches geändert.

Vogel: Wieso? Trotz der Ölpreisentwicklung und der Entwicklung der Rohstoffpreise verharrt die Arbeitslosigkeit unverändert auf Rekordhöhe. Und die Zahl der Beschäftigten war trotz aller Schönfärberei am Ende des 1. Quartals 1986 noch immer niedriger als die Zahl der Beschäftigten am Ende der Regierung Schmidt am 1. Oktober 1982.

Auch der Streit in der Koalition hat ja eher zu- als abgenommen. Inzwischen geht es ja nicht mehr allein um die ständigen Rempeleien zwischen der CSU und der FDP. Inzwischen beschimpfen sich ja schon die Stellvertreter von Herrn Dregger, nämlich Herr Waigel und Herr Rühe, in aller Öffentlichkeit.

Und die Ohrfeige, die sich die Bun[desregie]rung mit dem Beschluß des am[erika]nischen Senats geholt hat, [Au]fträge nur an US-Firmen zu ge[ben, i]st ja auch nicht von schlechten [Elter]n.

[WELT]: Bleibt die absolute Mehr[heit] [da]s Ziel? Bedeutet das nicht, [da]ß [st]ärker als bisher versucht w[erden] muß, aus potentiellen Grüne[n-Wäh]lern SPD-Wähler zu mach[en?]

Vogel: [Natü]rlich. Das ist ja auch im Saarl[and], in NRW und zuletzt in Niedersa[chsen] im erheblichen Umfang gelun[gen]. Das eigentlich Überraschen[de i]n Niedersachsen war ja, daß di[e Grü]nen wenige Wochen nach Tscher[nobyl] fast stagnierten. Das zeigt, [da]ß eine ganze Anzahl potentieller [Grünen]-Wähler und auch Leute, die sch[on e]inmal grün gewählt haben, zu [uns] gekommen sind.

WELT: [Ab]er wo soll plötzlich das emoti[onali]sierende Thema herkomm[en b]is zum Januar, das die SPD zur absoluten Mehrheit hochreißt?

Vogel: 1972, als wir das bisher beste Ergebnis erzielt haben, gab es in Nordrhein-Westfalen bei der vorhergehenden Landtagswahl nur knapp über 50 Prozent für die SPD. Im Jahre 1985 hat Johannes Rau 52,6 Prozent erzielt. Also schon von daher zeigt sich, daß mit Johannes Rau Wähler und Prozentzahlen erreichbar sind, die jedenfalls in Nordrhein-Westfalen deutlich über dem liegen, was wir 1972 in Nordrhein-Westfalen erreicht haben.

WELT: Halten Sie denn das Hauff-Papier über den Ausstieg aus der Kernenergie für ein seriöses und hilfreiches Papier auf diesem Weg?

Vogel: Ja. Es zeigt, wie wir schrittweise aus der Kernenergie aussteigen können. Und es nennt nicht einfach eine Jahreszahl sondern sagt, von welchen Voraussetzungen die Realisierung des genannten Zehnjahres-Zeitraums abhängig ist; so von einem breiten, über die eigene Partei hinausgreifenden gesellschaftlichen Konsens.

WELT: Nun wählen die Leute ja nur an zweiter Stelle Programme, an erster Stelle sehen sie sich die Leute an, die Kompetenz ausstrahlen.

Vogel: Johannes Rau verkörpert politische Kompetenz in hohem Maße. Auch sonst haben wir den Vergleich mit dem Kohl-Kabinett in keiner Weise zu scheuen. Herrn Bangemann halten selbst seine Freunde für ein Leichtgewicht. Und bei Herrn Stoltenberg spricht sich inzwischen immer mehr herum, daß er die höchste Abgabenlast und die höchsten Steuersubventionen in der Geschichte der Bundesrepublik zu verantworten hat. Von der „Ausstrahlung“ der Herren Wörner, Zimmermann und Engelhard ganz zu schweigen.

[FOT]O: JUPP DARCHINGER

Geteiltes Jubiläum in Berlin: Heiter im Westen – militärisch im Oten

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Mit einer überzeugenden Darlegung freiheitlich westlicher Lebensart, politischer Beständigkeit, Freundschaft zu den Schutzmächten und heiterer Gastgeberlaune will sich der Westteil Berlins 1987 präsentieren. Den Kontrapunkt setzt dagegen Ost-Berlin: Wenn Berlin im nächsten Jahr seinen 750. Geburtstag feiert, will die „DDR“-Seite auch mit Paraden, Militäraufzügen, Aufmärschen und „Kampfappellen“ den Hauptstadt-Charakter des Ostteils demonstrativ unterstreichen. Das komplette Programm soll Ende September vorliegen.

Zwei Welten und Sichtweisen in einer Stadt – so stellt sich Berlin 24 Stunden nach der Vorlage des westlichen Feier-Programms durch den Senat dar (die WELT berichtete mehrfach). Als Grundmelodie der West-Festlichkeiten nannte der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen die Darstellung Berlins in seiner nationalen Bedeutung „als die einzig denkbare Hauptstadt aller Deutschen“. Sie bilde die Klammer zwischen Ost und West und werde sich als „freiheitliche Metropole mit ihrer Vielfalt, Urbanität und Toleranz“ erweisen.

Stelldichein der Prominenz

Das wichtige politische Dekor bilden die zugesagten Visiten der Oberhäupter aller drei westlichen Schutzmächte an der Spree:

- Queen Elizabeth II. reist – dann zum drittenmal – am 30. oder 31. Mai 1987 nach Berlin und nimmt dort die traditionelle Geburtstags-Parade ihrer Truppen ab.
- US-Präsident Ronald Reagan wird vor oder nach dem Weltwirtschaftstreffen vom Mai 1987 (in Rom) erwartet.
- Mit Frankreichs Staatspräsident François Mitterrand besteht noch keine Terminabsprache. Diepgen reist im November nach Paris.

Das Leitmotiv aller Bemühungen auf westlicher Seite mündet in das Motto „Die Welt zu Gast in Berlin“. Der Senat – zunächst äußerst unpräzise in seinen Vorstellungen und von engagierten Parlamentariern aller Fraktionen zu tauglicheren Programmen gedrängt – will die Rolle des liberalen, weltoffenen Gastgebers übernehmen und nicht an der Klagemauer über die geteilte Stadt verharren.

Während die westlichen Feiern einen eher „privaten“, bürgerlichen und auch echte Volks-Belustigung zulassenden Charakter tragen, will die SED offenbar schon im Ansatz anders vorgehen. Im Jubiläumsjahr soll drüben vor allem eine nicht mehr veränderbare Teilung der Stadt in eine „sozialistische Metropole und Hauptstadt“ und ein gewissermaßen „feindliches Ausland“ jenseits des Brandenburger Tores suggeriert werden.

Die SED hatte Mitte Dezember 1985 auf sechs Seiten des „Neuen Deutschland“ ihre Thesen zur 750-Jahr-Feier ausgebreitet und dabei West-Berlin allenfalls wieder den Charakter eines besonderen politischen Gebildes zugestanden. Dreimal habe man von West-Berlin aus versucht, „die Arbeiter- und Bauernmacht in der DDR zu liquidieren“. Allein aus der Tatsache, daß Berlins Keimzelle [Alt-]Cölln im heutigen Ost-Berlin lie[gt, zi]ehen die Thesen-Verfasser – sieb[en S]ED-Professoren – groteske Sch[lüs]se „Über Jahrhunderte hinweg h[at] sich die Geschichte Berlins dort [voll]zogen, wo sich heute das Zentrum [der] Hauptstadt der DDR befindet.“

Gemeinsamer Kirchentag?

Wie a[us] Ost-Berlin verlautet, dürften sic[h a]ber auch im dortigen Programm [gl]eichsam „westliche“ Feier-Elemen[te] finden – wie Schiffsparaden a[uf] den Ostberliner Gewässern, Sport[t]reffen, Bürgermeistertreffen und [bun]tes Treiben. Ob sich das Festk[om]itee unter Vorsitz von Erich Hone[ck]er selbst zu einem zentralen Stra[ßen]umzug mit historischen Figuren [u]nd Gestalten entschließt, sche[int] offen. Dieses Thema scheint dur[ch] die Goebbelsche 700-Jahr-Feier v[on] 1937 tabuisiert.

S[eit] dem Treffen zwischen Richard vo[n W]eizsäcker und Erich Honecker am [1]5. September 1983 in Ost-Berlin lau[fe]n zwirnsdünne Gesprächsfäden zw[is]chen West- und Ost-Berlin über w[ec]hselseitige Terminabsprachen. A[uf] der anderen Seite nimmt die Nei[gun]g zu konkreter Zusammenarbeit [ab]er eher ab als zu.

Offen ist, ob sich zum Beispiel der [er]ste Ostberliner evangelische Kir[c]hentag nach dem Mauerbau (24. bis [2]8. Juni 1987) unterhalb der politi[sc]hen Ebene halten läßt. Unter dem [M]otto „. . . und ich will bei euch wohnen“, könnten sich dort West- und Ost-Berliner tatsächlich von Mensch zu Mensch begegnen.

SPD spricht von Einmischung der US-Streikräfte in Mainz

Es geht um ein Positionspapier mit Blick auf die Wahl

JOACHIM NEANDER, Mainz

In einem Entschließungsantrag will die SPD-Fraktion den rheinland-pfälzischen Landtag auffordern, „Einmischungsversuche der US-Streitkräfte in den Landtagswahlkampf zurückzuweisen“. Den Anlaß für diesen ungewöhnlichen Vorstoß der Opposition bietet ein internes Positionspapier der Amerikaner, das aus dem US-Hauptquartier in Heidelberg von Unbekannten über die Deutsche Angestelltengewerkschaft (DAG) den Medien zugespielt worden ist.

Es handelt sich um einen Tätigkeitsbericht des „US Forces Liaison Office“ (Verbindungsbüro der Amerikaner zu den Landesregierungen Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland in Wiesbaden). Darin wird vertraulich davon abgeraten, das sogenannte ROCAS-Programm (Einsparungen bei den Streitkräften) noch vor der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz am 17. Mai 1987 durchzuführen, weil eventuelle Entlassungen deutscher Zivilangestellter zu Unruhe in der Bevölkerung, Diskussionen im Wahlkampf und eventuell einem Verlust der „wackeligen“ absoluten Mehrheit der CDU führen könnten. Zugleich wird an mehreren Beispielen die sehr viel negativere Haltung der SPD gegenüber den US-Streitkräften aufgezeigt.

Der SPD-Landesvorsitzende Rudolf Scharping hält dies für eine „skandalöse Einmischung in innere deutsche Angelegenheiten“. Ministerpräsident Vogel (CDU) müsse es peinlich sein, von den Amerikanern so „umarmt zu werden“. Auch die ÖTV, die die Entlassung von 8000 der 23 000 Zivilangestellten befürchtet, hat in einem Fernschreiben den Ministerpräsidenten aufgefordert, Stellung zu nehmen.

In der Mainzer Staatskanzlei betrachtet man die Diskussionen offenbar gelassen. Bernhard Vogel erklärt, er kenne das Papier nicht. Der pfälzische CDU-Bezirksvorsitzende Kultusminister Gölter fügt etwas sarkastisch hinzu, das Papier sei „zwar ungewöhnlich, aber in manchen Punkten gut verständlich“.

Regierungssprecher Hennes Schreiner gegenüber der WELT: „Die sollen doch froh sein, daß wir es mit unserem Gewicht sind, die mit den Streitkräften über deutsche Arbeitsplätze verhandeln und bisher jeden Abbau verhindern konnten. Wer die Amerikaner bei fast jeder Gelegenheit beschimpft und dann fordert, daß sie mehr Leute einstellen, ist nicht glaubwürdig.“

Börner: Gratwanderung im Ausländer-Wahlrecht

Gesetzentwurf der Grünen im Landtag abgelehnt

D. GURATZSCH, Wiesbaden

Für die hessische SPD ist die neue, mit den Grünen vereinbarte Ausländerpolitik zu einer „Gratwanderung“ geworden. Ministerpräsident Holger Börner (SPD), der diesen Begriff in einer von den Grünen erzwungenen Debatte des Hessischen Landtags verwandte, kündigte einerseits weitere Schritte seiner Regierung zur Stärkung der Stellung der Ausländer an. Gleichzeitig wies er die Forderung der Grünen zurück, den Ausländern das kommunale Wahlrecht einzuräumen.

Eine noch viel gewundenere Erklärung gab SPD-Fraktionschef Ernst Welteke in der gleichen Debatte ab: Das kommunale Wahlrecht für Ausländer sei zwar „politisch wünschbar“. Dennoch lehne seine Fraktion einen entsprechenden Gesetzentwurf der Grünen ab. Er sei nicht nur mit „verfassungsrechtlichen Risiken belastet“, sondern stoße auch bei der Bevölkerungsmehrheit auf Ablehnung.

Demgegenüber wiesen die Oppositionsparteien CDU und FDP den Gesetzentwurf der Grünen auch aus politischen Gründen zurück. Ausländer, die der Bundesrepublik wieder den Rücken kehren wollten, könnten nicht über Fragen mitentscheiden, die die Rechte der auf Dauer hier lebenden Staatsbürger betreffen, da sie selbst die Folgen ihrer Entscheidungen gar nicht zu trägen hätten. Jene Ausländer jedoch, die bleiben wollten, erlangten automatisch mit der deutschen Staatsbürgerschaft auch das Wahlrecht.

Die Grünen hatten ihren Gesetzentwurf gegen ausdrückliche Bedenken ihrer sozialdemokratischen Koalitionspartner in den Landtag eingebracht. Ihr Abgeordneter Bernd Messinger argumentierte, die meisten Ausländer in der Bundesrepublik seien „nur noch ihrem Paß nach Ausländer“. Sie müßten das Recht erhalten, in der Politik mitzureden und über die Probleme in ihren Wohngebieten mitzubestimmen.

Deutlich war das Bestreben sowohl der Grünen als auch der SPD, die durch den Asylantenzustrom entstandene Brisanz des Themas herunterzuspielen. Die Ausländerproblematik dürfe nicht zum Wahlkampfthema werden. Den Hintergrund dieser Sorge enthüllte Fraktionschef Welteke: Fünfzig Prozent der Bundesbürger lehnen die Einführung des Kommunalwahlrechts für Ausländer ab.

Soldaten-Klagen erreichen Rekord

DW. Bonn

Immer mehr Wehrpflichtige und „Zeit-Soldaten“ wenden sich bei Problemen in der Bundeswehr an den Wehrbeauftragten des Bundestages. Willi Weiskirch teilte gestern in Bonn mit, daß ihn in diesem Jahre bereits 5383 Eingaben erreicht hätten. Das seien fast 1000 mehr als im gleichen Zeitraum 1985.

Damit zeichnet sich in diesem Jahr ein neuer Eingaben-Rekord ab, nachdem schon 1985 mit 8000 Beschwerden eine Rekordmarke erreicht worden war. Die Spannbreite reicht laut Weiskirch von Verletzungen der Menschenwürde und Klagen über eine zu hohe Dienstzeitbelastung oder zu häufige Versetzungen bis zu Laufbahnproblemen.

Weiskirch sieht in der wachsenden Zahl der Eingaben sowohl einen Beweis für den hohen Bekanntheitsgrad seines Amtes in der Truppe als auch für die zunehmende Mündigkeit der Soldaten, die ihr Beschwerde- und Petitionsrecht stärker wahrnehmen.

Höffner: Apartheid überwinden

KNA/dpa, Bonn

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Joseph Höffner, hat eine „vollständige Überwindung“ des Apartheidsystems in Südafrika gefordert.

Höffner sagte in einer gestern veröffentlichten Erklärung, die Regierungen des Westens müßten auf eine Veränderung der Verhältnisse in Südafrika hinwirken und zugleich verhindern, daß das derzeitige System nicht durch ein Regime abgelöst werde, das Leid und Unrecht „in anderer Form“ über die Menschen bringe. Die Bischöfe wären überfordert, wenn sie zu einzelnen politischen oder wirtschaftlichen Maßnahmen im Bereich anderer Ortskirchen Stellung nehmen sollten. Das konkrete politische Handeln sei Aufgabe der „mündigen Laien“. Der Kardinal kündigte eine Fortsetzung der kirchlichen Hilfe für die Menschen in Südafrika an, wandte sich aber gegen Versuche, das System der Rassentrennung theologisch begründen zu wollen.

Kooperation im Fall Beckurts

AP, Straßlach

Sechs Wochen nach dem Mord an dem Siemens-Vorstandsmitglied Karl Heinz Beckurts und dessen Fahrer Eckhard Groppler in Straßlach bei München hat sich die Sonderkommission des Bundeskriminalamtes von Straßlach wieder nach Wiesbaden zurückgezogen. Das neue Feuerwehrhaus, in dem die Sonderkommission seit dem Anschlag am 9. Juli untergebracht war, wird nun wieder von den Brandschützern benutzt.

Die Fahnder wollen nun alle Recherchen in „großer Kooperation mit den bayerischen Kollegen des Landeskriminalamtes sowohl in München als auch in Wiesbaden gemeinsam bearbeiten“, hieß es gestern im BKA. Insgesamt seien die Fahnder bereits 1400 Hinweisen aus der Bevölkerung nachgegangen. Eine heiße Spur zu den Tätern gebe es aber immer noch nicht. Beckurts und sein Fahrer waren auf dem Weg zur Arbeit von einer am Straßenrand versteckten Bombe getötet worden.

DGB kritisiert Stoltenbergs Reformpläne

rtr, Düsseldorf

Als „wenig verheißungsvoll“ hat der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) die von Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg angekündigte zweite Steuerreform kritisiert. Daß erneut keine Erleichterungen für Arbeitnehmer geplant seien, zeigten die Pläne für eine weitere Senkung der Unternehmensteuer und möglicherweise auch des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer. Gleiches gelte für die geplante weitere Erhöhung der „extrem unsozial wirkenden“ Kinderfreibeträge. Stoltenberg müsse vor der Wahl klar sagen, wie die enorme Steuersenkung von rund 40 Milliarden Mark finanziert werden solle. Außerdem müsse er seine Ankündigung hinsichtlich eines Subventionsabbaus in Höhe von 20 Milliarden zur Finanzierung der Steuersenkung konkretisieren. Der Zentralverband des Deutschen Handwerks hat es dagegen begrüßt, daß die Schaffung eines linear-progressiven Tarifverlaufs bei der Einkommensteuer im Mittelpunkt der geplanten Reformen stehe. Es müsse jedoch bei einer Finanzierung der Reform durch strikte Ausgabendisziplin bei einer weiteren Senkung des Staatsanteils und entschlossenem Abbau der Subventionen bleiben.

Höhere Verdienste bei Angestellten

dpa, Wiesbaden

In der Industrie sind die Brutto-Jahresverdienste der Angestellten im vergangenen Jahr stärker gestiegen als die der Arbeiter. Das geht aus einer vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden veröffentlichten Berechnung hervor. Danach erhöhten sich die Verdienste der Arbeiter im Durchschnitt um 4,2 Prozent auf 38 346 Mark, die der Angestellten um 4,4 Prozent auf 55 679 Mark.

Fortbildung soll intensiviert werden

AP, Nürnberg

Der Deutsche Gewerkschaftsbund, die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft und die Bundesanstalt für Arbeit wollen ihre Zusammenarbeit bei der Förderung der beruflichen Weiterbildung insbesondere auf regionaler Ebene intensivieren. Das soll vor allem dazu beitragen, daß Arbeitslose Weiterbildungsmöglichkeiten verstärkt in Anspruch nehmen. In den ersten sieben Monaten des Jahres 1986 sind nach dem Bericht der Bundesanstalt für Arbeit 274 000 Teilnehmer in die von den Arbeitsämtern geförderten beruflichen Bildungsmaßnahmen eingetreten.

Arbeitsessen nicht gleich Arbeitsessen

dpa, Kassel

Ein Arbeitsessen mit Geschäftspartnern liegt nach dem für die gesetzliche Unfallversicherung geltenden Recht nur vor, wenn die Mahlzeit in engem sachlichen Zusammenhang mit den Unternehmenszwecken steht. Ein Essen zur Pflege der allgemeinen Geschäftsbeziehungen, bei dem ein Versicherter einen Unfall hat oder stirbt, begründet noch keine Ansprüche an die Berufsgenossenschaft. Das hat der Zweite Senat des Bundessozialgerichts in Kassel festgestellt. Er wies damit die Revision der Witwe eines Dachdeckermeisters zurück, die eine Rente verlangt hatte. Ihr Mann war während eines Essens mit einem Bauunternehmer, den er zufällig in einer Gaststätte getroffen hatte, gestorben. (Aktenzeichen: 2 RU 52/85 vom 26. Juni 1986)

Hafturlauber kam nicht zurück

dpa, Hamburg

In Hamburg hat wieder einmal ein Häftling seinen Urlaub zur Flucht genutzt. Der 38jährige Manfred Lutz, der wegen Einbruchs, Körperverletzung und Raub noch bis 1989 einsitzen müßte, ist am vergangenen Samstag nicht in die Strafanstalt Fuhlsbüttel zurückgekehrt. Erst wenige Tage zuvor war der wegen mehrfachen Mordes verurteilte Rainer Böde aus dem psychiatrischen Krankenhaus Ochsenzoll in Hamburg entkommen. Lutz gilt als gefährlich und war schon einmal 1981 während seines Hafturlaubs untergetaucht.

Reine Frauenliste bei Hamburger GAL

AP, Hamburg

Mit ihrer ausschließlich aus Frauen bestehenden Kandidatenliste hofft die Hamburger Grün-Alternative Liste (GAL) bei der Bürgerschaftswahl am 9. November ihre Fraktion verstärken zu können. Die bisherigen acht Sitze im Landesparlament sollen etwa um vier erweitert werden. Eine Koalition mit den derzeit in absoluter Mehrheit regierenden Sozialdemokraten schließt die GAL grundsätzlich aus. Über ein „Tolerierungspaket“ für den Fall, daß die SPD ihre absolute Mehrheit verliert, soll eine Mitgliederversammlung beraten.

Nun streiken Ärzte aus Protest gegen Khomeini

Legale außerparlamentarische Opposition formiert sich

MUNIR D. AHMED, Hamburg

Die inneriranische Opposition gegenüber dem Khomeini-Regime nimmt eine neue Gestalt an. Seit Mitte Juli streiken die Ärzte, unterstützt noch durch anderes medizinisches Personal. Der Streik richtet sich gegen die Gängelung des Ärztevereins durch die Regierung.

Die Mediziner stehen wegen des Golfkrieges seit Jahren unter erheblichem Arbeitsdruck. Sie wurden *zum Kriegsdienst verpflichtet* und müssen bis zur physischen Erschöpfung Tag und Nacht Dienst tun.

Mit Bombenexplosionen machen seit März die Volksmudschahedin des Massoud Radschavi von sich reden. *Radschavi lebte seit seiner* Flucht aus Iran 1981 zusammen mit dem ehemaligen Präsidenten Bani-Sadr *in Frankreich; im Juni mußte* er, unfreiwillig zwar, nach Irak umsiedeln.

Seine Gruppe, deren Ideologie aus marxistischer Wirtschaftslehre und islamischer Ethik besteht, wurde seit 1980 in Iran blutig verfolgt. *Mehr* als 12 000 sollen hingerichtet worden sein, andere wurden in Umerziehungslager gesteckt oder zwangsweise an die Kriegsfront beordert.

Sympathien eingebüßt

Radschavis Verbrüderung mit dem Kriegsgegner Irak kostete die Volksmudschahedin viele Sympathien. Im Januar unterzeichnete er mit dem irakischen Außenminister Tariq Aziz eine Friedenserklärung zur Beilegung der Golfkrieges. Das Zerwürfnis zwischen ihm und Bani-Sadr beruht auch auf der Tatsache, daß Bani-Sadr eine Zusammenarbeit mit Irak als einen Verrat an der iranischen Sache ansieht.

Der Golfkrieg ist Khomeinis stärkste Waffe bei der Bekämpfung der Opposition. Das Volk will keine Operationen der Opposition unterstützen, die Iran im Krieg schwächen würden. Aber die lange Dauer des Krieges, die materiellen und menschlichen Opfer – man spricht von fast 700 000 Toten und mehr als 2,3 Millionen Verwundeten – scheinen nicht mehr widerspruchslos hingenommen zu werden.

Immer mehr Rückkehrer

Ende März formierte sich in Teheran eine Allianz zur Verteidigung der Freiheit und der Souveränität des iranischen Volkes. Daran maßgebend beteiligt sind mehrere enge Mitarbeiter des ehemaligen Premierministers Bazargan. Sie wollen eine legale außerparlamentarische Opposition bilden.

Selbst Khomeini sah sich genötigt, Anfang Juni das Volk aufzurufen, die Regierungsarbeit mit Kritik zu begleiten. Parlamentspräsident Rafsandschani erklärte daraufhin, daß damit nur konstruktive Kritik gemeint sei und daß jedem das Recht zusteht, das öffentlich vorzutragen.

Ein Großteil der Oppositionellen befindet sich außer Landes. Nach Schätzung des ehemaligen Verteidigungsministers, Madani, befinden sich 1,5 Millionen Iraner im Ausland. In letzter Zeit hat die Regierung ihre Anstrengungen verstärkt, sie zur Rückkehr zu bewegen. Das Angebot: Geschäfte werden an die ehemaligen Besitzer zurückgegeben, vorausgesetzt, sie haben keine kriminellen Delikte begangen. Die Zahl der Rückkehrer ist in den letzten Monaten gestiegen. Auch die Opposition knüpft daran Hoffnungen, weil sie von ihnen Unterstützung für die eigene Arbeit erhofft.

Pakistans Balanceakt mit der Demokratie

Armee bei blutigen Ausschreitungen eingesetzt / Vorgehen gegen Benazir Bhutto gereicht der Regierung zum Nachteil

Von M. WEIDENHILLER

In Pakistan testen Staatsmacht und Opposition ihre Stärke: Der *Kampf, blutig und* verlustreich, wird auf den Straßen ausgetragen. Die Polizei, die Armee marschieren auf. *Es gibt Tote, Verletzte, Massenverhaftungen.* Politische Unrast hat das Land erfaßt – wie schon so oft in den 39 Jahren seiner *Unabhängigkeit.* Zivile Politiker versagten, die Militärs traten auf den Plan. Nicht Parlament und Parteien waren ihre *Instrumente* des Herrschens, sondern das Kriegsrecht.

Als General *Ziaul Haq* im Februar 1985 acht Jahre nach dem Putsch mit Wahlen ein neues demokratisches Experiment wagte, *blieb* zunächst das Mißtrauen, gleichwohl kam Erwartung auf. Zia setzte die Verfassung von *1973*, wenn auch mit Zusätzen und seine Macht absichernd, wieder ein. Von dem von ihm ernannten *Premier Junejo ließ* er sich überzeugen, erneut Parteien zuzulassen, die er selbst als „unislamisch" ablehnt.

Das politische Leben gewann rasch Eigengesetzlichkeit, Junejo profilierte sich, und die oppositionellen Parteien, zusammengefaßt in der „Bewegung für die Wiederherstellung der Demokratie" nutzten den Freiraum, der sich ihnen nach Aufhebung des Kriegsrechts seit Dezember 1985 bot.

Vor allem traf dies für die Volkspartei (PPP) Benazir Bhuttos zu. Frau Bhutto kehrte im April aus ihrem freiwilligen Exil in London zurück, nicht mit dem Friedenszweig in der Hand, sondern markigen Forderungen: Rücktritt von Präsident Zia, Wahlen noch in diesem Jahr statt 1990. Ihre Reise durch Pakistan glich einem beispiellosen Triumphzug. Die Massen strömten ihr nur so zu, warteten oft stundenlang auf ihren Auftritt.

Neugierde war im Spiel, gewiß, aber auch die Hoffnung auf die PPP als eine künftige politische Alternative. Und vor allem: Der Name Bhutto, der Mythos, der sich um ihn rankt, erhob Benazir zum Star der Stunde. Sie gönnte sich nur die Kür der verbalen Attacke, übte sich ansonsten in der Pflicht der „friedlichen Strategie". Die Regierung gab sich gelassen, setzte aber darauf, daß das Interesse an *Bhutto* bald *nachlassen* würde.

Zum Teil traf das zu. Ramadan ließ das Leben erlahmen, aber auch sonst wandte sich das Volk wieder dem Alltag zu, der zumindest *in* den Städten bescheidenen *Wohlstand aufweist.* Die Wirtschaft ist in nicht schlechter Verfassung, und das Geld der in den Golfstaaten arbeitenden Pakistani hat so manche soziale Veränderung bewirkt. Gleichwohl sind die Gesundheitsfürsorge mangelhaft und die Schulbildung unzureichend, es fehlt an Energie, an gutem Trinkwasser, an Infrastruktur.

Solcher Defizite wohl bewußt, aber vor allem in dem Bestreben, eine möglichst breite Anhängerschaft um sich zu sammeln, legte die PPP einen Etatentwurf für den Rest des Fiskaljahres vor, der über alle Bevölkerungsschichten das Füllhorn ausschüttet: Land für die Landlosen, *Kredit für Rikschafahrer*, Programme für arbeitslose Ärzte und Ingenieure, um nur einige zu nennen.

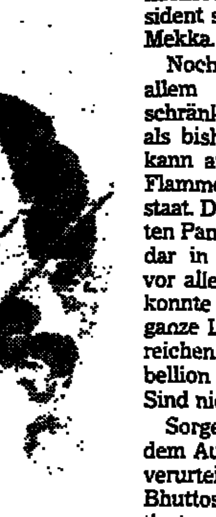
Viele lassen sich von derlei populistischen Versprechungen verführen, gehen vielleicht jetzt auch im Namen der PPP *auf die Straße. Innerhalb* der Partei aber herrscht Uneinigkeit. Benazir wird eigenwilliges, arrogantes Handeln vorgeworfen. Sie ignorierte die alte Garde der Politiker und hob junge, linksorientierte Aktivisten in verantwortungsvolle Posten. Zia will sie Wahlen abtrotzen, parteiinterne Wahlen lehnt sie jedoch ab.

Für den Unabhängigkeitstag war in Lahore eine neue politische Kampagne der PPP geplant. Doch auch der Premier wollte dort eine Kundgebung seiner Moslem-Liga veranstalten. Kommt es zu Zusammenstößen? Wer zieht *mehr Menschen* an? Eine Entscheidung drängte.

Junejo ordnet ein Verbot aller Veranstaltungen *an. Benazir widersetzt* sich und wird verhaftet – für 30 Tage. Der Entschluß verrät Schwäche, oder *war er nicht sogar* ein Fehler? Der Name Benazir ist wieder in aller Munde. Die Regierung verschaffte sich jedoch *nur eine Atempause. Nach 30* Tagen geht das Gezerre um diese Politikerin weiter. Oder wird wieder das Kriegsrecht verhängt? Wer sich zunächst aus der Affäre zog, ist der Präsident selbst. Er ist auf Pilgerreise in Mekka.

Noch sind die Ausschreitungen vor allem auf die Provinz Sind beschränkt. Greifen sie jedoch stärker als bisher auf den Pandschab über, kann auch gleich ganz Pakistan in Flammen stehen. Es ist der Schlüsselstaat. Die gehätschelten und beneideten Pandschabis stellen das Rückgrat dar in Regierung, Verwaltung und vor allem in den Streitkräften. 1983 konnte die Opposition ihr Ziel, das ganze Land zu erschüttern, nicht erreichen, denn der Schlachtruf der Rebellion drang über die Grenzen von Sind nicht hinaus.

Sorgenvolle Stimmen kommen aus dem Ausland. Washington und Bonn verurteilten die Festnahme Benazir Bhuttos. Amerika ist Pakistans wichtigster Geldgeber seit der sowjetischen Invasion in Afghanistan, und *im Herbst entscheidet der Senat* über eine Hilfe von vier Milliarden Dollar.



Benazir Bhuttos Porträt hochhaltend und Slogans gegen die Regierung rufend ziehen Anhänger der Opposition durch die Straßen von Lahore. FOTO: AP

Geheime US-Manöver mit Ägyptern

AP, Washington

Der US-Flugzeugträger „Forrestal" *und zwei kleinere US-Kriegsschiffe* haben vom französischen Hafen Cannes aus Kurs auf das östliche Mittelmeer genommen, *um an einem geheimen* Seemanöver mit ägyptischen Einheiten teilzunehmen. Auf Wunsch der Regierung in Kairo werden keine Einzelheiten bekanntgegeben. Der Stellvertreter des libyschen Revolutionsführers *Khadhafi*, Dschallud, hat alle Ägypter aufgefordert, die US-Soldaten anzugreifen.

Israelis wegen Spionage angeklagt

AFP, Chicago

Die US-Firma „Recon Optical Inc." hat drei israelische Luftwaffen-Offiziere wegen des angeblichen Versuchs verklagt, die Pläne für ein geheimes Luftaufklärungs-System zu entwenden. Die „Chicago Tribune" und die Fernsehgesellschaft ABC berichteten, bei den Militärs seien 50 000 Seiten mit technischen Details und hebräischen Notizen gefunden worden. In der Anklage heißt es, die Dokumente hätten einer israelischen Konkurrenzfirma übermittelt werden sollen. Ein inzwischen gekündigter 40-Millionen-Dollar-Vertrag zwischen der *Firma* und *Israel hatte* vorgesehen, modernstes Aufklärungsgerät zu liefern.

ETA bietet Madrid Waffenstillstand an

rtr, Madrid

Die separatistische baskische Untergrundorganisation ETA hat der spanischen Regierung einen Waffenstillstand angeboten, falls diese sich zu direkten Verhandlungen bereit erklärt. Ministerpräsident González hat bislang jede Verhandlungen mit der ETA abgelehnt, die in diesem Jahr für 32 Morde verantwortlich gemacht wird. *Baskische Politiker hatten der* Regierung vorgeworfen, Gespräche *mit der ETA zu blockieren, indem sie* es Frankreich erlaubt habe, den mutmaßlichen ETA-Führer Iturbe Abaso*lo nach Gabun zu deportieren.*

Kairo trifft Vorsorge gegen Terroranschlag der Libyer

Asyl für Oppositionelle / Rückhalt Khadhafis schwindet

PETER M. RANKE, Kairo

Ägyptische Bereitschaftspolizei ist in Kompaniestärke mit Panzerspähwagen, die *immer fahrbereit und* deren Maschinengewehre stets bemannt sind, auf dem Parkplatz für *Zivilmaschinen des Kairoer* Flughafens. stationiert worden. Ägyptische Sicherheitsdienste befürchten einen Terroranschlag libyscher Kommandos mit dem Ziel, möglichst viele Maschinen westlicher und ägyptischer Fluggesellschaften zu zerstören.

Nachfolger stehen bereit

Seit dem Überfall auf den britischen Stützpunkt Akrotiri auf Zypern Anfang August sind die Sicherheitsmaßnahmen auf dem Flugplatz Kairo verschärft worden. Zu dem Überfall auf Zypern, wo zwei Engländerinnen verletzt wurden, bekannte sich eine „Vereinigte Nasseristische Organisation, Kairo". Der 1970 gestorbene Präsident Nasser ist das Vorbild des libyschen Revolutionsführers Khadhafi, eine nasseristische Oppositionspartei existiert auch in Kairo. Die Ägypter befürchten, daß Khadhafi wie auf Zypern libysche oder ägyptische Terror-Kommandos auf sie ansetzt und Kairo offen herausfordert.

Die ägyptischen Befürchtungen sind vor allem deshalb keineswegs grundlos, weil in Kairo mehrere Oppositionsgruppen gegen Khadhafi arbeiten. Zuständige Ägypter erklären dazu, Libyer würden zwar als politische Asylanten geduldet, aber nicht unterstützt.

Nach Angaben dieser Oppositionskreise zerbröckelt die Macht Khadhafis in der Armee seit dem amerikanischen Luftangriff vom 15. April. Der designierte Nachfolger Khadhafis und Ostblock-Favorit Oberst Dschallud strebe zusammen mit dem Oberkommandierenden General Abu Bakr Yunis Jaber eine kollektive Führung an, werde aber von dem Kommandeur der Revolutionsmilizen, Major el-Khemeidi, daran gehindert.

Khadhafi hat schon 1984 rund zweitausend Volksarmisten in die Armee eingeschleust, wo es nun ständig Spannungen zwischen den indoktrinierten Khadhafi-Gefolgsleuten und den regulären Offizieren gibt. Nach dem mißlungenen Putsch vom Mai 1984 wurden den Revolutions-Ausschüssen in den Streitkräften von Khadhafi noch größere Vollmachten eingeräumt. Sie können Todesurteile aussprechen und vollstrecken; sie haben wichtige Armeeposten übernommen und erhalten modernste Sowjetwaffen.

Auch im Sicherheitsdienst spielten die Revolutions-Ausschüsse mit ihrer Miliz eine gefährliche Überwachungsrolle, so daß in der regulären Armee von mehr als 58 000 Mann der Eindruck entstanden ist, Khadhafi lasse sie überwachen. Aufpasser-Funktionen nehmen zudem Syrer und Sowjetberater wahr. Ihr Hauptquartier befindet sich in den Kasernen von Bab Azazieh, wo Khadhafi mit seiner Familie lebt.

Nach Angaben von Oppositionspolitikern, die der „Organisation für die Befreiung Libyens" unter Abdel Hamid Baqusch nahestehen, hat sich Khadhafi weit von seinen einstigen Gefolgsleuten entfernt, seiner Familie, der Sippe und dem Stamm am Ufer der Großen Syrte. Völlig unüblich für arabische Verhältnisse begünstige er in Politik und Wirtschaft nicht seine weite Verwandtschaft, sondern ziehe junge Revolutions-Fanatiker und die Revolutions-Ausschüsse vor.

Kein Geld für „Freunde"

Völlig ungewiß ist nach Meinung von Oppositionskreisen der „Nationalen Front für die Rettung Libyens" um Yussef el-Maghariaf und Oberst Omar Schennib, wie sich der Ölpreis-Verfall und die katastrophale Wirtschaftslage für Khadhafi auswirken werden. Khadhafi könne sich keine neuen Freunde mehr kaufen, und die Unzufriedenheit im eigenen Land lasse sich nicht mehr mit Ölgeld beschwichtigen. Sicher ist: Nicht mehr Khadhafi, sondern Libyen hat einen hohen strategischen Stellenwert im Kreml. Und das ist entscheidend für die Zukunft. (SAD)

Japan reißt Atomreaktor ab

rtr, Tokio

Japan wird in Kürze seinen ersten Atomreaktor abreißen. Das staatliche Japanische Atomforschungsinstitut teilte gestern mit, der Abriß des 23 Jahre alten Siedewasser-Forschungsreaktors werde vermutlich sechs Jahre dauern und 10 Milliarden Yen (rund 134 Millionen Mark) kosten. Die rund 4000 Tonnen radioaktiv verseuchten Abrißmülls würden vorerst in Behälter gepackt und im Atomforschungsinstitut Tokai nordöstlich von Tokio gelagert. FÜr die Endlagerung der Abfälle gebe es noch keine Pläne. Die formelle Abrißentscheidung soll nach Auskunft des Instituts heute fallen. Das Kraftwerk, das seit 1976 außer Betrieb ist, wäre der zweite Atommeiler der Welt, der demontiert wird.

Moderne Raketen für Widerstand

rtr, London

Die moslemischen Widerstandskämpfer in Afghanistan verfügen offenbar über moderne britische Flugabwehrraketen vom Typ Blowpipe. Die in London erscheinende Militärfachzeitschrift „Jane's" berichtete, die Raketen seien über Mittelsmänner in Nigeria geliefert und in den vergangenen Wochen erfolgreich gegen sowjetische Hubschrauber eingesetzt worden. Da die Raketen nicht direkt gelenkt würden und keine Infrarot-Suchköpfe hätten, erhöhten sie erheblich die Kampfkraft der Freiheitskämpfer, die auch über amerikanische Fliegerfäuste verfügten. Ein Sprecher der britischen Herstellerfirma hat allerdings bestritten, daß das *Unternehmen jemals solche Raketen* an die Afghanen geliefert habe.

Moskau kauft polnisches Fleisch

AP, Warschau

Die Sowjetunion will nach Angaben aus Warschau das polnische Rindfleisch aufkaufen, das nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl keine Abnehmer gefunden hat. Regierungssprecher Urban erklärte, daß die vorübergehend von den Staaten der Europäischen Gemeinschaft verhängte Importsperre für polnisches *Fleisch einen Einnahmeverlust von* 71 bis 102 Millionen Mark bedeutet habe.

Die Sowjetunion habe bereits 400 Tonnen Rindfleisch gekauft, das von EG-Staaten zurückgewiesen worden sei, *obwohl der Verzehr nicht die* geringste Gefährdung dargestellt hätte. Polen werde von der Sowjetunion *keinen Schadenersatz für die Folgen* des Reaktorkatastrophe fordern.

„Die USA sind nicht generell gegen Teststopp"

DW. Washington

Das Weiße Haus in Washington hat in einer zweiten Reaktion auf die Aufforderung des sowjetischen KP-Generalsekretärs Gorbatschow, sich der sowjetischen Verlängerung des Atom-Teststopps bis zum Jahresende anzuschließen, weniger hart reagiert. Während anfangs der amerikanische Sprecher ein Moratorium für die Sicherheit der USA und ihrer Verbündeten für nicht angemessen erklärt hatte, gab sich später der Stabschef des Weißen Hauses, Donald Regan, flexibel und sagte, die USA seien nicht generell gegen einen umfassenden nuklearen Teststopp. Sie seien aber gegen ein Moratorium ohne zuverlässige Möglichkeiten der Überprüfung. Wenn sich beide Seiten über das Problem der Verifikation eines Teststopp-Vertrages einigen könnten, wären Fortschritte in den Verhandlungen möglich. Am Montag hatte Gorbatschow die Verlängerung des einseitigen Moratoriums bis Jahresende bekanntgegeben und die USA aufgefordert, sich diesem Schritt anzuschließen.

Die Sowjetunion verfügt nach den Worten ihres Botschafters bei den Vereinten Nationen, Alexander Belonogow, über die technischen Möglichkeiten, jeden unterirdischen Atomtest der USA festzustellen. Als Beweis führte er Gorbatschows letzte Rede an, die drei US-Tests erwähnt habe, die aber von Washington offiziell nicht angekündigt worden seien. Belonogow fügte hinzu, er sei sicher, daß auch die USA über vergleichbar zuverlässige technische Erkennungsmittel verfügten. Der Hinweis auf fehlende Verifikationsmöglichkeiten diene Washington deshalb nur als Vorwand. Moskau sei im übrigen zu jeder Art Kontrolle bereit, auch zu Inspektionen vor Ort und internationaler Überwachung. Belonogow erklärte, das Außenminister-Treffen der USA und der Sowjetunion im September werde entscheidend sein für die Vorbereitung des zweiten Gip*fels zwischen Gorbatschow und* Reagan. Moskau wolle den Gipfel nur unter der Voraussetzung, daß er sorgfältig vorbereitet sei und Aussicht auf konkrete Ergebnisse verspreche.

Syrien erhöht Militärausgaben

rtr, London

Syrien will 1987 seine Militärausgaben um fünf Prozent steigern und rund 7,5 *Milliarden Mark* für Rüstung ausgeben. In der britischen Fachzeitschrift „Jane's" heißt es, damit wür*den mehr als 55 Prozent der staatli*chen Ausgaben für die Armee aufgewendet. Ein Großteil werde für den *Kauf modernster sowjetischer* Waffen, darunter Boden-Boden-Raketen vom Typ SS-21 und Kampfflugzeuge *vom Typ MiG-29 benötigt.* Syrien werde weiterhin Iran für billiges Öl mit großen Mengen Waffen sowjetischer Bauart versorgen.

Kuwait verstärkt Luftabwehr

AP, Kuwait

Kuwait hat den Bau von Radar- und Raketenplattformen vor seinen *Küsten bekanntgegeben. Sie seien* errichtet worden, um ein Übergreifen des Golfkrieges zwischen Iran und Irak *auf das Gebiet Kuwaits zu* verhindern. Außerdem kämen die Außenminister des Golf-Kooperationsrates (GCC) erneut zusammen, um über Friedensinitiativen zu beraten.

Wer bezahlt Mitterrands Bauprojekte?

HEINZ WEISSENBERGER, Paris

Frankreichs neuer Finanzminister, *Edouard Balladur, stöhnt:* „Wer soll das bezahlen?" Er hat schon den Rotstift angesetzt und hier gestrichen *und da, und immer noch* fehlen Millionen, wenn nicht Milliarden.

Was Balladur und Regierungschef Jacques Chirac so große Kopfschmerzen verursacht, sind die pharaonischen Bauprojekte des sozialistischen Präsidenten François Mitterrand, der seinen Namen in der Architekturgeschichte hinterlassen will wie Cheops mit seiner *Pyramide* oder der „Sonnenkönig" Ludwig XIV. mit dem Schloß von Versailles.

Gleich fünf riesige Projekte in Paris läßt Mitterrand vorantreiben, die er zum Teil von seinem Vorgänger Giscard d'Estaing „erbte", jedoch ins Gigantische steigerte, zum Teil selbst ins Werk setzte: die neue „Volksoper" an der Bastille, die „Stadt der Wissenschaften und Industrie" an der Villette im Norden der Stadt, den Umbau des ehemaligen Bahnhofs d'Orsay zum „Museum des 19. Jahrhunderts", den Umbau des Louvre-Museums, das „Institut der Arabischen Welt" im Universitätsviertel und den Bau eines überdimensionalen „Triumphbogens" an der *Défense*, der die berühmte Perspektive Louvre–Triumphbogen–Défense abschließen soll.

Auf „etwas mehr" als umgerechnet fünf Milliarden Mark schätzte die im vergangenen März durch die rechtsliberale Koalition abgelöste sozialistische Regierung die Kosten von Mitterrands Bauprojekten.

Da allein der Bau des technischen Museums von La Villette von den von Giscard angesetzten 300 Millionen Mark inzwischen auf 1,5 Milliarden stieg und bis zur Fertigstellung auf rund drei Milliarden klettern wird, kann man sich ausrechnen, wieviel aus den Mitterandschen fünf Milliarden am Ende werden.

Der neuen Regierung sind dabei die Hände weitgehend gebunden, denn in der Erwartung eines möglichen Wahlsiegs der „Rechten" zogen der Präsident und der sozialistische Kulturminister Jack Lang die Bauten unter höchstem Druck soweit durch, daß sie nicht mehr gestoppt werden können. Finanzminister Balladur steht überdies die Frage ins Haus, wie später die laufenden Kosten für die Museen, die Volksoper und das Institut der Arabischen Welt finanziert werden sollen.

Geld war sowieso keines mehr in *der Kasse, als der neue Kulturminister* François Leotard im März sein Amt übernahm. Sein Vorgänger, Jack Lang, hatte die gesamten Budgetmittel für 1986 noch vor der Wahl vom 16. März ausgegeben.

Alles, was der Regierung Chirac *bleibt, ist, hier und da Abstriche* an den Projekten Mitterrands vorzunehmen. So wurden bestimmte Säle und *Ateliers der neuen Volksoper* gestrichen, und das Institut der Arabischen Welt wird eine Spur kleiner ausfallen *als geplant. Bei dem technischen Mu*seum in La Villette wurden die vorgesehenen Parkanlagen und kleinere *Bauten Opfer des Rotstifts.*

Mitterrands Milliardenbauten haben ihm bei einem Teil der französischen Presse bereits den Ruf der „Megalomanie" – so wörtlich die Zeitschrift „Science et Vie" in einem Artikel über das Museum von La Villette – eingetragen.

Wie durch *Zufall sollen alle* Projekte vor der nächsten Präsidentschaftswahl im Jahre 1988 fertig sein, und *Mitterrand hat bereits wissen lassen,* laß er sie alle persönlich einweihen werde. Die Ehre soll ihm gebühren; *das Problem, die erforderlichen Geld*mittel beizuschaffen, überläßt der sozialistische Bauherr großzügig der *von ihm* so wenig geliebten Regierung der „Rechten". (SAD)

Etappen auf dem Weg zum sauberen Automobil.

Seit Beginn der siebziger Jahre bestimmt das Konzept Sicherheit, Sauberkeit, Sparsamkeit im Bosch-Automobilbereich die Richtung. Doch die Praxis fing viel früher an.

1927 schon ermöglichten wir, einen Motor fürs Automobil zu nutzen, der bis dahin nur im stationären Bereich und als Schiffsmotor eingesetzt werden konnte: den Dieselmotor.

Die Diesel-Einspritzpumpe, die den schnellaufenden Diesel ermöglicht hat.

Denn uns gelang die Einspritzpumpe, die ihn auf Touren brachte.

Mit ihr kam 1936 die erste Diesel-Limousine auf den Markt.

1952 gab es Bosch-Einspritzpumpen auch für Pkw mit Ottomotor, weil man erkannt hatte, daß Einspritzpumpen die Leistung steigern, Verbrauch und Abgaswerte aber senken.

Diese zwei Etappen wurden Ausgangspunkt für vieles, was folgte. Zunächst bekamen auch kleinere Autos die Chance, saubere Diesel zu sein. Je mehr unser Know-how wuchs, desto kleiner wurden die Pumpen.

Erste elektronische Benzineinspritzung (Jetronic) geht 1967 in Serie.

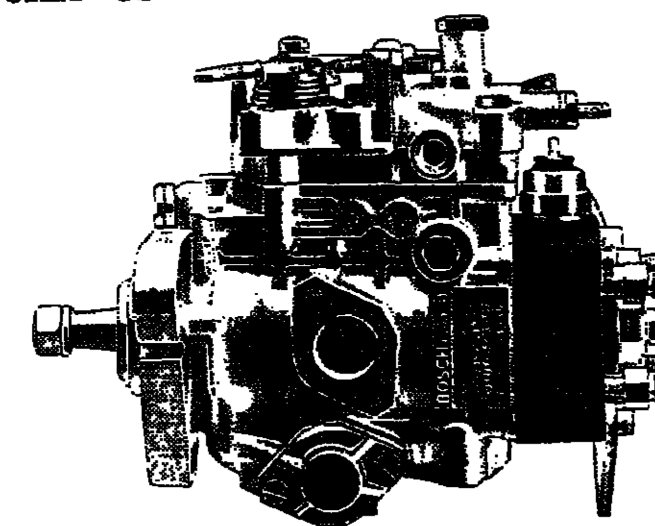
1962 konstruierten wir die Verteilerpumpe, die mit einem einzigen Pumpenelement alle Zylinder mit Kraftstoff versorgt. Die VE-Pumpe, eine Weiterentwicklung dieses Konstruktionsprinzips, wird heute in nahezu allen Pkw-Dieselmotoren eingesetzt.

Die nächste große Etappe gewann wieder der Ottomotor.

1965 ging die Transistorzündung in Serie. Diese neue Zündung ist nicht nur wartungsfrei. Sie hat auch mehr Energie und kann deshalb den Kraftstoff besser entflammen. Denn je besser die Verbrennung, desto geringer die Schadstoffe im Abgas.

Dann kam 1967, ein Jahr, das der Automobilindustrie neue Perspektiven eröffnete: Bei Bosch begann die Serienfertigung der ersten elektronisch gesteuerten Benzineinspritzung.

Denn es war Bosch-Elektronik-

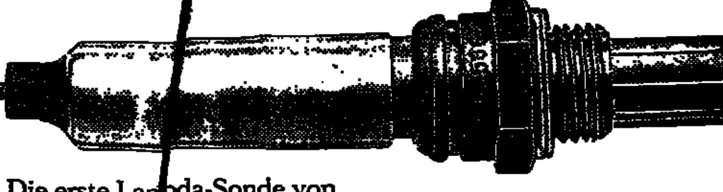


Die VE-Diesel-Verteilerpumpe, die heute in nahezu allen Pkw-Dieselmotoren eingesetzt wird.

Experten gelungen, elektronische Steuergeräte herzustellen, die den Strapazen der Straße, klirrender Kälte und sengender Hitze standhielten.

Damit war der Weg frei geworden für Benzin-Einspritzsysteme, die das Kraftstoff-Luft-Gemisch elektronisch steuern. Genauer als je zuvor. So bekommt der Motor immer genug Kraftstoff, um die volle Leistung zu entwickeln, aber nur so wenig, daß Verbrauch und Abgasemission reduziert werden.

In den Folgejahren wurde dieses System durch die Luftmengenmessung und Luftmassen-



Die erste Lambda-Sonde von 1976. Sie ist die Voraussetzung für die einzige Technologie, die Schadstoffe im Abgas um bis zu 90% reduziert.



messung weiter verbessert.

1976 wurde die Lambda-Regelung erstmals eingeführt. Das war die Antwort von Bosch auf die verschärften Umweltschutzgesetze in den USA. Zwar gab es den 3-Wege-Katalysator, doch er funktionierte nur, wenn das Abgas in einem ganz bestimmten Verhältnis zusammengesetzt war.

Um dieses Verhältnis immer beizubehalten, ließen wir ein Jetronic-System durch eine Sonde im Auspuff regeln, die die Abgase mißt: die Lambda-Sonde.

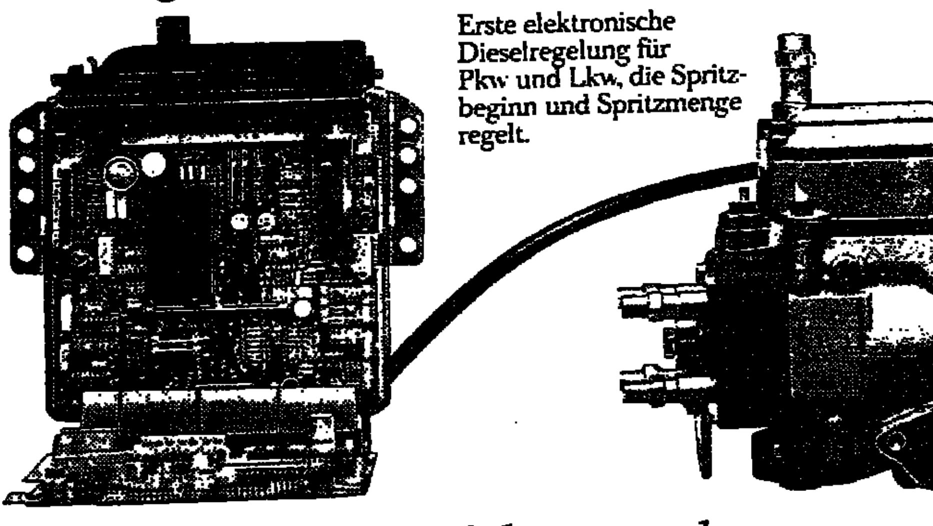
So entstand die Lambda-Regelung mit 3-Wege-Katalysator, die Schadstoffe im Abgas um bis zu 90% reduziert. Das ist bis heute nicht zu übertreffen.

Elektronische Kennfeld-zündung mit Klopfregelung. Senkt den Verbrauch von Benzin und schont den Motor.

Seitdem haben wir die Möglichkeit, den Motor über Mikrocomputer zu beeinflussen, immer weiter ausgebaut.

Seit 1979 lassen sich über die Motronic Gemisch und Zündzeitpunkt gemeinsam steuern.

1983 war ein besonderes Jahr. Zum einen durch die Entwicklung der kostengünstigen Mono-Jetronic, einer Zentraleinspritzung, die sich hervorragend für die Lambda-Regelung eignet. Zum anderen



Erste elektronische Dieselregelung für Pkw und Lkw, die Spritzbeginn und Spritzmenge regelt.

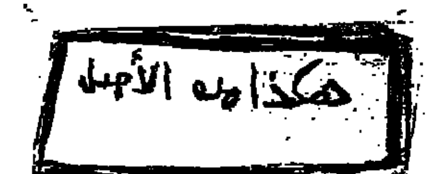
durch die Einführung der Klopfregelung bei der Zündung, was den Benzinverbrauch reduziert.

Die bisher letzte Etappe auf dem Weg zum sauberen Automobil ist eine entscheidende Weiterentwicklung der ersten: die elektronische Dieselregelung.

Dieser Schritt wird nicht der letzte sein, denn wir sind längst auf dem Weg zur nächsten Etappe.

100 Jahre Bosch Ideen.

BOSCH



Pflanzenschädlinge vernichten in der Dritten Welt jährlich riesige Mengen an wertvollen Naturprodukten und Nahrungsmitteln. Entwicklungshilfeprojekte versuchen verstärkt, die Erkenntnisse der biologischen Schädlingsbekämpfung anzuwenden. Ein Beispiel auf Samoa zeigt Erfolge und Probleme.

Wenn ein Schädling mit dem Flugzeug einreist

Von PETER SCHMALZ

Flugreisende im südpazifischen Raum kennen das unvermeidliche, stets wiederkehrende Ritual nach der Landung des Flugzeugs: Die Maschine bleibt solange verschlossen, bis Beamte der lokalen Gesundheitsbehörde an Bord kommen und den Passagierraum mit Insektengift desinfizieren. Damit will man das Einschleppen von Schadinsekten verhindern, die in neuer Umgebung keine natürlichen Feinde, in der tropischen Feuchte aber ideale Lebensbedingungen finden könnten.

Nichts ausrichten kann der Sprühnebel jedoch gegen die Brontispa Longissima, einen Schädling, der sich selbst unter dem Hemdkragen eines Passagiers verborgen halten kann. „Das ist wahrscheinlich der Weg, auf dem dieser Schädling nach Samoa eingeschleppt wurde", vermutet der deutsche Entwicklungshelfer Hugo Hammans, der im Auftrag der deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) auf der ehemals deutschen Kolonialinsel ein Projekt der biologishen Schädlingsbekämpfung leitet.

Eine Spur der Vernichtung

Der nur sieben Millimeter lange Käfer, für den keine deutsche Bezeichnung existiert, tauchte auf West-Samoa erstmals in der Nähe des Flugplatzes auf und dringt seither mit einer Geschwindigkeit von etwa drei Kilometern im Monat auf der paradiesischen Insel vor. Sein Verbreitungsgebiet kann man mühelos an den abgestorbenen braunen Palmblättern erkennen, die in der Mitte der Baumkrone verdorren, wo eigentlich die jungen Triebe wachsen sollten.

Der Käfer nistet sich in den noch zusammengerollten Jungblättern ein und zerstört ihr Inneres, der Baum verliert an Produktionskraft, wirft die Nüsse schon vor der Reife in Hühnereigröße ab und verliert bei besonders schlimmem Befall die gesamte Krone, was seinen Tod bedeutet. In Tahiti und in American Samoa blieben von manchen Palmenbeständen nur noch Telegraphenmaste übrig, berichtet der Münchner Forstbiologe Ulrich Skatulla von der Universität München, der neun Monate an Hammans Projekt assistierte. Er befürchtet, daß im Lauf der nächsten Jahre keine der zahlreichen Südsee-Inseln von der Brontispa-Invasion verschont bliebt. „Die Folgen sind verheerend, denn das Insekt hat dort keine natürlichen Feinde und kann sich explosionsartig vermehren." Ein Brontispa-Weibchen legt bis zu 130 Eier, in nur zweieinhalb Monaten wächst eine neue Generation heran.

Auf manchen der Inseln wird der Käfer nur ökologische Schäden anrichten, in West-Samoa aber trifft er das Herz der Wirtschaft. Denn die knapp 160 000 Insulaner sind auf den Verkauf des getrockneten Kokosnußfleisches („Kopra") angewiesen. Über die Hälfte ihres Exporterlöses erzielen damit. Auf Upolu, der Hauptinsel mit dem Regierungssitz Apia, existiert die größe Kokosplantage der südlichen Halbkugel. Eine chemische Schädlingsbekämpfung ist problematisch: Wegen der Höhe, in der die Brontispa haust, müßte sie aus der Luft erfolgen, was zu einer Belastung von Mensch und Tier führen könnte und was angesichts der mangelhaften technischen Ausrüstung (nur ein, meist einsatzunfähiges Sprühflugzeug) keinen Erfolg garantierte. Zudem steht Hugo Hammans dem chemischen Pflanzenschutz kritisch gegenüber und bezweifelt die Effektivität dieser Methode.

Rettung brachte die winzige, kaum einen Millimeter kleine Schlupfwespe Tetrastichus brontispae, die in Papua-Neuguinea, der Heimat der Brontispa, diesen Schädling als Parasit attackiert: Die ameisenähnliche Wespe legt ihre Eier in die Brontispa-Puppe, die dadurch abstirbt. Einige hundert Wespen wurden nach Samoa gebracht und auf der GTZ-Versuchsanstalt gezüchtet. Als Skatulla in die Station kam, schlüpften dort monatlich höchstens 5000 Wespen. Damit konnte die Ausbreitungsgeschwindigkeit reduziert werden, doch es waren zu wenige, um ein Populationsgleichgewicht zwischen Schädling und Parasit herzustellen. Die Zuchtmethoden wurden verbessert und die Monatsquoten auf 30 000 erhöht.



Projektleiter Hugo Hammans weist auf eines seiner „Erfolgsob": den Nashornkäfer Oryctes, der bereits unter Kontrolle ist. FOTO: ELT

Doch dann gefährdete eine weitere Schwachstelle das Projekt: Der genetische Pool der wenigen importierten Parasiten war zu gering, um eine rapide Vermehrung schadlos zu überstehen, die Inzucht führte bei den späteren Generationen zu bedrohlichen Ausfällen. Neue Parasiten wurden deshalb aus Papua-Neuguinea herangeschafft, um den Genpool zu stabilisieren.

Labiles Gleichgewicht

Sicher ist, daß der Schädling niemals ganz ausgerottet werden kann. Hammans: „Wir müssen ein ökologisches Gleichgewicht zwischen Schädling und Parasit herstellen, damit der Schaden der Brontispa ökonomisch verkraftbar bleibt".

Dies ist bei einem anderen Schädling bereits gelungen – dem Nashornkäfer Oryctes rhinoceros. Er frißt Teile der Palmenblätter am Vegetationspunkt, wodurch an den ausgewachsenen und entrollten F[...]rn große dreieckige Stücke feh[...]der Baum über weniger Photos[...]se-fläche verfügt und somit wer[...] Ertrag bringt. Gegen ihn set[...]ammans neben einem Virus, de[...] Malaysia importiert wurde, au[...]nen Pilz erfolgreich ein. Beide [...]siten werden vom infizierten Käf[...]eiter verbreitet.

Das Projekt unter dem T[...] „Integrierter Pflanzen- und Er[...]hutz" in West-Samoa gehört zu d[...]kleineren der deutschen Entwic[...]gshilfe-Initiativen, für den Zei[...]n von 1978 bis zum April nächs[...] Jahres werden 6,5 Millionen Mark[...]gesetzt. Der wirtschaftliche Nutz[...]ür den kleinen Südsee-Staat ist d[...]gen unermeßlich.

Bei den einheimische[...]armern verspüren die deutschen [...]er-Killer mit ihren biologischen M[...]oden allerdings noch manches[...]ßtrauen. Hammans: „Den biologi[...]n Prozeß können sie nur schwer [...]chvollziehen. Wenn aber die[...]iftspritze sprüht, und der Käfer [...] umfällt, dann sehen sie den Erf[...] und glauben daran."

Der Verzicht beim Essen verlängert das Leben

[...]udie weist auf stabilere Gesundheit von Vegetariern hin

Von ANNETTE TUFFS

[...]eben Vegetarier gesünder und länger als Zeitgenossen, die Fleisch oder tierische Produkte [...]ssen? Eine Studie, die von Jenny [...]laude, Ursula Eilber und Dr. Rainer [...]rentzel-Beyme vom Deutschen [...]rebsforschungszentrum (DKFZ) [...]or fünf Jahren begonnen wurde, gibt jetzt erste Hinweise darauf, daß Vegetarier weniger häufig Herz- und Kreislauferkrankungen bekommen und an Krebs sterben.

„Ursprünglich sollte mit dieser Studie überprüft werden, ob Vegetarier durch vermehrte Zufuhr von Nitraten stärker gefährdet sind", so Dr. Rainer Frentzel-Beyme gegenüber der WELT. Nitrate werden nämlich von den Bakterien der Mundhöhle zu Nitriten und im Körper schließlich zu Nitrosaminen umgewandelt – Stoffe, die sich im Tierversuch als krebserzeugend erwiesen haben. Da vor allem Salat und Gemüse durch Düngemittel mit Nitraten belastet sind, erschien ein erhöhtes Risiko für Vegetarier denkbar.

In der Bundesrepublik gibt es derzeit schätzungsweise fünf bis sechs Millionen Menschen, die zeitweise vegetarisch leben. Von ihnen sind 10 000 Personen in Verbänden organisiert. An der Studie des DKFZ nahmen bundesweit insgesamt 1904 Vegetarier teil, 858 Männer und 1046 Frauen. Abgesehen von der weitgehenden Abstinenz von Fleisch war die Gruppe in ihren Eßgewohnheiten jedoch nicht einheitlich: Ein Teil enthielt sich als sogenannte Veganer aller tierischen Produkte, andere hingegen verzichteten nicht auf Eier, Milch oder Fisch. Daher erfolgte eine weitere Unterteilung in „strenge" und „weniger strenge" Vegetarier.

Nach fünf Jahren schließlich waren 82 Teilnehmer der Studie verstorben, davon 36 an Erkrankungen von Herz und Kreislauf und 26 an Krebs. Zum Vergleich: Die Sterblichkeitsrate der Gesamtbevölkerung gleichen Alters liegt bei 219 Todesfällen, davon 118 an Herz- und Kreislauferkrankungen und 46 an Krebs. Vor allem Lungenkrebs, bösartige Darmtumoren sowie Brust- oder Prostatakrebs wurden weniger beobachtet. Eine gleiche Anzahl von Todesfällen wie in der Gesamtbevölkerung wurde nur für den Magenkrebs bei Männern über 80 festgestellt.

Vegetarier unterscheiden sich nicht nur in ihren Eßgewohnheiten von der Allgemeinbevölkerung, sondern auch in ihrem Lebensstil. Sie sind insgesamt gesundheitsbewußter, rauchen weniger, konsumieren weniger Alkohol und achten auf ihr Gewicht. Verglichen mit der Allgemeinbevölkerung haben sie einen höheren Bildungsstand und sind eher in technischen und sozialen Berufen zu finden. All diese Faktoren sind vermutlich an ihrem besseren Gesundheitszustand beteiligt.

So ist die verminderte Zahl von Todesfällen durch Lungenkrebs zumindest teilweise auf den geringeren Nikotingenuß bei Vegetariern zurückzuführen. Außerdem muß angenommen werden, daß sich überwiegend gesunde Vegetarier für die Teilnahme an der Studie gemeldet hatten. „Deshalb ist es wichtig, daß die Studie noch fünf Jahre weiterläuft, da dann die Auswirkung dieser Selektion nachlassen wird", so Dr. Frentzel-Beyme.

Erst dann wird man auch in der Lage sein, die Gruppe der strengen mit den weniger strengen Vegetariern aussagekräftig zu vergleichen. Ob vegetarische Kost die Prognose einer bereits eingetretenen Krebserkrankung verbessert, kann die Untersuchung nicht klären, da man – mangels eines Krebsregisters – auf die Bescheinigung von Todesursachen zurückgreifen muß.

Neu ist die Erkenntnis nicht, daß der Verzehr von Salat, Gemüse und Körnern die Lebenserwartung erhöht. Untersuchungen von Mormonen und Adventisten, die aus religiösen Gründen vegetarisch leben und auf Genußmittel weitgehend verzichten, ergaben, daß sie zu 50 Prozent weniger an Krebs und Herz- und Kreislauferkrankungen leiden. Die geringere Anfälligkeit von Herz und Kreislauf führt man vor allem auf den niedrigeren Fettgehalt ihrer Nahrung zurück. Außerdem wurde bei den Adventisten ein niedriger Blutdruck beobachtet.

Für das verminderte Risiko, an Darmkrebs zu erkranken, wird der höhere Gehalt an Fasern und niedrigere Fettanteil in pflanzlicher Kost verantwortlich gemacht. Möglicherweise verändert vegetarische Nahrung auch die Reaktion des Körpers auf krebserzeugende Substanzen.

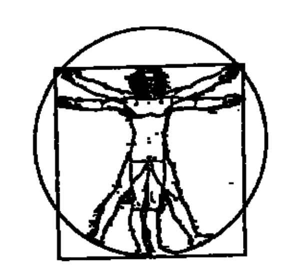
NOTIZEN

Rollendes Lungen-Labor

Düsseldorf (dpa) – Ein „Lungen-Labor" auf Rädern wird in wenigen Wochen Weltpremiere haben. Das vom Medizinischen Institut für Umwelthygiene in Düsseldorf entwickelte Gerät soll bei einem Smog-Alarm die Kontrolle der Lungenfunktion von Menschen ermöglichen. Dies war bislang nur in Fachkliniken möglich. Herzstück des 250 000 DM teuren Meßwagens ist ein computergesteuertes Gerät, mit dem in Minuten Bronchialverengungen erkannt werden.

99 Prozent Karies

Frankfurt (msl) – Die Bundesrepublik hinkt der Karies-Vorbeugung gut zehn Jahre hinterher. Zu diesem Ergebnis kam ein internationales Symposium von Zahnmedizinern, das jetzt in Paris zu Ende ging. Während in der Schweiz, England und Skandinavien durch nationale „Fluorid-Programme" ein Rückgang der Karies um 50 Prozent erzielt wurde, leiden hierzulande 99 Prozent der Erwachsenen an diesem „Zähnekiller". Nach Meinung der Mediziner haben Kampagnen über bessere Mundhygiene und Änderung der Eßgewohnheiten weniger Erfolg gebracht als erwartet.



Verbrauch von Erdöl

Hamburg (dpa/vwd) – Von den Industriestaaten verbrauchen die Amerikaner das meiste Öl, wie die Deutsche BP AG gestern in Hamburg veröffentlichte. So benötigt ein US-Bürger im Schnitt pro Kopf und Jahr 3 196 Kilogramm Mineralölprodukte, die Bundesbürger hingegen nur 1 880 und die Japaner 1 720 Kilogramm. Die Gründe für die Unterschiede liegen sowohl an der Verbrauchsstruktur als auch an der Verfügbarkeit anderer Energieträger (Kohle, Gas und Kernkraft).

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Nitratarm nur gegen ‚cash'?

„Umweltpolitik mit Steuerrecht"; WELT vom 16. August

Zu dem WELT-Interview mit Ministerpräsident Lothar Späth zum Wasserpfennig kann ich mir die folgenden Bemerkungen nicht verkneifen:

Ich denke, daß sich der baden-württembergische Ministerpräsident – und nicht nur sich selbst – einen Bärendienst erwiesen hat, als er den sogenannten Wasserpfennig auf den Schild hob. Man könne fast meinen, daß dieser Schlag ins Wasser zu einer Trübung seines sonst schärferen Blickes für umweltpolitische Rangfolgen und Notwendigkeiten geführt habe.

Späth verkehrt damit das Verursacherprinzip in sein Gegenteil. Wer will jetzt noch jemandem sagen, daß er kein Geld bekommt, wenn er sich umweltschonend und damit normal verhält? Die Betreiber von Industrieanlagen, ja selbst jeder einzelne Bürger hat einen Präzedenzfall aus dem Musterländle vorgeführt bekommen: der Umwelt zuliebe – aber nur gegen cash.

Der Schritt des selbsternannten Aufsteigerländles wird weitreichende Folgen haben. Den Landwirten, die von diesem Pfennig einen Teil abbekommen sollen, damit sie weniger Nitrat in den Boden und damit ins Wasser bringen, wäre anders besser geholfen gewesen. Wer richtig, nämlich pflanzen- und standortgerecht düngt, belastet das Grundwasser ohnehin nicht. Er erleidet auch keine Ertragseinbußen. Er spart sogar teuren Dünger, ohne daß weniger wächst. Nur das Zuviel an Nitrat, was von den Pflanzen gar nicht aufgenommen werden kann, belastet die Gewässer. Mit einer besseren Beratung wäre sicher mehr zu erreichen gewesen.

Daß Ausgleichszahlungen für tatsächliche Ertragsausfälle bei über das normale, naturschonende Bewirtschaften hinausgehende Auflagen in



Willi Görlach

Wasserschutzgebieten bereitgestellt werden müssen, steht auf einem anderen Blatt. Aber wir dürfen doch dabei das Verursacherprinzip nicht pervertieren. Späths Einfall ist so, als wolle man dem Autofahrer Geld dafür geben, daß er vor einer roten Ampel auch tatsächlich stehen bleibt.

Willi Görlach,
Hessischer Minister
für Landwirtschaft und Forsten
und Bevollmächtigter
Hessens beim Bund

Die Ethik der Pflanzenzüchter

„Der Streit um Adams Apfel ist noch lange nicht zu Ende"; WELT vom 2. August

Der Bericht über die Bestrebungen, Patentschutz für biotechnologische Entwicklungen zu erreichen, stellt nur eine, allerdings extreme Auffassung dar. Die betroffenen Pflanzenzüchter sehen keine unbefriedigende Rechtslage. Für den Schutz ihrer Sorten existiert das Sortenschutzrecht auf der Basis des Internationalen Übereinkommens zum Schutz von Pflanzenzüchtungen (UPOV). Dieses ist speziell auf die biologische Materie zugeschnitten, beinhaltet bereits Kriterien wie Neuheitsschonfrist und besondere Schutzvoraussetzungen und bietet in der Bundesrepublik Deutschland einen 25- bzw. 30jährigen Schutz, unabhängig vom pflanzenzüchterischen Verfahren. Somit sind natürlich auch Produkte gentechnologischer Verfahren sortenschutzfähig – sofern man überhaupt davon sprechen kann, hiermit Pflanzensorten schaffen zu können. Die Pflanzenzüchter tragen den im Sortenschutzgesetz verankerten Forschungsvorbehalt mit, wonach auch geschützte Sorten für weitere Züchtungsarbeit frei sind. Dieser Grundsatz ist Ausdruck einer moral-ethischen Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit, welche jegliche Monopolisierung von Nahrungsmitteln verbietet. So ist eine lebhafte Diskussion im Gange, die dazu beitragen möge, die lediglich für Patent-interessierte Kreise bestehende Problematik zu relativieren und nicht um jeden Preis eine in Europa vorhandene befriedigende Rechtslage der auf ganz anderem Rechtsverständnis beruhenden US-Situation anzupassen.

Dr. Rolf Meyer,
Geschäftsführer Bundesverband
Deutscher Pflanzenzüchter e. V.,
Bonn 1

Zauberlehrling

„Das Mandat der Kirche": WELT vom 14. August

Wenn Bischof Wilckens heute die von Pastor Benedict organisierte Sitzblockade vor dem Kernkraftwerk Brokdorf verurteilt, so kommt er mir wie der Zauberlehrling vor, der verzweifelt versucht, die Geister zu bannen, die er rief.

Paul Voelker,
Hildesheim

Ladenzeiten

Der Verbraucher, vor allem der Reisende, hat es vielleicht noch gar nicht gemerkt, aber seit dem 1. August hätte er die Möglichkeit, in Städten mit mehr als 200 000 Einwohnern im Bereich von Bahnhöfen und Verkehrsknotenpunkten von morgens 6.00 Uhr bis abends 22.00 Uhr einzukaufen, auf Flughäfen und Fährhäfen sogar rund um die Uhr und dazu noch samstags und sonntags. Einige Bundesländer wollen jedoch – wie man hört – von dieser Regelung keinen Gebrauch machen! Der Konsument und der willige Händler stehen damit „draußen".

Walter Schnabel,
Bundesverband der
Selbstbedienungs-Warenhäuser
(BdSW) e. V., Bonn

Fürs Kabarett

„Weiter so, Deutschland": Die Rechten sind verärgert, die Szene lacht sich halbtot, und die Kabarettisten haben wieder ein besonderes Bonbon im Programm.

Wolfgang Prause,
Hamburg 65

„Vielen Dank"

„65 000 Deutsche kämpfen in der UdSSR um die Ausreise"; WELT vom 14. August

Vielen Dank dafür, daß Sie das Thema, das von der Presse und der Regierung beschämend vernachlässigt wird, ans Licht bringen.

Viktor Flach,
Lemberg

Wort des Tages

> Das Genie macht die Fußstapfen, und das nachfolgende Talent tritt in dieselben hinein, tritt sie aber schief.

Wilhelm Raabe, deutscher Autor (1831–1900)

Quälen zum [...]audi

„Erst siebzehn und schon [...]ju[...]belter Star in der Arena": WELT [...] August

Ich empfinde es als ges[...]cklos, eine Lobhudelei wie über d[...]ungen Stierkämpfer „Joselito" kri[...]s abzudrucken. Traurig genug, d[...]ieser unreife Jüngling sich daz[...]rgibt oder dazu gebracht wurde, [...] sein Geld durch das Quälen u[...] Abschlachten von Tieren zum [...]audi zahlender Zuschauer zu verdi[...]n.

Gerold [...]erb,
Wie[...]den

„Theo-Phantast"

„Professur für Feminismus": WEL[...] 9. August

Es klingt zwar so schön „wi[...]schaftlich", aber mit Theologie [...]t diese Ideologie fanatischen Go[...]shasses nichts zu tun, weshalb sie [...] einigen Vertreterinnen richtiger [...] „Feministische Theo-Phantasie" [...]zeichnet wird.

Edelgard von Löbbec[...]
Kronbe[...]

Ostware am Kap

Kein kommunistischer Staat ha[...] bisher ernsthaft die selbstauferlegten Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika eingehalten: Vom Praktika-Fotoapparat aus der „DDR"-Produktion (die von politisch Inhaftierten in Cottbus montiert werden) über polnische Lebensmittelkonserven bis zum in der UdSSR gedruckten „English-Dictionary" findet sich in südafrikanischen Warenhäusern ein preisgünstiges Sortiment vor allem solcher Ostblock-Waren, für die die eigene Bevölkerung gemeinhin Schlange stehen muß.

Georg Woywod,
München 5

„Ich bin empört"

„Drüben wird doppelt soviel Butter gegessen"; WELT vom 11. August

Ich bin empört. Ihrem Informanten empfehle ich dringend eine Reise in die DDR, damit er sich dort mal orientiert, warum dort weniger Rindfleisch oder auch Südfrüchte gegessen werden.

Reinhold Kaeppel,
Kemnath 1

Flotte Federn

Schade, schade, daß Journalisten wie Kremp und von Zahn mit ihren flotten Federn, ihrem Wissen und ihrem Urteilsvermögen nicht auch in die Politik gingen und andere Journalisten mit flotter Feder wie etwa Egon Bahr beschlossen, Politiker zu werden.

Henry Schavoir,
Brüssel

Personen

VERANSTALTUNG

Am Showbusineß wird es nicht fehlen, wenn Ministerpräsident **Johannes Rau** am 10. September den 40. Geburtstag von Nordrhein-Westfalen in Bonn feiert: Die **Bläck Fööss**, weit über die Landesgrenzen hinaus bekannt, die **Ace Cats**, das **Paul Kuhn Trio**, Kabarettist **Hanns Dieter Hüsch**, das Improvisationstheater **Springmaus** und viele andere sorgen in der Bonner Landesvertretung bis weit nach Mitternacht für Unterhaltung. Gastgeber ist Raus Bonner „Statthalter", der Minister für Bundesangelegenheiten **Günther Einert**. Mehr als 1000 Gäste sind bereits in die Landesvertretung eingeladen: Wer keine Einladung erhält, wird den Nordrhein-Westfalen-Geburtstag auch im Fernsehen verfolgen können, in der Sendung „Mittwochs in ... aus Bonn" ab 20.15 Uhr. Das Geburtstagsdatum fällt übrigens auf den 23. August 1946, als durch Verordnung der damaligen britischen Militärregierung die rechtliche Grundlage für das neue Bundesland geschaffen wurde. Zuvor, am 18. Juli, war bekanntgegeben worden, daß die Provinzen Westfalen und Nordrhein zusammengelegt werden.

MUSIK

Der ehemalige Organist des Leipziger Gewandhauses, **Matthias Eisenberg**, wird am 25. September sein erstes Konzert in West-Berlin geben. Er hat sich für die Reihe der Benefizkonzerte zum Ausbau der Orgel in der Charlottenburger Epiphanienkirche zur Verfügung gestellt. Matthias Eisenberg, Jahrgang 1956, war im April dieses Jahres nach einem Konzert mit dem Bachorchester des Gewandhauses in Göttingen nicht wieder nach Mitteldeutschland zurückgekehrt.

SKULPTUR

Sieben europäische Künstler stellen zwischen Deutschland und Frankreich Skulpturen auf, die die Annäherung von Menschen und Ländern versinnbildlichen. Die Idee zu dem Projekt „Steine an der Grenze" hatte der deutsche Bildhauer **Paul Schneider**. Die fünf Kilometer lange Grenzstraße, an der die Plastiken aufgestellt werden, verbindet die Dörfer Launstroff im französischen Departement Moselle mit Wellingen im Saarland. Die „Steine an der Grenze" werden direkt im Grenzgebiet stehen. Die beteiligten Künstler – außer Schneider sind es die Deutschen **Havoli** und **Thomas Wojciekowicz**, der Österreicher **Karl Prantl**, die Schweizerin **Claudia Amann**, der Franzose **Marc Linder** und der Luxemburger **Jeannot Bewing** – haben am Montag mit ihrer Arbeit begonnen und wollen ihre Werke Anfang Oktober fertiggestellt haben.

GEBURTSTAG

Die Schluckimpfung hat Millionen von Kindern vor der spinalen Kinderlähmung bewahrt. Ihr Erfinder, Professor **Albert B. Sabin**, amerikanischer Virologe und Immunologe jüdischer Herkunft, vollendet am 26. August das 80. Lebensjahr. Der Immigrantensohn aus Bialystok begann 1931 am Bellevue Hospital in New York seine Laufbahn als Arzt und Forscher. Bereits zu jener Zeit war ihm die Isolierung des Hepatitis-Virus (Virus B) gelungen. 1949 rollte in den USA die große Offensive gegen die Kinderlähmung



Albert B. Sabin

an, nachdem es gelungen war, den Polioerreger zu züchten. Sabin gelang es – neben anderen Forschern –, einen Impfstoff zu entwickeln, der aus lebenden und vermehrungsfähigen, aber abgeschwächten Viren gewonnen wird. Die Lebensvakzine mit der vereinfachten „Schluckmethode eroberten schließlich den internationalen Impfstoffmarkt. Die Sowjetunion entschied sich 1959 als erstes großes Land für eine Massenimpfung von annähernd zehn Millionen Personen. In der Bundesrepublik Deutschland wurde die Schluckimpfung 1962 eingeführt.

EHRUNGEN

Der Hauptvorsitzende des Bundes Deutscher Nordschleswiger in Apenrade, **Gerhard Schmidt**, ist mit der Europamedaille der Paneuropa-Union Deutschland e. V. geehrt worden. Schmidt erhielt die Auszeichnung für seine völkerverständigende Arbeit im deutsch-dänischen Grenzraum. Schmidt bedankte sich für die hohe Auszeichnung, die er aber nicht auf seine Tätigkeit allein bezog, sondern die er auch als eine Anerkennung der Arbeit des Bundes Deutscher Nordschleswiger wertete. Die Europamedaille sei gleichzeitig sowohl eine Ermutigung für die Deutschen in Nordschleswig, an ihrer Identität festzuhalten, als auch ein Ansporn für die Bewältigung der Probleme anderer deutscher Volksgruppen wie in Südtirol und im Elsaß.

*

Dietmar Bodo Küpper, geschäftsführender Gesellschafter der international in der Entwicklung neuer Innovations-Immobilien tätigen Bodo Küpper KG, ist mit der Ehrendoktorwürde der Kirchlichen Hochschule Christiana Ecclesia in Neu-Wulmsdorf geehrt worden. Die Bodo Küpper KG in Dortmund befaßt sich mit Unternehmensberatung, widmet sich jedoch überwiegend der Reorganisierung und Umstrukturierung von Industrieunternehmen sowie deren Krisenmanagement. Dietmar Bodo Küpper erhielt die Auszeichnung für seine wissenschaftsfördernden Verdienste.

UNIVERSITÄT

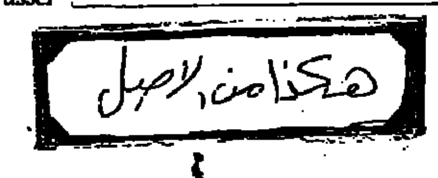
An der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn wurden die Professoren Dr. **Franz Böckle**, Prorektor und Direktor des Katholisch-Theologischen Seminars, und Dr. **Heinrich Erben**, Direktor des Instituts für Paläontologie, emeritiert.

KIRCHE

Papst **Johannes Paul II.** wird am 1. Mai nächsten Jahres, dem ersten Tag seines zweiten Besuchs in der Bundesrepublik Deutschland, einen Gottesdienst im Stadion Köln-Müngersdorf feiern. Darauf wies die Pressestelle des Erzbistums Köln hin. Ursprünglich war angekündigt worden, der Papst werde eine Messe im Kölner Dom feiern.

GESTORBEN

Der mexikanische Filmschauspieler und Regisseur **Emilio „El Indio" Fernandez** ist gestorben. Der 82jährige schuf in den fünfziger Jahren, in der goldenen Ära des mexikanischen Films, Klassiker wie „Maria Candelaria" mit Dolores del Rio und Pedro Armendariz, der 1959 in Cannes ausgezeichnet wurde. „El Indio" (der Indianer) Fernandez hatte als Kind an den Kämpfen der mexikanischen Revolution teilgenommen. 1923 war er wegen Auflehnung gegen die Regierung zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt worden, konnte aber nach drei Jahren in die USA fliehen, wo er seine Filmlaufbahn begann.



Reagan: Notfalls müssen Contras Macht ergreifen

Sandinisten sollen zu Verhandlungen zurückkehren

AP/rtr/AFP, **Santa Barbara**

Der amerikanische Präsident Ronald Reagan hat die Machtübernahme durch die Contras in Nicaragua als einzige Alternative für den Fall bezeichnet, daß die regierenden Sandinisten nicht bereit sind, in eine friedliche Regelung mit den Rebellen einzuwilligen. Er machte diese Äußerung, die zu seinen markantesten über Nicaragua gehört, in einem Interview mit der mexikanischen Zeitung „Excelsior".

Auf die Frage, was er mit den vom US-Senat kürzlich gebilligten 100 Millionen Dollar für die Contras zu tun gedenke, antwortete er, da die Sandinisten seine dringenden Aufforderungen zu Verhandlungen mit den Rebellen zurückgewiesen hätten, sei die US-Regierung überzeugt, „daß es des Druckes der Freiheitskämpfer bedarf." Das beste sei, sie würden so stark, „daß sie den Hebel ansetzen können, Druck auf die sandinistische Regierung ausüben zu können". Dann sei „immer noch eine friedliche, politische Lösung" möglich. Aber „wenn die sandinistische Regierung immer noch nicht einsichtig ist, dann besteht die einzige Alternative darin, daß die Freiheitskämpfer sich durchsetzen und die Macht übernehmen".

Ziel der Vereinigten Staaten bleibe es, die Sandinisten dazu zu bringen, „sich an den Verhandlungstisch zu setzen, über die Demokratisierung Nicaraguas zu sprechen und zu den Grundsätzen zurückzukehren, auf die sie sich einst verpflichtet hatten."

Die amerikanische Regierung hat immer wieder versichert, daß es ihr nicht um den Sturz der sandinistischen Regierung gehe, sondern daß sie die Sandinisten dazu bringen wolle, den bei ihrem Sieg im Jahre 1979 verkündeten demokratischen Grundsätzen zu folgen.

Eine Gruppe nicaraguanischer Sozialdemokraten und Christdemokraten hat die US-Regierung aufgerufen, auf eine direkte Intervention zu verzichten. Der Vorsitzende des „Bloque Opositor del Sur" (BOS), Alfredo Cesar, sagte, Hilfe ausländischer Regierungen für die Anliegen der anti-sandinistischen Opposition sei willkommen, doch werde diese niemals zulassen, daß jemand in Nicaragua an ihrer Stelle handle. Auch wenn in Nicaragua der Kommunismus errichtet werde, gebe das „keiner westlichen Macht" das Recht, in dem Lande zu intervenieren. Er werde die Contras solange unterstützen, bis die Sandinisten ihre 1979 abgegebenen Versprechen einlösten, den politischen Pluralismus, die Blockfreiheit und die gemischte Wirtschaft in Nicaragua zu wahren.

Die SPD soll umkehren

Wimmer attackiert Parteitags-Anträge für Nürnberg

rmc. **Bonn**

An die „staatstragenden Kräfte" in der Sozialdemokratischen Partei hat der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Willy Wimmer, appelliert: Sie sollten ihren Einfluß in der Partei geltend machen, damit die Sozialdemokratie wieder auf den gemeinsamen Boden der über Jahrzehnte unumstrittenen deutschen Außen- und Sicherheitspolitik zurückfinde.

Diesen Aufruf richtete der CDU-Politiker an die SPD wenige Tage vor ihrem nächste Woche in Nürnberg stattfindenden Parteitag, auf dem sie ihre Grundsatzpositionen vor der Bundestagswahl abstecken will.

In einem von Wimmer gestern vorgelegten Papier wird die SPD in Fragen der Sicherheits- und Außenpolitik als „verantwortungslose Aussteigerpartei" gekennzeichnet. Fußend auf dem zu dieser Thematik vom SPD-Bundesvorstand für den Nürnberger Parteitag vorgelegten „Leitantrag" wird der SPD vorgeworfen, sie versehe ihre Zustimmung zur NATO inzwischen mit so vielen Einwänden, daß für sie die Aufkündigung der Bündnismitgliedschaft nur folgerichtig wäre.

Die SPD habe sich der sowjetischen Politik angepaßt, sagte Wimmer. Es sei befremdlich, „mit welcher Leichtfertigkeit die SPD, ehemals als Partei der Freiheit und der Bürgerrechte angetreten, die Themen Freiheit und Menschenrechte im Machtbereich der Sowjetunion unter den Teppich kehrt".

Bei Sanierung Neuen Heimat wächst Zeitdru

D.G./dpa, **Bonn/Fra**

Die Sanierung des schwer schlagenen Wohnungsbaukoı Neue Heimat gerät immer stärk ter Zeitdruck.

Eine für den 25. August Frankfurt einberufene Gläubige sammlung, zu der Vertreter sä cher 150 Gläubigerbanken ein den worden waren, ist geplatzt. vom Gewerkschaftskonzern be tragte Sanierer, das ehemalige V standsmitglied der Dresdner Ba Manfred Meier-Preschany, mußte Bankenmanager wegen fehlender E folgsaussichten für die „größte Glä bigerversammlung der Nachkrieg zeit" wieder ausladen.

Dafür soll am kommenden Dien tag ein kleiner Bankenkreis von etw zwölf Großgläubigern über die Mög lichkeiten zur Rettung des Bauriesen mit 260 000 Wohnungen und Grundstücken beraten. Thema soll auch der kurz bevorstehende Verkauf der beiden Regionalgesellschaften der Neuen Heimat in Hessen und Berlin sein.

Die SPD ist bereit, im Untersuchungsausschuß des Bundestages zur Neuen Heimat der Forderung der CDU/CSU zustimmen, die gewerkschaftseigene Beteiligungsgesellschaft für Gemeinschaft (BGAG) zur Herausgabe wichtiger Unterlagen des Wohnungsbaukonzerns zu zwingen. Voraussetzung ist, daß sich der Beschluß nur auf die Vorgänge um die Neue Heimat bezieht.

Der Obmann der CDU/CSU in dem Ausschuß, Johannes Gerster, rechnet mit einer schnellen Gerichtsentscheidung. Der Ausschuß werde damit die für seinen Untersuchungsauftrag unerläßlichen Unterlagen erhalten.

In nichtöffentlicher Sitzung hörte der Ausschuß gestern Vertreter der Düsseldorfer Oberfinanzdirektion. Die Behörde hatte unter Hinweis auf ihre Prüfungsergebnisse beim Düsseldorfer Regierungspräsidenten vor knapp zwei Jahren beantragt, der Neuen Heimat Nordrhein-Westfalen die Gemeinnützigkeit zu entziehen. Diese NH-Gesellschaft soll der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung 360 000 Mark gespendet haben.

Wie es hieß, ermittelten die Prüfer bei der Neuen Heimat NRW für die Jahre 1974 bis 1979 etwa 20 Tatbestände mit jeweils mehreren Einzelfällen, wo gegen das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz verstoßen wurde. Trotzdem wurde die Gemeinnützigkeit nicht aberkannt.

Gewerkschaften wollen die flexible Arbeitszeit faktisch wieder beenden

Anträge für Kongresse der IG Druck und IG Metall / Bundesbank-Autonomie im Visier

cd. **Frankfurt**

Die IG Metall und die IG Druck und Papier sorgen mit Anträgen und Entschließungen im Vorfeld ihrer Gewerkschaftstage (IG Druck vom 12. bis 18. Oktober in Essen, IG Metall vom 19. bis zum 25. Oktober im Hamburg) für sozialpolitischen und auch politischen Sprengstoff.

Ein Novum ist die Entschließung des IG Metallvorstandes, die Regelarbeitszeit von acht Stunden durch eine tägliche Höchstarbeitszeit von acht Stunden bei freiem Wochenende zu begrenzen, Freizeitausgleich für Mehrarbeit schon von der ersten Mehrarbeitsstunde und die Möglichkeit der Abgeltung von Zuschlägen durch Freizeit. Radikalste Forderung r IG Druck ist die des linken hessischen Landesverbandes: Auf Aussperrungen mit Betriebsbesetzungen antworten.

eber-Kompromiß"

it der Forderung nach einer hstarbeitszeit von acht Stunden e die IG Metall praktisch die Entidungskompetenz des mündigen itnehmers über seine Arbeitszeit ommentiert der Arbeitgeberver- l Gesamtmetall. Zugleich werde c der „Leber-Kompromiß" zuredreht, der vorsieht, daß die Pliche Arbeitszeit innerhalb der Uıehmen durch Betriebsvereinbaen festgelegt wird.

IG Metall fordert bei einer 35-Stunwoche eine einheitliche tarifliche Arbeitszeit für sämtliche Arbeitnehmer. Damit haben sich die Gegner flexibler Arbeitszeit jetzt offensichtlich auch gegen ihren künftigen Vorsitzenden Franz Steinkühler durchgesetzt.

Auch die IG Druck, die im Leitantrag ihres Hauptvorstandes für die 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich plädiert und Wochenendarbeit nur in zwingenden Ausnahmefällen – wie bei Tageszeitungen – zulassen will, lehnt flexible Arbeitszeiten in Anpassung an betriebliche Notwendigkeiten sowie unterschiedliche Arbeitszeiten innerhalb der Belegschaft strikt ab und fordert eine tarifvertragliche Beschränkung von Überstunden. Zum Forderungskatalog gehört ferner ein Verbot der Aussperrung, die ansonsten durch Solidaritätsstreiks und das Verbleiben der ausgesperrten Arbeitnehmer im Betrieb bekämpft werden müßte.

Für den hessischen Landesverband sind sogar politische Streiks legitim, wenn Regierung oder Parlament (wie zum Beispiel mit dem Paragraphen 116) in die Tarifautonomie eingriffen. Ganz so radikal gibt sich die IG Metall nicht, die freilich auch ein Aussperrungsverbot fordert und eine Korrektur des Paragraphen 116 für unverzichtbar hält, sich aber im übrigen darauf beschränkt, den Vorstand mit der Entwicklung eines Aktionsprogramms zur Sicherung des Streikrechts zu beauftragen.

Auf eine weitgehende Abstimmung zwischen IG Druck und IG Metall lassen die wirtschaftspolitischen Forderungen schließen. Dazu gehört in erster Linie ein staatliches Beschäftigungsprogramm – nach IG Metall-Vorstellungen 20 Milliarden Mark pro Jahr, die IG Druck fordert 200 Milliarden für zehn Jahre, davon 30 Milliarden im ersten Jahr. Ergänzt werden soll dies durch eine „soziale Lenkung der Investitionen" mit Schwerpunkten in Umweltschutz, Verkehrsausbau, Wohnungsbau und Energieeinsparung. Die IG Metall-Entschließung verlangt zusätzlich die Überführung von Schlüsselindustrien und marktbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum.

Gemeineigentum als Ziel

In der Steuerpolitik sprechen sich die Metaller gegen eine Senkung der Spitzensätze bei der Einkommen- und Körperschaftssteuer aus, gegen höhere Verbrauchssteuern und für einen Verzicht auf die zweite Stufe der bereits beschlossenen Steuerreform. Die IG Druck will sogar eine Anhebung des Spitzensteuersatzes und die Einführung der Quellensteuer für Besitz- und Vermögenseinkünfte.

Auch die Einschränkung der Autonomie der Bundesbank steht auf dem Forderungskatalog der Drucker: Es sei nicht mit demokratischen Prinzipien vereinbar, daß den Frankfurtern die Befugnis für eine gegen eine sozial orientierte Politik des Bundes gerichtete Arbeit gegeben werde.

Wrungsfonds füLateinamerika?

AFP, **Lima**

Dihaffung eines lateinamerikanischWährungsfonds als Antwort auf dntscheidung des Weltwährungsls (IWF), Peru für nicht mehr litwürdig zu erklären, hat der Kcinator des Andenpakts mit der penischen Regierung erörtert. Der Vorlag von Präsident Garcia, einen rnalen Währungsfonds zu bilden, nte bei der Sitzung des Lateinarikanischen Wirtschaftssystems (SA) im Oktober in Lima unterbre. werden.

US-Firma baut „Düsenhelikopter"

AP, **Stratford**

Das amerikanische Flugzeugunternehmen „Sikorsky" hat den Prototyp eines neuen Hubschraubers vorgestellt, der die Wendigkeit eines Senkrechtstarters mit der hohen Geschwindigkeit eines Düsenflugzeugs in sich vereint. Beim Start und für Senkrechtbewegungen werden die Rotorblätter als Drehflügel eingesetzt. Bei längeren Strecken dienen sie jedoch als fixierte Flügel zur Steuerung des dann auf Düsenantrieb umgestellten Hubschraubers.

Sowjets verlieren einziges Luftlabor

DW. **Genf**

Das einzige „fliegende Versuchslabor" der Sowjets, eine umgebaute Iljuschin IL-76, ist im Mai oder Juni durch einen Brand zerstört worden. Die „Internationale Wehrrevue" berichtete jetzt, daß Moskau diese Maschine seit Jahren zu Experimenten mit Laserwaffen eingesetzt hatte. Experten verweisen darauf, daß es sich hierbei um eine Entsprechung zum amerikanischen SDI-Projekt handelt. Der Verlust könne „einen erheblichen Rückschlag" bedeuten.

Kohl erneuert Bekenntnis zu Wackersdorf

cgs./DW. **St. Gilgen**

Bundeskanzler Helmut Kohl hat gestern bei einem Gespräch mit seinem österreichischen Amtskollegen Franz Vranitzky das Festhalten der Bundesregierung am Bau der atomaren Wiederaufarbeitungsanlage im bayerischen Wackersdorf bekräftigt. Das Projekt stand im Mittelpunkt eines eineinhalbstündigen Vieraugen-Gesprächs der beiden Regierungschefs im Ferienhaus Kohls am Wolfgangssee.

Auf die Forderung des Wiener Kanzlers, die Bundesrepublik möge die Errichtung der Wiederaufarbeitungsanlage neu überdenken, parierte der deutsche Regierungschef mit der Bemerkung, die Bundesrepublik habe bereits genug nachgedacht. Deutschland könne sich einen Ausstieg aus der Atomenergie nicht leisten, weil dies einem „Abschied von der Industriegesellschaft" gleichkomme. Er, Kohl, habe zwar als Familienvater Verständnis für die Ängste der Menschen. Aber irrationale Ängste könnten jedenfalls kein Grund sein, Wackersdorf nicht zu bauen. Der deutsche Kanzler verwies darauf, daß die Sicherheitsvorkehrungen der Bundesrepublik in der Atomtechnologie für die ganze Welt beispielhaft seien.

Der österreichische Kanzler erklärte nach dem Treffen, die Entscheidung über die Nutzung bestimmter Techniken müsse jedem einzelnen Land überlassen bleiben. Österreich, das auf die Nutzung der Atomenergie verzichtet habe, erwarte allerdings, daß Wackersdorf nicht weitergebaut werde. Dies aber, so schränkte Vranitzky ein, könne nicht Anlaß für einen Streit zwischen zwei Nachbarn sein, die seit Jahrzehnten positiv zusammenarbeiteten. Seine Vorbehalte gegenüber der Aufarbeitungsanlage blieben weiterhin bestehen.

Unterdessen hat der Kanzlerkandidat der SPD, Johannes Rau, noch einmal sein „klares Nein" zu der Wackersdorfer Wiederaufarbeitungsanlage bekräftigt. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem bayerischen SPD-Vorsitzenden Hiersemann unterstrich Rau in Schwandorf auch das Nein gegen die Inbetriebnahme des Schnellen Brüters in Kalkar. Nach einem Sieg der SPD bei der Bundestagswahl werde das Atomgesetz so geändert, daß ein Einstieg in die Plutoniumwirtschaft unmöglich werde.

NACHRICHTEN

Langer blieb Dritter

Hamburg (GAB) – In der Computer-Weltrangliste der Golfprofis, die über drei Jahre fortgeschrieben wird, festigte Bernhard Langer (Anhausen) mit 1024 Punkten seinen dritten Platz. Nur knapp vor ihm rangieren Severiano Balesteros (Spanien/1093) und Greg Norman (Australien/1078).

Salmrohr holt Iraner

Salmtal (sid) – Der Zweitligaklub FSV Salmrohr hat den iranischen Fußball-Nationalspieler Hamid Ali Dusti für ein Jahr verpflichtet. Der 29 Jahre alte Torjäger, der in 50 Länderspielen 35 Treffer erzielte, wurde in den letzten drei Jahren jeweils Torschützenkönig.

Ferner nach Saloniki

Düsseldorf (sid) – Diethelm Ferner, zuletzt Trainer bei Schalke 04, wechselt zum griechischen Erstligaklub Iraklis Saloniki. Ferner hatte in dieser Saison keinen Vertrag bei einem Fußball-Bundesligaklub erhalten.

Moses: Bald Abschied

Malmö (dpa) – 400-m-Hürden-Weltrekordler und Olympiasieger Edwin Moses (USA) will seine Laufbahn nach den Olympischen Spielen 1988 in Seoul beenden. In Malmö gewann Moses sein 117. Rennen in Folge und übertraf damit den Kugelstoßer Parry O'Brien USA), der 116 Mal hintereinander ungeschlagen blieb.

Graf weiter Dritte

Düsseldorf (sid) – Steffi Graf aus Heidelberg liegt trotz ihrer dreiwöchigen Verletzungspause weiterhin auf Platz drei der Tennis-Weltrangliste der Damen. Claudia Kohde-Kilsch (Saarbrücken) nimmt den sechsten Rang ein. Angeführt wird die Rangliste von Martina Navratilova und Chris Evert-Lloyd (beide USA).

ZAHLEN

FUSSBALL

Bundesliga: Mönchengladbach – Hamburg 0:3 (0:0). – **Länderspiel:** Schweiz – Frankreich 2:0. – **Joan-Gamper-Pokal** in Barcelona, Finale: Eindhoven – Tottenham 1:1 (1:1) 5:4 im Elfmeterschießen; um Platz drei: Barcelona – Inter Mailand 3:1.

VOLLEYBALL

Junioren-Europameisterschaft in Bulgarien, Junioren, Vorrundengruppe 2: Deutschland – Belgien 3:0. – Juniorinnen, Vorrundengruppe 2: Deutschland – Polen 3:2.

WASSERBALL

Weltmeisterschaft in Madrid, Finalrunde: USA – Deutschland 13:3.

RUDERN / Interview mit Peter-Michael Kolbe

„Diesmal reicht es für mich aber zum Schluß"

DIETER HENNIG, **London**

Die englische Presse spricht bereits vom „Duell der Giganten". Zum achten Mal werden sich am Sonntag in Nottingham Peter-Michael Kolbe und Pertti Karppinen in einem olympischen oder WM-Finale gegenüberstehen – wenn nicht einer der beiden Superskuller morgen im Halbfinale kentert. Bisher steht das Duell 4 zu 3 für den Finnen. Kann der Hamburger noch einmal gleichziehen? Die WELT sprach mit Peter-Michael Kolbe.

WELT: Sie sind viermal Weltmeister geworden, Karppinen nur zweimal. Aber im direkten Vergleich bei Titelkämpfen haben Sie seit 1979 immer verloren. Zehrt das nicht an der Moral?

Kolbe: So muß man das nicht sehen. Bei meinen WM-Titeln 1981 und 1983 war er in den Zweier umgestiegen, weil er sich in ihm wohl nicht stark genug fühlte. Und 1985 ist für mich kein Maßstab, weil ich nach Olympia das Training stark reduzierte. Das sieht diesmal anders aus.

WELT: Im Vorjahr reichte es für Sie nur zu Bronze hinter Karppinen und dem Amerikaner Sudduth. Rückt die Konkurrenz auf?

Kolbe: Wir werden es wohl wieder unter uns ausmachen – aus der Sicht des Rudersports eigentlich schade. Sudduth ist in den US-Achter umgestiegen. Jakuscha aus der UdSSR war im Vorlauf zwar stark, fällt im Finale aber meistens ab. Und die anderen scheinen noch nicht so weit zu sein.

WELT: Also wieder Karppinen gegen Kolbe. Mit welchem Ausgang?

Kolbe: Ich rechne mir eine reelle Chance aus. In Luzern habe ich gegen ihn verloren, weil ich einen schweren Zwischenlauf hatte. Seitdem habe ich im Training noch etwas zugelegt. In vier Wochen kann man zwar keine Wunder vollbringen, aber vielleicht das Quentchen wettmachen, das zum Sieg reicht.

WELT: Sie wurden 1973 Europameister, hier in Nottingham 1975 erstmals Weltmeister. Seit 13 Jahren ganz vorn. Sie sind 33, Karppinen auch. Wird ein Skuller viel älter?

Kolbe: Man kann in diesem Sport lange Spitzenleistungen bringen. Es ist im Grunde nur eine Frage der Motivation. Ich habe ja einige Pausen eingelegt. 1977, nach der Enttäuschung von Montreal, und 1982, als ich nach Oslo umzog. Das hat mir jeweils gutgetan – das Kürzertreten 1985 auch.

WELT: Sind Sie stärker als vor zehn Jahren?

Kolbe: Schwer zu sagen, ich meine: ja. Am Anfang hat man vielleicht mehr Kraft, rudert drauflos. Dann kommt die Routine, die Ausdauer wird größer. Beide sind sehr wichtig.

WELT: Müssen Sie heute härter trainieren als früher?

Kolbe: Dazu reicht die Zeit gar nicht mehr. Ich arbeite in Oslo bei einer deutschen Kugellager-Firma. Also bleiben abends nur eineinhalb Stunden, so 15 bis 20 Kilometer. Früher trainierte ich zweimal am Tag.

WELT: Wie sieht Ihr Training aus?

Kolbe: Im Frühjahr bin ich auf einem nahen Fjord, wenn der Wind zu stark weht. Ab Mai ist ein See in der Nähe da. Ein gewisser Nachteil bleibt, daß ich meist allein trainiere. Darunter leidet zwangsläufig etwas die Technik. Im Winter habe ich einen Ruderapparat, und in diesem Jahr habe ich erstmals Skilanglauf gemacht, das war sehr gut. Als Problem erwies sich nur, geeignete Trainingspartner zu finden. Die norwegischen Ruderer laufen mir auf Skiern alle davon.

WELT: Wie lange wollen Sie noch weitermachen?

Kolbe: Solange es noch Spaß macht. Dazu gehört auch, daß ich vorne weiter mithalten kann. Es kann also sein, daß ich nach dieser Saison aufhöre. Aber auch, daß ich in Seoul 1988 noch dabei bin.

WELT: Wie ist Ihr Verhältnis zu Karppinen?

Kolbe: Wir hatten in all den Jahren kaum persönlichen Kontakt. Das lag aber daran, daß er nur Finnisch spricht. Da blieb es eben beim „Hey", das versteht jeder Skandinavier. Ich habe ihn immer für etwas stur gehalten. Vor einigen Monaten kamen wir durch eine Dolmetscherin erstmals ins Gespräch, und da fand ich ihn ganz locker. Aber ein richtiges Urteil kann ich mir nicht erlauben, dazu kenne ich ihn einfach zu wenig.

WELT: Und sportlich – wird das Finale wieder nach dem Schema ablaufen: Kolbe führt, und Karppinen kommt auf den letzten Metern vorbei?

Kolbe: Ich hoffe ja – bis auf die letzten Meter. Er hat sich technisch ohne Frage verbessert, schaufelt nicht mehr wie früher durch das Wasser. Natürlich überlegt man sich immer die Taktik, doch nach all den Jahren bleiben da nicht mehr viel Variationen. Jeder wird wieder sein Rennen fahren – und ich bin ganz zuversichtlich, daß es am Schluß diesmal für mich reicht. Das würde unserem Duell für die nächsten Jahre ja auch neuen Auftrieb geben – ich werde versuchen, das vor dem Start auch noch Karppinen zu sagen...

Erst Happel, ein neuer HSV und der kulturelle Fußball

Wenn die Volksweisheit denn tatsächlich stimmen sollte, daß im ter jeder für sein Gesicht selbst antwortlich ist, dann hat Ernst ppel, Trainer des Hamburger S vielleicht doch ein bißchen fahrlä gehandelt. Grummelig, brum ig, so schaut er fast immer drein ästermaul Max Merkel hat seine Wiener Landsmann gar mal als „ thoven in der Endphase" bezeich t – was gewiß ein Schlag unterh der Gürtellinie war. Doch zumin t so viel scheint sicher: Die viel Fehlpässe und Unfertigkeiten sein Spieler, die Perfektionist Happel ährend seiner langen Trainerlau hn stets in Rage gebracht habe hinterließen Falten im Gesicht.

röde, wortkarg, immer den Eindr k vermittelnd, daß er seine Gesp chsspartner gering schätzt, weil d von Fußball ja doch weniger ver s en als er selbst, so präsentierte s der inzwischen 60jährige. Und dieser fast furchtverbreitenden bstdarstellung ist Happel auch in n Zeiten seiner großen Erfolge cht abgewichen. Und Erfolg hatte r Wiener, den Nationalmannhafts-Teamchef Franz Beckenbau r als Fußballgenie bezeichnet, in er Tat. Zweimal wurde der HSV unter ihm deutscher Meister. 1983 holte Happel mit seiner Mannschaft durch einen strahlenden 1:0-Sieg über Juventus Turin den Europapokal der Landesmeister.

Dem Aufstieg folgte der jähe Sturz. In der vergangenen Saison war dann auch Happel mit seinem Latein am Ende. Die Hamburger verpaßten die UEFA-Cup-Qualifikation und mußten, weil ihnen die Fans in Scharen davonliefen, Nationalspieler Wolfgang Rolff, nach Leverkusen, und Michael Schröder, an den VfB Stuttgart, quasi notverkaufen. Weil zudem Mittelfeldstar Felix Magath seine Laufbahn beendete und den Managerposten übernahm, haben nahezu alle Experten dem HSV eine trübe Zukunft prophezeit. Doch es kam alles anders: Am Dienstagabend setzten die Hamburger dem vielbestaunten 3:0-Auftaktsieg zu Hause über Werder Bremen noch eins drauf und gewannen bei Borussia Mönchengladbach völlig überraschend mit dem gleichen Ergebnis. Und durch dieses 3:0 erklommen sie die Tabellenspitze. Der neue HSV verschlägt allen die Sprache, seinen Trainer indes macht er ungewohnt redselig. Nichts war nach dem Schlußpfiff im Bökelbergstadion mehr übriggeblieben von dem mürrischen Happel vergangener Zeiten. Bereitwillig ließ er sogar über sich ergehen, was er normalerweise am meisten haßt: Interviews.

Zufrieden sei er mit seinen jungen *Leuten Tobias Homp (zweimaliger* Torschütze), Thomas Hinz und Dietmar Beiersdorfer, sagte der „Alte", wie er von seinen Spielern respektvoll genannt wird. Mannschaftsführer Thomas von Hessen (Torschütze zum 2:0), der Pole Miroslav Okonski und vor allem auch Heinz Gründel hätten in der zweiten Halbzeit dafür gesorgt, „daß die Mannschaft streckenweise wunderbaren Konterfußball geboten hat". Daß der HSV jetzt Spitzenreiter sei, wolle er nicht überbewerten, die Höhe des Sieges auch nicht. Aber, so meinte Happel, er sei jetzt doch ziemlich optimistisch, daß er nach seinem definitiv letzten Jahr in Hamburg keinen Scherbenhaufen hinterlassen würde. Und augenzwinkernd fügte der Trainer an: „Ob wir am Ende Hausmeister oder Meister werden, interessiert mich nicht. Ich habe nur den Ehrgeiz, daß die Mannschaft bis zum Zeitpunkt meines Abschieds wieder kulturellen Fußball spielt. Die Ansätze sind da, wir müssen jedoch noch hart arbeiten, und wir werden mit Sicherheit noch ein paar Mal kräftig auf die Schnauze fallen, bevor wir dieses Ziel erreicht haben."

Ein neuer HSV also, und ein neuer Happel? Noch ist Skepsis angebracht, denn bei allem Charme, den der Wiener versprühte, darf man nicht vergessen, daß der 3:0-Erfolg selbstverständlich eine ungemein günstige Kommunikationsbasis war. Aber vielleicht hat auch dies dazu beigetragen: Vor ein paar Wochen war der Trainer im Krankenhaus, und er hat sich dort die Galle entfernen lassen – die kann ihm nun nicht mehr giftig hochkommen.

Wie auch immer, ein gesprächsbereiter Happel, davon könnten, wenn es ihn weiter gäbe, alle in der Bundesliga profitieren.

BERND WEBER

STAND●PUNKT

RUDERN

Achter im Finale

dpa, **Nottingham**

Mit dem zweiten Platz im Hoffnungslauf hinter der „DDR" qualifizierte sich der Verbandsachter des Deutschen Ruderverbandes (DRV) bei den Weltmeisterschaften in Nottingham (England) für das Finale (Sonntag); eine Überraschung durch die RG Dortmund/Benrath/Herdecke/Rauxel/Essen/Osnabrück, denn immerhin schlug die Mannschaft von Bundestrainer Ralf Holtmeyer (30) die starken Neuseeländer (Weltmeister 1982 und 1983), die im Vorjahr WM-Vierte waren. Erst auf Platz vier kam Olympiasieger Kanada vor den abgeschlagenen Holländern.

DRV-Verbandstrainer Rainer Kleinschmidt (29) jubelte: „Hervorragend, wie der Achter über die ganze Strecke gekämpft hat. An dieser jungen Mannschaft werden wir noch lange Spaß haben." Die „DDR" siegte in 5:45,83 Min vor dem DRV-Achter (5:47,19), 0,63 Sekunden dahinter Neuseeland. Damit steht erstmals seit 1982 wieder ein Achter des DRV bei Weltmeisterschaften im Finale. Zuletzt stand in Luzern der sogenannte Bayern-Express im Endlauf.

SCHWIMMEN / Wasserballer am Scheideweg

Bundestrainer fordert: „Wir brauchen eine Profi-Liga"

sid, **Madrid**

Der Stachel der 8:9-Niederlage gegen die UdSSR saß tief, denn fast hätten sie den Weltmeister geschlagen, nun müssen sie um die Olympia-Fahrkarte bangen. Und Bundestrainer Nicolae Firoiu, zwischenzeitlich mit den Tränen kämpfend, forderte nach dem verpaßten Halbfinale bei der Weltmeisterschaft in Madrid einschneidende Konsequenzen im deutschen Wasserball: „Wir brauchen eine Profi-Liga, um unsere Probleme langfristig lösen zu können."

Derzeit kämpfen die Bundesliga-Vereine gegen den finanziellen Bankrott, professionelle Verhältnisse gibt es nur beim Serienmeister Spandau 04 Berlin. „Unsere Spieler stehen an der Leistungsgrenze, Beruf und Wasserball sind nicht mehr zu verbinden, die Anspannung ist zu groß", sagte der Bundestrainer.

Gegen Geheimfavorit USA und Weltmeister UdSSR zeigte die Mannschaft trotz der Niederlagen eine kämpferische Glanzleistung. Gegen die Amerikaner verlor die DSV-Vertretung in den letzten zwei Sekunden, gegen den Titelverteidiger vergab der große Pechvogel Rainer Osselmann 19 Sekunden vor dem Ende die Führung und damit den Einzug ins Halbfinale.

„Ich kann keinem Spieler einen Vorwurf machen, sie haben gekämpft wie die Löwen. Wir haben gegen die Mannschaften verloren, die den Titel unter sich ausmachen werden." Firoiu haderte nicht mit seinem Team, das nach der Bronzemedaille von Los Angeles, dem dritten Rang bei der EM in Sofia und dem FINA-Weltcup-Sieg 1985 in Duisburg nun bescheidener leben muß.

Entscheidend war, daß sowohl die UdSSR als auch die USA eine starke Reservebank besitzen. „Wir spielen mit sieben, die anderen mit zwölf", sagt DSV-Wasserballwart Bodo Hollemann (Hannover).

Der Kampf um die Teilnahme für Seoul wird in Madrid nun schwer. Gegner der deutschen Mannschaft sind die starken Kubaner und WM-Gastgeber Spanien. Sollte die direkte Qualifikation (Platz sechs) in Madrid nicht erreicht werden, bleibt noch der Weg über die Europameisterschaft 1987 in Straßburg.

SPORTPOLITIK

„DDR" will nach Seoul

sid, **Ost-Berlin**

Die olympische Sportwelt kann davon ausgehen, daß die „DDR" konkret auf die Olympischen Spiele 1988 hin arbeitet. Die Olympia-Teilnahme 1988 in Seoul wird von der „DDR"-Sportführung angestrebt.

Das ist die Erkenntnis des Vize-Präsidenten des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), Berthold Beitz, nach seinem Treffen mit dem Vorsitzenden des Olympia-Komitees der „DDR", Manfred Ewald.

In dem Treffen wurde auch die generelle Problematik der Kommerzialisierung der olympischen Bewegung mit dem Ziel der offenen Spiele, die anstehende Vergabe der Olympischen Sommer- und Winterspiele für 1992 (mit dem Kandidaten Berchtesgaden), und die im Oktober auf der 91. IOC-Session in Lausanne zu treffenden personellen Veränderungen in der Führungsspitze des IOC mit drei Neubesetzungen oder Verschiebungen im Exekutiv-Komitee behandelt. Ewald erklärte Beitz, daß die Sportler der „DDR" auf das für sie höchste internationale Ziel, die Olympischen Spiele, eingestellt seien.



Das deutsche Messewesen ist international führend. Es gibt kein Messegesetz und keine behördlichen Genehmigungsverfahren, nur eine freiwillige Vereinbarung. (S. 11) FOTO: DPA

WELTWIRTSCHAFT

Gatt: Die UdSSR will an der neuen Verhandlungsrunde des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens als Beobachter teilnehmen.

Peru: Die Inter-American Development Bank hat die Auszahlung von Krediten an Peru eingestellt und wird im September über weitere Kredite entscheiden.

Israel: Eine neue Banknote über 100 neue Schekel (66 Dollar) hat die Staatsbank in Umlauf gebracht.

USA: Experten im Weißen Haus sagen für das kommende Jahr ein Haushaltsdefizit von 163 Mrd. Dollar voraus.

Mexiko: Auf einen Überbrückungskredit von 1,6 Mrd. Dollar haben sich die USA und 15 weitere Länder geeinigt. Auch der Lenkungsausschuß der 13 Gläubigerbanken wird sich beteiligen.

Schweiz: Bern hat eine Werbeaktion angekurbelt, um ausländische Investoren ins Land zu locken. (S. 10)

Kanada: Obwohl die Wachstumsraten in den letzten Jahren fast doppelt so hoch wie im Durchschnitt der Industriestaaten waren, bleibt die Arbeitslosigkeit hoch. (S. 10)

Spanien: Wegen der höheren Importe aus der EG ergab sich erstmals ein Handelsbilanzdefizit. (S. 10)

FÜR DEN ANLEGER

Dividende: Nach dem letztjährigen Ausfall können die Aktionäre der Herlitz AG für 1986 wieder auf eine Ausschüttung hoffen, erklärte der Vorstandsvorsitzende Günter Herlitz. (S. 11)

Devisen: London ist mit großem Abstand der führende Markt in der Welt. Täglich werden an der Themse im Schnitt 90 Mrd. Dollar umgesetzt. (S. 10)

Japan: Trotz wachsenden amerikanischen Drucks besteht weiter nicht die Absicht, den Diskontsatz zu senken.

Wertpapiere: Nach Mitteilung der Deutschen Bundesbank begaben inländische Emmittenten im Juli Rentenwerte im Nominalwert von 25 Mrd. DM.

Frankreich: Das Schatzamt hat auf seiner wöchentlichen Wertpapierversteigerung 8,6 Mrd. Franc (2,9 Mrd. DM) an neuen Mitteln aufgenommen.

Dollar: Die US-Währung eröffnete gestern in Tokio auf dem Rekordtief von 152,75 Yen.

WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 283,14 (284,11); Chemie: 163,89 (164,29); Elektro: 332,80 (335,03); Auto: 742,26 (742,97); Maschinenbau: 150,99 (153,11); Versorgung: 164,91 (166,40); Banken: 428,78 (430,03); Warenhäuser: 171,05 (171,99); Bauwirtschaft: 507,04 (502,71); Konsumgüter: 186,34 (186,64); Versicherung: 1536,72 (1537,49); Stahl: 158,61 (160,24).

Nachbörse: schwächer

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Werften: Der Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Deutschen Schiffbauindustrie, Werner Fante, hat zur Bewältigung der Krise höhere staatliche Beihilfen gefordert. (S. 10)

Frankreich: 1985 wurden von deutschen Unternehmen 495 Mill. DM investiert. Damit ist die Bundesrepublik zweitgrößter Investor nach den USA.

Peiner: Bei dem zum Salzgitter-Konzern gehörenden Maschinen- und Schraubenhersteller stehen Umstrukturierungen bevor. Diskutiert werden Auslagerungen von Unternehmensteilen in andere Salzgitter-Werke.

Klöckner: Ihren Weltumsatz hat die Klöckner-Werke AG in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres 1985/86 auf 3,9 Mrd. DM gesteigert.

Joint Venture: Der Otto-Versand wird in Japan mit der Sumitomo Corp. das Versandhaus Otto-Sumisho Mail Order Corp. gründen.

Canon: Einen Gewinnrückgang vor Steuern um 39 Prozent mußte die Canon Inc. im ersten Halbjahr 1985 hinnehmen.

MÄRKTE & POLITIK

Löhne: Daß die Lohnerhöhungen für ganze Branchen festgesetzt werden, ist einer der wichtigsten Gründe für die deutsche Arbeitslosigkeit. (S. 10)

Ölförderung: Um 18 Prozent auf 3,59 Mill. Barrel pro Tag ist im Juli die Rohölförderung im britischen und norwegischen Teil der Nordsee gestiegen.

Dumping: Sieben Länder, darunter auch die Bundesrepublik, exportieren nach einer vorläufigen Entscheidung des US-Handelsministeriums unterpreisige Messingbleche und Banderzeugnisse in die USA.

Kaffeemarkt: Die Dallmayer OHG wird Kapital und Kommanditanteile der Heims + Sohn GmbH & Co. KG übernehmen. Wie Dallmayer mitteilte, hat das Bundeskartellamt die Übernahme bereits genehmigt.

Niedersachsen: Vom ersten Oktober dieses Jahres an wird die Förderabgabe auf Erdöl drastisch gesenkt.

Ölverbrauch: Die Amerikaner stehen unter den Industriestaaten an der Spitze. Ein US-Bürger verbraucht pro Kopf jährlich 3196 kg Mineralölprodukte (Westeuropäer: 1606 kg). (S. 10)

Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t)

Produkt	19. 8. 86	18. 8. 86	1. 7. 86	1. 8. 85	1973
Superbenzin 0,15 g Bleigehalt	184,50	185,50	165,00	286,00	97,00
Diesel (EG-Material)	123,50	124,50	104,00	226,00	84,00
Heizöl 3,5 % S	70,00	66,50	51,00	139,00	29,00

NAMEN

Frankreich: Bernard Bosson wird das von Jacques Chirac neu geschaffene Ministerium für europäische Angelegenheiten übernehmen.

Oldenburg: In einem der größten Fälle von Geldanlageschwindel wird seit gestern vor dem Landgericht gegen Hermann-Josef Fangmann verhandelt. Er soll rund 1500 Anlegern mit überdurchschnittlichen Renditeversprechen insgesamt 29 Mill. DM entlockt haben.

WER SAGT'S DENN?

Einige Millionäre verdanken ihren Erfolg ihren Frauen. Aber die meisten verdanken ihre Frauen den Millionen.

Danny Kaye

Der innerdeutsche Ha el stützt sich nicht mehr ıfs Öl

Agrarprodukte kaufte die „DDR" wegen der Exporters g in anderen EG-Staaten

HANS-JÜRGEN MAHNKE, **Bonn**

Der Rückgang des innerdeutschen Handels im ersten Halbjahr um sieben Prozent auf 7,5 Milliarden Mark, verglichen mit der gleichen Zeit des Vorjahres, wird im Bundeswirtschaftsministerium nicht als Einbruch gewertet. Ausschlaggebend dafür war nahezu ausschließlich der Preisverfall beim Erdöl und bei Mineralölprodukten. In den vergangenen Jahren hatte sich die längerfristige Energie-Vereinbarung – die „DDR" bezieht Rohöl aus der Bundesrepublik, verarbeitet es, wobei auch sowjetisches Öl eingesetzt wird, und liefert die Produkte vor allem nach West-Berlin – als Stütze im innerdeutschen Handel erwiesen. Sie ist jetzt brüchig geworden.

So gingen die Lieferungen aus der Bundesrepublik um acht Prozent oder 340,3 (Rohöl allein um 239) Millionen auf 3,749 Milliarden Mark zurück. Die Bezüge aus der „DDR" sanken um fünf Prozent oder 194,6 Millionen auf 3,731 Milliarden Mark. Der Öleffekt allein schlägt mit 314 Millionen Mark zu Buche. Fazit des Bundeswirtschaftsministeriums: Das Mengengerüst des Handels hat si gehalten, teilweise ist es sogar gelu gen, zusätzliche Liefer- und Bezu möglichkeiten zu realisieren.

Im wesentlichen wegen der nie geren Rohstoffpreise sind auch Lieferungen von NE-Metallen ges ken. Im landwirtschaftlichen Bere orderte die „DDR" weniger Getre Öle und Fette. Sie kaufte meh anderen EG-Staaten, weil die dukte dort wegen der Exporter tung der Gemeinschaft, die es ir nerdeutschen Handel nicht gibt, ger sind.

Kräftig zugenommen haber Lieferungen von Maschinen elektrischen Erzeugnissen, und um 52 Prozent. Damit hat sic Tendenz des Vorjahres fortg die damals vor allem von der Geschäft geprägt wurde. Jetzt e Palette breiter geworden. Der l der Investitionsgüter stieg vor if auf nahezu 20 Prozent. Zugen n haben auch die Verkäufe vor ti- lien und Bekleidung sowie vo er und Schuhen. Die „DDR" fte auch mehr Steinkohle.

Bei den Bezügen aus der R" ıb es, abgesehen vom Öl, wenig Veränderungen. Der Rückgang bei landwirtschaftlichen Produkten um 55 Millionen Mark wird mit der schwierigen Marktlage in der Bundesrepublik, vor allem bei Fleisch, erklärt. Hier wurden Kontingente gekürzt. Bei einigen Produkten im Eisen- und Stahlbereich und bei Investitionsgütern konnte die „DDR" ihren Absatz steigern. Das gilt zwar auch für einige Konsumartikel, aber sie konnte die Chancen nicht nutzen, die von der konjunkturellen Belebung in der Bundesrepublik ausgingen.

Der Handel war bei einem Überschuß von 18,4 Millionen Mark für die Bundesrepublik nahezu ausgeglichen. Allerdings wurde in diesem Jahr die erste Rate der Postpauschale von 100 Millionen bereits im ersten Halbjahr verbucht. Die Verschuldung der „DDR" in der Bundesrepublik hat sich seit Ende 1985 mit 3,6 Milliarden Mark praktisch nicht verändert. Der Swing von 840 Millionen wurde von der „DDR" im ersten Halbjahr nur zu durchschnittlich 100 Millionen, zuletzt mit 190 Millionen in Anspruch genommen.

Wachstum wird sich weiter verstärken

A. G. **Bonn**

Die Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik befindet sich wieder eindeutig auf Wachstumskurs, der sich in der zweiten Jahreshälfte eher noch verstärken und auch im kommenden Jahr anhalten wird. Motor der Aufwärtsentwicklung sind dabei die Unternehmensinvestitionen und der private Verbrauch. Zu diesem übereinstimmenden Ergebnis gelangen das Bundeswirtschaftsministerium und der Bundesverband der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken in ihren neuesten Konjunkturberichten.

Beide stellen fest, daß die höheren Aufträge aus dem Inland die sinkenden Auslandsorders mehr als wettgemacht haben. Von der höheren Inlandsnachfrage profitieren immer mehr Bereiche aus Handel und Handwerk, aber auch das Baugewerbe. Die Aufwärtsentwicklung vollzieht sich nach wie vor ohne Anspannung bei den Preisen. In den ersten sieben Monaten war das Verbraucherpreisniveau – bei sinkender Tendenz – nur um 0,1 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Diese hohe Stabilität werde auch in der zweiten Jahreshälfte anhalten.

VW erhöht Kapital um 300 Millionen

dos, **Wolfsburg**

Die Volkswagen AG, Wolfsburg, wird nach der Zustimmung durch die Hauptversammlung Anfang Juli ihr Grundkapital um 300 Mill. DM durch die Ausgabe stimmrechtsloser Vorzugsaktien auf dann 1,5 Mrd. DM erhöhen. Den Stammaktionären wird ein Bezugsrecht von 4:1 eingeräumt. Die Bezugsfrist hat der Vorstand vom 19. September bis zum 3. Oktober festgesetzt.

Zum Bezugspreis will VW sich noch nicht äußern. Auf Anfrage erklärte ein Sprecher, mit der Veröffentlichung sei Anfang September zu rechnen. Zu erwarten sei eine „marktnahe Entscheidung", wobei die Interessen der Aktionäre adäquat berücksichtigt würden. Die in Börsenkreisen umlaufenden Gerüchte (Kurs von 400 DM) dürften weit überzogen sein.

Erwartungsgemäß beteiligen sich der Bund und das Land Niedersachsen, die jeweils 20 Prozent des VW-Grundkapitals halten, nicht an der Kapitalerhöhung. Die entsprechenden Bezugsrechte werden zunächst bei den Banken bleiben. Unter Schonung des Marktes sollen die Vorzugsaktien dann später breit gestreut werden.

Mehr Überschußstrom aı den erneuerbaren Quelle

Elektrizitätswirtschaft gibt Drängen von Bangemanıch

A. G. **Bonn**

Die Elektrizitätswirtschaft hat offensichtlich dem Drängen von Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann, mehr Überschußstrom aus regenerativen Quellen (Wasser- und Windkraft, Solarenergie, Biogas) in das öffentliche Versorgungsnetz einzuspeisen, nachgegeben. Wie das Bundeswirtschaftsministerium gestern nach einem ausführlichen Meinungsaustausch mit Spitzenvertretern der deutschen E-Wirtschaft, an dem auch Bundesumweltminister Walter Wallman teilnahm, mitteilte, habe sich die E-Wirtschaft bereiterklärt, ihre Bemühungen für eine bessere Nutzung auch der regenerativen Energieträger zu verstärken.

Sie werde insbesondere die Rahmenbedingungen für die Einspeisung von Strom aus regenerativer und rationeller Erzeugung in das öffentliche Netz deutlich verbessern. So soll bei der Berechnung der Einspeisungsentgelte künftig stärker berücksichtigt werden, daß durch eine Vielzahl von Einspeisern langfristig nicht nur Brennstoffkosten, sondern auch eine gewisse Kraftwerkskapazitinge- spart werden kann. In welc Ausmaß sich dies im konkrete ll niederschlage, hänge insbesc re davon ab, in welchem Ur g der Strom in Zeiten hohe Str chfrage in das öffentliche Netz espeist wird. Im Ergebnis sollen durch diese Verbesserungen die einbarten Einspeisevergütunger durchschnittlich 30 Prozent erh n.

Die E-Wirtschaft erkl außerdem ihre Bereitschaft, si ei Windanlagen um technische ıngen zu bemühen, die die Koster den Anschluß dieser Anlagen ar s öffentliche Netz möglichst nied ıalten. Sie übergab auch eine Dc nentation über die eigenen Aktiv en bei der Nutzung regenerativer I rgien. Beide Minister begrüßten r ıdrücklich die Aktivitäten der Wi haft in diesem Bereich und das g nterbreitete Angebot zur Einsp gsvergütung. Zuvor hatte di rtschaft unterstrichen, daß sie g nwärtig keine Alternativen sieht, d einem definierbaren Zeitraum die nenergie ablösen könnten.

Im Einzelhandel geht es weiter aufwärts

hg. **Bonn**

Im deutschen Einzelhandel wächst die Zuversicht: Für den Durchschnitt des zweiten Halbjahres 1986 könne er einen Umsatzzuwachs von fünf Prozent erreichen – was einem realen Plus von 4,5 Prozent entspräche –, schreibt die Hauptgemeinschaft in Köln. Als Begründung nennt sie die günstigen Aussichten und das aufhellende Konsumklima. Damit ergebe sich für das gesamte Jahr eine Umsatzsteigerung von 4,5 Prozent; real sind das rund vier Prozent.

Im ersten Halbjahr konnte der Einzelhandel seine Umsätze im Vergleich zum Vorjahr um 3,9 Prozent steigern; preisbereinigt waren es sogar 4,3 Prozent. Hier verzerre allerdings der Ölpreisverfall das Bild; der Einzelhandel im engeren Sinne – ohne Autos, Mineralölprodukte und Apotheken – sei lediglich auf ein reales Plus von 2,2 Prozent gekommen, dem eine Umsatzsteigerung von 3,1 Prozent zugrunde lag. Die Warenhausunternehmen erzielten im ersten Halbjahr einen Umsatzzuwachs um 2,9 Prozent; der Versandhandel wuchs um 3,1 Prozent.

Risiken beim Stahl

J. G. – Passabel haben die deutschen Stahlwerke die jüngste Kurserholung an den Aktienbörsen mitgemacht. Dividendenzahler wie Hoesch und Thyssen zogen die armen Brüder wie Klöckner und Krupp mit. Ist dies ein Signal dafür, daß die 1985, im elften Jahr der europäischen Stahl-Strukturkrise, bei allen deutschen Produzenten wiedergekehrte Gewinnzone verläßlich Bestand hat, daß die Krise für immer überwunden ist?

Die Antwort muß neuerdings leider schon wieder differenziert ausfallen. Neue Risiken ziehen herauf. Ihre Konsequenzen werden erneut zunächst an den Arbeitsplätzen sichtbar. Mußte die Branche in den Krisenjahren vor 1985 jeden Monat 1000 Leute freisetzen, so verweist sie nun betont darauf, daß nach der 1985er Ruhepause nochmals 10 000 oder 5 Prozent aller verbliebenen Arbeitsplätze auf dem Aussterbeetat stehen. Vielleicht auch mehr.

Denn in frappantem Gegensatz zur kräftiger als seit langem aufblühenden heimischen Gesamtkonjunktur müssen die Werke für 1986 mit mindestens sechs Prozent Produktionsminus rechnen. Dies aus dem Doppelgrund, daß die Exportchancen sinken, der preisdrückende Importanteil am heimischen Stahlmarkt aber in der ersten Hälfte von 1986 mit 41 Prozent schon um fast ein Zehntel höher als vor Jahresfrist lag – und weitere Anstiegstendenzen zeigt.

Nach Gebetsmühlen-Art erklärt es die geplagte Branche wieder mit den Riesensubventionen bei den EG-Vettern. Die sollten zwar mit Ende 1985 nach feierlichem Schwur des EG-Ministerrates passé sein, sprudeln aber wohl noch weiter. Da lauert das dickste Risiko. Hört die Staatsstütze bei den Staatsunternehmen nicht auf, werden die geplanten nächsten Liberalisierungsjahre für Europas Stahlmarkt von den Deutschen bezahlt.

Guter Wille zum Spaghetti-Frieden bekräftigt

Ha. **Brüssel**

Die EG und die USA haben ihre im „Spaghetti-Krieg" verhängten Retorsionsmaßnahmen zurückgenommen. Wie zwischen dem Handelsbeauftragten Präsident Reagans, Clayton Yeutter, und EG-Kommissar Willy de Clercq vereinbart, reduzieren die Amerikaner mit sofortiger Wirkung ihre Zölle für europäische Teigwaren auf den Stand von November 1985, während die EG entsprechende Importbelastungen für amerikanische Zitronen und Walnüsse verringert.

Materiell haben diese Entscheidungen nur eine beschränkte Wirkung, sie zeugen jedoch von dem guten Willen beider Seiten, die bilateralen Konflikte in friedlichen Verhandlungen beizulegen. Der „Waffenstillstand" ist allerdings nur vorläufig. Er kann widerrufen werden, wenn sich Washington und Brüssel nicht bis Mitte 1987 auf die in Aussicht genommenen weiteren Zollsenkungen verständigen. Unter anderem wurde ein besserer Zugang für amerikanische Zitruserzeugnisse zum EG-Markt vereinbart. Dafür steht die Genehmigung durch den Ministerrat noch aus.

AUF EIN WORT

„Neben der Notwendigkeit der Beherrschung von Basistechnologien der Computertechnik für unser Land liegt unsere größte Absatzchance in der Problemlösung auf Systemmärkten der Informations- und Kommunikationstechnik."

Rolf-Dieter Leister, Wirtschaftsberater für Informations- und Kommunikationstechnik, Stuttgart.

FOTO: DIE WELT

DIW: In der Bauwirtschaft Süd-Nord-Gefälle

dpa/VWD, **Berlin**

In den südlichen Bundesländern steigt die Baunachfrage in allen Bereichen schneller als in den nördlichen. Damit ist bis 1987 auch für die zeitlich nachgelagerte Produktions- und Beschäftigtenentwicklung eine Verstärkung des Süd-Nord-Gefälles vorgezeichnet, stellt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) fest. Auch längerfristig dürfte sich dieses Gefälle verstärken, und zwar aufgrund regionaler Verlagerungen von Wirtschaftsschwerpunkten, damit verbundener Bevölkerungszunahme und einhergehender notwendiger Infrastrukturmaßnahmen.

Im Zeitraum 1976 bis 1985 ist der Anteil des Südens am Bauvolumen von 49 auf 54 Prozent gestiegen. Von insgesamt 206 Milliarden DM entfallen rund 41 Milliarden auf Bayern, 37 Milliarden auf Baden-Württemberg, 19 Milliarden auf Hessen und 15 Milliarden auf Rheinland-Pfalz/Saarland. Das Bauvolumen in Nordrhein-Westfalen betrug etwa 50 Milliarden DM, in Niedersachsen/Bremen 24, in Schleswig-Holstein/Hamburg 14 und in Berlin 7 Milliarden DM.

Spanischer Fortschritt

Von ROLF GÖRTZ, Madrid

Die zweite Regierung González wurde mit den „Stimmen" der Banken gewählt: Rechtzeitig vor den Wahlen am 22. Juni veröffentlichten die großen Banken des Landes eine Liste der Kredite, die sie den einzelnen Parteien gewähren. Und da schnitt die sozialistische Arbeiterpartei Spaniens, seit 1982 an der Regierung, weitaus am besten ab.

Die Banken honorierten damit eine Wirtschaftspolitik, deren monetäre Priorität für eine erfolgreiche Bekämpfung der Inflation und für die neue Basis einer Wirtschaft sorgte, die den Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft mit dem Zusammenbruch vieler kleiner und größerer Unternehmen bezahlen mußte. Inbesondere in den Bereichen Stahlindustrie und Schiffbau sorgten die bitter notwendigen Sanierungsmaßnahmen zunächst einmal für eine Steigerung der Arbeitslosenzahlen.

Der Kampf um die Stabilisierung der Wirtschaft des Landes ist jedoch keineswegs ausgefochten. Ganz energisch und offensichtlich nicht grundlos warnt deshalb Miguel Boyer, der 1982 den Kurs der Wirtschaftspolitik als Minister für Finanzen und Wirtschaft festlegte, diesen Kurs wieder zu verlassen.

„Etwas anderes würde den sicheren Selbstmord bedeuten", sagte Boyer, zur Zeit Präsident der halbstaatlichen Banco Exterior, vor Vertretern aus Wirtschaft und Politik in der Sommer-Universität von San Tander in Nordspanien. Seinen Posten als „Superminister" hatte er vor einem Jahr aufgegeben, weil ihm die von ihm verlangte Stellung eines zweiten stellvertretenden Ministerpräsidenten verweigert wurde.

Die Kontinuität der von ihm eingeleiteten Wirtschaftspolitik, die sein Nachfolger Carlos Solchaga bisher noch garantieren konnte, bedeutet jedoch die endgültige Absage an alles, was man bisher unter Sozialismus verstand. Boyer postulierte: „So, wie die Rechte im vergangenen Jahrhundert Presse- und Gewerkschaftsfreiheit anerkannte, so muß sich die Linke endgültig von der Verstaatlichungsidee lösen, die weder zu sozialistischem Fortschritt noch zu Freiheit führte." Es gelte vielmehr, die „kreative Kraft der Mechanismen des Marktes" anzuerkennen.

Der Kampf um die Stabilisierung der spanischen Wirtschaft ist noch nicht gewonnen. Die dringend nötigen Liberalisierungsversuche stoßen auch innerhalb der regierenden Arbeiter-Partei auf heftige Kritik.

Zur Verwirklichung der makroökonomischen Ziele Spaniens sei es zum Beispiel notwendig, auch den Arbeitsmarkt flexibler zu gestalten. Praktisch kann in Spanien niemand entlassen werden. Und so betrafen Auslandsinvestitionen in der Vergangenheit häufig nur die Auszahlung überflüssig gewordener Arbeitskräfte in dem Bemühen, unrentable Betriebe wieder flottzumachen oder ganz aufzugeben.

Miguel Boyer hatte den Mut, jenes heiße Eisen anzupacken, das man bisher vor sich hinglühen ließ: die mangelnde Produktivität der Arbeitskraft in manchen Wirtschaftszweigen. Ganz rigoros zog er die Konsequenzen für eine notwendige Strukturreform: die Privatisierung aller staatlichen Unternehmen, die sich verkaufen lassen. Wo das nicht möglich ist, sollten die Unternehmen rigoros nach den Gesichtspunkten des Wettbewerbs neu organisiert werden.

So müsse das Finanzsystem vollständig liberalisiert werden. Mit der Forderung nach einer Freigabe der Investitionsrücklagen schnitt Boyer sogar die bisher gern verschwiegene Reserve staatlicher Steuerung an: die Mindestreserven, die in Spanien über 50 Prozent des Bankenkapitals ausmachen, und die Rücklagen zur Investition miteinschließen.

Der Liberalisierungsappell Boyers, dessen Comeback in die Regierung von vielen begrüßt werden würde, fand allerdings prompt die geharnischte Kritik seines Gegenspielers, des Vizeministerpräsidenten Alfonso Guerra. Als Sprecher des linken Parteiflügels möchte dieser offensichtlich den Liberalisierungsprozeß zugunsten einer bequemen staatlichen Sozialpolitik zurückdrehen. Doch die um das Vierfache gestiegene Staatsverschuldung macht deutlich, daß sich dieser Weg nicht mehr einschlagen läßt.

Hoffnung macht noch keine Geschäfte

Vor der Frankfurter Herbstmesse hängen die Erwartungen des Handels hoch

INGE ADHAM, **Frankfurt**

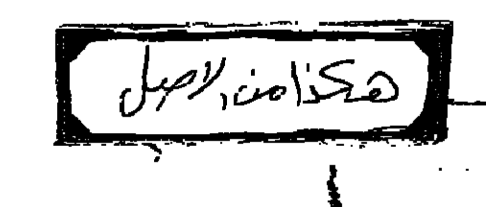
Die Signale für den privaten Verbrauch stehen auf grün. Auf 5,5 Prozent veranschlagt das Münchner Ifo-Institut den Anstieg der verfügbaren Einkommen in diesem Jahr. Der reale private Verbrauch soll um etwa 4,5 Prozent steigen, meint das Wirtschaftsforschungsinstitut in seinem zur 77. Internationalen Frankfurter Messe vorgelegten Bericht.

Daß es für den deutschen Einzelhandel bisher bei der Hoffnung auf bessere Geschäfte geblieben ist, liegt daran, daß die Verbraucher im ersten Halbjahr dieses Jahres ihr Geld vor allem fürs Auto (der Handel registriert ein Plus von 8,6 Prozent gegenüber der gleichen Vorjahreszeit) und zur Auffüllung ihrer Heizöltanks zu günstigen Preisen (Handel mit Brennstoffen plus 30 Prozent) benutzt haben. Daneben wurde wieder mehr gespart und gereist.

Im zweiten Halbjahr, so meinen die Auguren, wird alles anders: Denn jetzt steht auch ein höherer Anteil der Verbrauchsausgaben für anderweitige Anschaffungen zur Verfügung. Da die Preise kaum steigen dürften – nur bei Körperpflegemitteln und in Teilbereichen bei Papier-, Schreibwaren und Bürobedarf sind Erhöhungen angekündigt –, könnten die Verbraucher ihr Portemonnaie etwas großzügiger öffnen. Die auf der Herbstmesse in Frankfurt vertretenen Konsumgüterbranchen scheinen dem Frieden aber noch nicht ganz zu trauen. Die Ifo-Umfrage signalisiert noch recht bescheidene Erwartungen für den weiteren Jahresverlauf.

„Die Marktlage bemüht sich bisher redlich aber noch nicht ganz überzeugend, den Prognosen gerecht zu werden", umreißt Messechef Horst Stauber die Situation. Im Handel ist man sich im klaren, woran die Zurückhaltung der Kunden im allgemeinen liegt: Seit etwa fünf Jahren gebe es eine echte Bedarfssituation mehr. Für die in Frankfurt vom 23. bis 27. August antretenden 3652 Aussteller, davon 35 Prozent aus dem Ausland, verheißt diese Situation eine lebhafte Messe. Die rund 75 000 Besucher werden intensiv nach Neuheiten und Ideen suchen, mit denen sich Nachfrage machen und auch das mit viel Hoffnungen erwartete Weihnachtsgeschäft ankurbeln läßt. Ob die Bestellungen freilich ausreichen, der Konsumgüterkonjunktur den entscheidenden Anstoß zu geben, ist fraglich.

Größte einzelne Ausstellergruppe sind wiederum die 799 Anbieter rund um den „Gedeckten Tisch". Es folgen 791 Anbieter aus Kunsthandwerk und Kunstgewerbe, die sich bei der spürbar wachsenden Vorliebe der Kunden für Unikate besonders gute Geschäftschancen ausrechnen. Die größte ausländische Ausstellergruppe kommt mit 184 Anbietern wie in den Vorjahren aus Italien.



Australien will Haushaltsdefizit drastisch senken

vos. Bonn

Den drakonischsten Haushalt seit 30 Jahren hat jetzt der australische Finanzminister Paul Keating vorgelegt: Das Staatsdefizit soll von 5,7 Mrd. Australischen Dollar auf 3,5 Mrd. gesenkt werden. Ausgabebeschränkungen um 3 Mrd. Dollar und Steuererhöhungen sollen dieses Ziel erreichen helfen. Die Lohnerhöhungen sollen um zwei Prozent unter der Inflationsrate bleiben, die Krankenversicherung wird erhöht, für die Ausbildung wird eine „kleine Gebühr" verlangt. Die Bundesregierung wird 2000 Beschäftigte entlassen. Die Senkung der Einkommensteuer wird verschoben, dennoch soll der Spitzensteuersatz von 49 auf 40 Prozent sinken. Gleichzeitig wird bei einigen Produkten die Umsatzsteuer und die Abgaben für Benzin und Diesel angehoben. Ohne diese Maßnahmen würde das Defizit 7,5 Mrd. Dollar betragen. Die Finanzwelt nimmt den Haushalt mit Zustimmung zur Kenntnis, denn der Verfall des Australischen Dollars kann nur mit einer Wiederherstellung des Vertrauens in die Wirtschaft des fünften Kontinents gebremst werden.

EG gibt Export von Rindfleisch frei

Ha. Brüssel

Die EG-Kommission hat mit Einverständnis der Mitgliedsregierungen 100 000 Tonnen überschüssiges Rindfleisch zum Export nach Brasilien freigegeben. Der Ausfuhrpreis liegt dem Vernehmen nach um etwa 50 Dollar je Tonne über dem eines ähnlichen Geschäfts im Juni, bei dem die Brasilianer 425 Dollar bezahlen mußten. Die Exportsubventionen waren damals für die gleiche Menge von deutschen Experten auf über 700 000 Mark geschätzt worden.

Die Gemeinschaft ist indes froh, ihre Lagerbestände überhaupt reduzieren zu können. Die Kosten für die Lagerung belaufen sich jährlich auf rund 350 Mill. Mark, wobei sich die Qualität des Fleisches ständig verschlechtert. Gegenwärtig befinden sich in der EG rund 610 000 Tonnen in öffentliche Lagerung, manches deutet daraufhin, daß durch die neuen Verkäufe nur Platz für weitere Aufkäufe geschaffen werden soll.

So hat die Kommission wegen des Preisverfalls auf dem internen Markt beschlossen, erstmals auch Hinterviertel aufzukaufen. Der Wunsch war vor allem von Frankreich vorgetragen worden. Beschlossen wurde ferner, eine private Lagerbeihilfe.

Kabinett billigt Länder-Hilfen

A. G. Bonn

Das Bundeskabinett hat gestern der Grundvereinbarung über die Gewährung von Finanzhilfen des Bundes an die Länder nach Artikel 104a Absatz 4 Grundgesetz zugestimmt. Mit dieser Vereinbarung haben sich Bund und Länder darüber verständigt, in welcher Weise künftig die Kompetenz des Bundes zur Gewährung von Finanzhilfen für bedeutsame Investitionen der Länder und Gemeinden ausgeübt werden soll.

Die Vereinbarung diene der Verwaltungsvereinfachung und trage zur Rechtsklarheit und Rechtssicherheit bei. Mit ihr werde weder die gesamtwirtschaftliche Verantwortung des Bundes bei der Gewährung von Finanzhilfen eingeschränkt noch die Eigenverantwortlichkeit der Länder bei der Planung und Durchführung der Investitionen beeinträchtigt. Durch die Grundvereinbarung würden die Bemühungen um den Abbau weiterer Mischfinanzierungen allerdings nicht berührt.

Diese Vereinbarung, die am 19. September bei der Länderfinanzministerkonferenz in Braunschweig unterzeichnet werden soll, betrifft zum Beispiel die Krankenhausfinanzierung, die Gemeindeverkehrsfinanzierung, die Städtebauförderung und auch Teile des sozialen Wohnungsbaus. Nach der neuen Vereinbarung können künftig nicht nur Investitionsbereiche, sondern bestimmte Punkte benannt werden. Künftig sollen auch Durchschnittssätze zulässig sein.

Bewunderung für das „[neue] Wirtschaftswunder"

WELT-Gespräch mit dem stellvertretenden Chefredakteur [des französischen Wirtschaftsmagazins] L'Expansion

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

„Mit dem Regierungswechsel vom Herbst 1982 hat sich in der Bundesrepublik ein neues Wirtschaftswunder angebahnt." Diese Überlegung veranlaßte das führende französische Wirtschaftsmagazin „L'Expansion", das bei 170 000 Festabonnements nach eigenen Angaben 1,5 Millionen Leser erreicht und zweimal im Monat erscheint, zu einer Sonderbeilage mit dem etwas herausfordernden Titel „Deutsche Mark über alles" – in gotischen Lettern auf schwarz-rot-goldenem Grund. Für den Inhalt verantwortlich zeichnet der für Deutschlandfragen zuständige stellvertretende Chefredakteur und international bekannte Wirtschaftsjournalist Philippe Lefournier.

Stabilitätspolitik hat Vertrauen geschaffen

Das „Wunder" der letzten vier Jahre sieht Lefournier darin, daß die starke Verminderung der von den Sozialdemokraten aufgebauten öffentlichen Defizite die wirtschaftliche Aktivität der Bundesrepublik nicht geschwächt habe. Vielmehr sei durch die Stabilitätspolitik das Vertrauen der Unternehmer verstärkt und die Privatinitiative mobilisiert worden. Psychologische Faktoren also, von denen die Franzosen viel lernen könnten, um ihren Rückstand gegenüber der Bundesrepublik wieder abzubauen, meint der Journalist. Denn bis zum ersten Ölpreisschock verbuchte Frankreich schließlich einen Prozentpunkt mehr Wirtschaftswachstum als die Bundesrepublik.

Damals hatte das amerikanische Hudson-Institut vorausgesagt, daß Frankreich die Bundesrepublik in den achtziger Jahren wirtschaftlich überrunden würde. Diese Prognose hält Lefournier nach wie vor nicht für abwegig – sie könnte sich später durchaus bewahrheiten. Denn die derzeitige deutsche Überlegenheit in bezug auf Organisation, Qualität und Effizienz könnte sich mittelfristig in einen Mangel an Dynamik, an Anpassungsfähigkeit und an Imagination verwandeln, meint Lefournier. Wäre dann die Zeit für ein französisches Wirtschaftswunder gekommen?

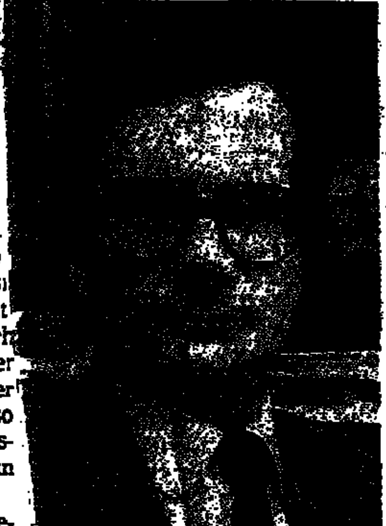
Zunächst einmal stellt Lefournier aber fest, daß die Bundesrepublik schneller und wirksamer die Konsequenzen aus der ersten Ölkrise gezogen hat. Unter den Sozialdemokraten häuften sich dann aber nicht nur die Budgetdefizite, sondern auch die Passivsalden der deutschen Zahlungsbilanz mit der Folge, daß die französische Notenbank die D-Mark „stützen" mußte. Dies war allerdings auch nach der letzten Bereinigung der Franc-D-Mark-Parität (März 1986) der Fall, die nach Lefournier nur halb so stark ausgefallen ist, wie sie es gemessen am Inflationsabstand hätte sein sollen.

Die deutsche Konjunktur werde nicht nur von der starken Investitionstätigkeit getragen, sondern auch von einem bedeutenden Zuwachs des privaten Verbrauchs, der sich auf einen viel stärkeren Kaufkraftzuwachs als in Frankreich stütze. Um die deutschen Exporte ist es dagegen nach Lefournier nicht zum besten bestellt. Mit Ländern wie Großbritannien könne zwar nach wie vor gut konkurriert werden – immer weniger dagegen mit den USA und Japan.

Dort werde nicht nur mehr gearbeitet als in der Bundesrepublik. Auch der technologische Vorsprung dieser Länder nehme zu. Die Bundesrepublik verfüge zwar über erheblich größere Produktionskapazitäten als Frankreich, wo die Investitionen in den letzten zehn Jahren stagnierten oder zurückgingen. Aber zum ersten Mal stiegen jetzt die deutschen Löhne auch nominal stärker als die französischen.

Diese Entwicklung ist nach Ansicht Lefourniers eine Folge des rigiden deutschen Lohnsystems, welches den Unternehmen kaum die Möglichkeit zu einer individuellen Lohngestaltung gibt. Die Lohnerhöhungen würden auf höchster Ebene – sprich DGB – branchenweise festgesetzt – ein System, welches die Regierung im Interesse des sozialen Konsensus nicht zu beanstanden wage.

Hier liegt nach Lefournier ein wichtiger Grund für die immer noch sehr hohe Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik. Die Kosten für die [illegible] worden. Auch besitze die Bundesrepublik noch einen erheblichen Modernisierungs- und Rationalisierungsvorsprung.



[illegible] Lefournier gehört seit [illegible] führenden französischen [illegible]zeitung L'Expansion an [illegible] 1979 als stellvertreten[der] Chefredakteur für Deutsch[land]fragen zuständig. Der 47jäh[rige] international bekannte Jour[nalist ist] außerdem Direktor des [illegible] Konjunkturklubs sei[illegible], den er 1978 zur Ver[illegible] Kontakte zwischen [illegible] und Politik ins Leben [gerufen hat]. FOTO: DIE WELT

[illegible] unqualifizierten Arbeitslosen seien ein [illegible] hoch. Das einzige, was an Flexibilität gewonnen werden konnte, die Beschäftigung von Arbeitslosen auf Zeit, meint Lefournier. In Frankreich dagegen würde die Einsicht der Gewerkschaften in dieser Beziehung immer größer und ihre politischen Ambitionen geringer, während [sie] in der Bundesrepublik zunähmen.

Jedenfalls lägen inzwischen die Lohnstückkosten der deutschen Unternehmen über den französischen, obwohl die Sozialabgaben in Frankreich erheblich höher sind. Daraus erklärt Lefournier die zunehmende Neigung der deutschen Unternehmen, im Ausland – insbesondere in den Vereinigten Staaten bisher produzieren zu lassen. So stark sie erscheine, sei also die deutsche Wettbewerbsfähigkeit nicht. Immerhin aber, so räumt Lefournier ein, seien in den letzten Jahren in der Bundesrepublik erheblich mehr Arbeitsplätze geschaffen als [illegible]

Gleichzeitig sieht Lefournier ein großes Problem in dem starken deutschen Geburtenrückgang. Dadurch [illegible] sich zwar eine quantitative Entlastung des Arbeitsmarktes ergeben, qualitativ sei diese Entwicklung aber von Nachteil. Denn mit der Zeit würden die dynamischen Kräfte der Bundesrepublik erlahmen, während sich Frankreich eher verjünge. Anfang der neunziger Jahre dürfte seine Bevölkerung ebenso groß sein wie die der Bundesrepublik – für das Gleichgewicht zwischen beiden Ländern eher von Vorteil.

Das andere große Handicap der Deutschen ist nach Lefournier der enge Lebensraum. Er sieht darin einen wichtigen Grund für die gesellschaftspolitische Blockierung durch die „Grünen". Überhaupt stoße die deutsche Wirtschaft inzwischen an gewisse Grenzen der Sättigung, während Frankreich noch ganze Regionen wirtschaftlich entwickeln könne. Dies alles erfordere eine Überprüfung des bisher so erfolgreich gewesenen deutschen Wirtschaftskonzepts. Dazu sind nach Lefournier aber nur junge Politiker in der Lage.

Kritik am deutschen Finanzminister

Besonders Finanzminister Stoltenberg sei den Franzosen ein Dorn im Auge – vor allem deshalb, weil er sich „aus einer buchhalterischen Manie heraus" kostspieligen französischen Europa-Projekten widersetze. Andererseits aber sei er nicht bereit, etwa die Defizite der Deutschen Bundesbahn dadurch zu vermindern, daß sie mit dem französischen Hochgeschwindigkeitszug TGV ausgestattet werde, der sich als höchst rentabel erwiesen habe. Auf diese Weise könnte auch das französische Handelsbilanz-Defizit gegenüber der Bundesrepublik vermindert werden, das im übrigen nicht nur strukturelle Ursachen habe, wie die Deutschen behaupteten.

Es folgt ein Beitrag aus Italien.

Spanier kaufen nun europäisch

EG-Beitritt verdrängt USA aus Import-Spitzenstellung

vos. Bonn

Zum ersten Mal hat die Bundesrepublik die USA vom Spitzenplatz der Lieferanten Spaniens verdrängt. Grund ist der EG-Beitritt des Landes, der für die Wirtschaft der iberischen Halbinsel tiefgreifende Auswirkungen hat. Im März trat die erste zehnprozentige Zollsenkung in Kraft, die für die „alte EG" vorteilhafter ist als für die Neulinge Spanien und Portugal.

In den ersten sechs Monaten importierte Spanien 31,6 Prozent mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres aus der Bundesrepublik, 23 Prozent mehr aus der EG. Damit stieg der EG-Anteil an den Gesamteinfuhren von 35 auf 47,6 Prozent. Im Gegenzug konnte Spanien seine Ausfuhren in die EG-Länder nur um 8,7 Prozent steigern. Sie machen jetzt 61 statt bisher 53 Prozent aus. Diese Zahlen gehen aus einem Bericht des spanischen Unternehmerverbandes CEOE hervor.

In den ersten sechs Monaten kaufte Spanien 14,3 Prozent seiner Gesamtimporte in der Bundesrepublik. 1985 waren es im gleichen Zeitraum nur 9,9 Prozent. Gleichzeitig stieg der Anteil der Exporte Spaniens in die Bundesrepublik von 9,75 auf 11,4 Prozent.

Stark ausgeweitet hat sich auch der Handel mit Frankreich und mit Portugal. Aufgrund der besonderen Zollvereinbarungen zwischen den beiden EG-Neulingen befürchtet Spanien ein massives Eindringen von EG-Produkten über Portugal auf den spanischen Markt.

Diese Entwicklung schlägt sich auch in der Handelsbilanz nieder: Ende Juni betrug das Defizit gegenüber der restlichen EG bereits 169 Mill. DM. 1985 hatte Spanien noch einen Überschuß zu verzeichnen.

Entwickeln heißt schulen

CDU-Mittelstand sucht neue Wege in der Dritten Welt

vos. Bonn

Entwicklungshilfe, deren Resultat ein Großunternehmen auf der grünen Wiese ist, oder die Wohltaten ohne Gegenleistung austeilt, hält Dr. Volkmar Köhler, Parlamentarischer Staatssekretär im Entwicklungsministerium und Vorsitzender der CDU-Mittelstandskommission „Entwicklung und Außenhandelspolitik", für fehlgeleitet und auf Dauer unwirksam. Seit Jahren suchen investitionswillige deutsche Mittelständler Kooperationspartner in der Dritten Welt. Dabei machen sie sich die gewachsene Infrastruktur des Landes zunutze, die oft besser als erwartet ist: „Wer rechnet schon mit einer funktionierenden Handwerkskammer in Mali?" Das deutsche Gegenstück kann hier Partnerschaften übernehmen, wie der Großschlächterverband es in Kenia und der Modelltischlerverband in Thailand getan haben.

Die 20 unterschiedlich weit fortgeschrittenen gemeinsamen Projekte bestehen selten in direkter Kapitalbeteiligung. Viel häufiger ist Beratung gefragt. Um dem „Armen" in einem Entwicklungsland zu helfen, will die Mittelstandsvereinigung beim Unternehmer ansetzen, der dann der eigentlichen Zielgruppe Lohn und Brot bieten kann. Doch wegen fehlender wirtschaftlicher Praxis gehen Existenzgründungen oft schief. Hier setzen die zahlreichen Schulungen an, die die Mittelständler unter hohen administrativen Kosten anbieten. Zudem sollen bereits in Entwicklungsländern arbeitende Deutsche die Patenschaft über Kleinstprojekte übernehmen.

Wichtig ist auch, bei den Regierungen der Entwicklungsländer um Verständnis dafür zu werben, daß die gesetzlichen Rahmenbedingungen für mittelständische Wirtschaft geschaffen werden müssen.

Schließlich hofft der Mittelstand noch darauf, daß der zuständige Bundesminister demnächst mehr Mittel an nichtstaatliche Entwicklungsvorhaben ausgibt. Derzeit sind es nur elf Prozent des Etats. Schließlich müssen die Unternehmen darauf achten, daß unter ihrem Engagement das Geschäftsinteresse nicht leidet.

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

Werft-Konzept vorgelegt

Kiel (dpa/VWD) – Die schleswig-holsteinische Landesregierung versucht auf drei Wegen der gegenwärtigen Werftenkrise beizukommen. Wie der Schleswig-Holsteinische Wirtschaftsminister Manfred Biermann (CDU) gestern vor dem Kieler Landtag mitteilte, will die Landesregierung „die Schaffung von Ersatzarbeitplätzen in besonderer Weise fördern", für Anpassungshilfen sorgen, „mit denen sich der Kapazitätsabbau in geordneten Bahnen vollzieht" und die Finanzierungshilfen für den Schiffsneubau der verbleibenden Werftkapazitäten so ausgestalten, daß ihre Beschäftigung gesichert ist. Es sei trotz dieser Hilfen damit zu rechnen, daß allein in Schleswig-Holstein rund 4000 Ersatzarbeitsplätze geschaffen werden müßten, in den vier norddeutschen Küstenländern zusammen rund 10000. Wenn man davon ausgehe, so der Minister, daß für jeden zu fördernden Arbeitsplatz 50 000 DM allein das nördlichste Bundesland rund 200 Mill. DM. Er sei zuversichtlich „daß der Bund uns finanziell so entlastet, daß wir die nötigen Hilfen ... anbieten können". Flankierend müsse auch die Europäische Gemeinschaft helfen.

Opec-Einnahmen halbiert

Hamburg (dpa/VWD) – Die Einnahmen der Organisation erdölexportierender Länder (Opec) haben sich innerhalb von zwei Jahren aufgrund der gesunkenen Ölpreise nahezu halbiert. Obwohl die exportierte Menge an Rohöl und Mineralölprodukten mit 550 Mill. Tonnen beziehungsweise 130 Mill. Tonnen 1986 nahezu gleich hoch wie noch 1984 sein wird, werden in den Kassen der Opec-Länder nach Schätzung der Deutschen BP AG (Hamburg) in diesem Jahr nur 80 Mrd. statt 159 Mrd. Dollar vor zwei Jahren klingeln.

Gesundes Bauen

Bonn (A.G.) – Die Wohnungen haben fast ausnahmslos einen hohen hygienischen Standard und entsprechen den gesundheitlichen Anforderungen. Zu diesem Ergebnis kommt ein von Bundesbauminister Schneider berufenes Sachverständigengremium in seiner Broschüre „Gesundes Bauen und Wohnen".

Schwaches Wachstum

London (dpa/VWD) – Im 2. Quartal 1986 hat die britische Wirtschaft nur ein Realwachstum von 0,5 Prozent erreicht. Gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum betrug das Wachstum nur 1,5 Prozent. Dies teilte das Statistische Zentralamt gestern in London mit. Die Regierung Thatcher hatte eine Wachstumsrate von drei Prozent für das Gesamtjahr 1986 prognostiziert, doch hat Finanzminister Nigel Lawson in den letzten Tagen angedeutet, daß man aufgrund des Ölpreiseinbruchs das Wachstumsziel verfehlen werde.

Amerikaner an der Spitze

Hamburg (dpa/VWD) – Die Amerikaner stehen beim Ölverbrauch unter den Industriestaaten bei weitem an der Spitze. Ein US-Bürger verbraucht im Schnitt pro Kopf jährlich 3196 Kilogramm Mineralölprodukte und damit doppelt soviel wie ein Westeuropäer (1606 kg) und fast doppelt soviel wie ein Japaner (1790 kg). Die Bundesbürger liegen mit einem Pro-Kopf-Verbrauch von 1880 Kilogramm nur im Mittelfeld der Industrieländer. Finnen (2[illegible]), Holländer (2228), Dänen (217[illegible]), Norweger (2151), Belgier und Luxemburger (2051) sowie Schweden (2031) und Schweizer (1932 kg) verbrauchen teilweise beträchtlich mehr Öl.

DIHT protestiert

Bonn (A.G.) – Gegen eine vorgezogene Novellierung der Baunutzungsverordnung speziell für den Einzelhandel hat sich gestern mit aller Entschiedenheit der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) ausgesprochen. Die städtebauliche Problematik großflächiger Einzelhandelsbetriebe sei damit nicht zu lösen.

Sensible Mikrowelle

Brüssel (dpa/VWD) – Mikrowellenherde sollen nach Ansicht der EG-Kommission als „sensible Produkte" eingestuft werden, deren Einfuhr besonders überwacht wird. Für Lieferungen aus Fernost sollen Höchstkontingente gelten. 29 weitere Produkte will man vom zollfreien Zugang zur EG ausschließen.

Wochenausweis

	15.8.	7.8.	15.7.
Netto-Währungsreserve (Mrd.DM)	61,8	61,5	59,8
Kredite an Banken	90,9	94,3	96,0
Wertpapiere	4,9	5,0	5,1
Bargeldumlauf	118,1	119,1	115,5
Einl. v. Banken	41,4	45,1	42,9
Einlagen v. öffentl. Haushalten	3,5	1,7	10,5

Stahlkonzerne unter einem Management?

J. SCH. Paris

Die französische Regierung will die beiden verstaatlichten Stahlkonzerne Usinor und Sacilor jetzt durch radikale organisatorische Maßnahmen dazu bringen, daß sie entsprechend den gegenüber der EG eingegangenen Verpflichtungen keiner Subventionen mehr bedürfen. Geplant ist insbesondere, sie unter eine gemeinsame Führung zu stellen. An ihre Fusion sei aber (vorerst) nicht gedacht, heißt es im Industrieministerium.

Für den neuen Posten zur Wahl stehen angeblich Francis Mer, gegenwärtig Präsident von Pont-à-Mousson, und Jacques Mayoux, der früher Sacilor und dann die staatliche Großbank Société Générale geleitet hat. Die beiden derzeitigen Präsidenten René Loubert (Usinor) und Claude Dollé (Sacilor), von denen sich jeder auf eine Fusion unter seiner Führung Hoffnung gemacht hatte, müßten sich danach unterordnen oder demissionieren.

Tatsächlich sind die Schwierigkeiten der französischen Stahlindustrie nicht zuletzt aus persönlichen Rivalitäten zu erklären. Deshalb kam es immer wieder aus Prestigegründen zu überflüssigen Doppelinvestitionen. Das hatte schon der von der letzten Regierung angeforderte Expertenbericht deutlich gezeigt. Seine Empfehlung hieß: weiterer Abbau der Belegschaft um 26 000 auf 50 000 Personen bis zum Ende dieses Jahrzehnts.

Neue Sanierungsschritte drängen sich auch deshalb auf, weil die Regierung nur noch 1,5 Milliarden Franc bereitstellen will. Dies würde die Defizite bei weitem nicht ausgleichen.

London liegt um Längen vorn

Führender Devisenplatz vor New York und Tokio

WILHELM FURLER, London

London ist mit großem Abstand der führende Devisenmarkt in der Welt. Täglich werden an der Themse im Devisenhandel im Schnitt 90 Mrd. Dollar umgesetzt. Damit liegt London um Längen vor den beiden anderen wichtigsten Devisenhandelsplätzen New York und Tokio. Der durchschnittliche Tagesumsatz in New York liegt bei 50 Mrd. Dollar und in Tokio bei 48 Mrd. Dollar.

Diese Zahlen gehen aus Erhebungen hervor, die simultan von der Bank von England, der New York Federal Reserve Bank und der Zentralbank in Tokio durchgeführt wurden. Danach ist der Umsatz im New Yorker Devisenhandel seit 1983 um 92 Prozent gestiegen. Die New Yorker Fed führt die Erhebung seit 1973 alle drei Jahre durch.

Dagegen hat die Bank von England zum ersten Mal eine solche Studie angefertigt. Entsprechend gibt es keinen exakten Wachstumsvergleich. Allerdings schätzen führende Mitarbeiter der englischen Notenbank, daß sich der Devisenhandel in London während der letzten Jahre mindestens ebenso stark ausgeweitet hat wie in New York oder Tokio.

Noch im vergangenen Jahr hatte die „Gruppe der 30" (eine von Finanzinstituten und multinationalen Unternehmen getragene Organisation) eine Schätzung vorgelegt, wonach der Welt-Devisenhandel einen Tages-Umsatz von 150 Mrd. Dollar erreicht hat. Doch den jetzt vorgelegten Studien der drei Notenbanken zufolge liegt der Devisenhandel an den drei führenden Plätzen London, New York und Tokio allein bei bereits 188 Mrd. Dollar pro Tag.

Der Devisenhandel in London wird zum überwiegenden Teil zwischen Banken ausgeführt. Nur neun Prozent des Gesamtumsatzes entfallen auf den direkten Handel zwischen Banken und deren Kunden, stellt die Bank von England fest. Allerdings sei ein nicht unerheblicher Teil der Zwischenbank-Devisentransaktionen notwendig, um den Bedarf von Bankkunden zu decken.

Am Londoner Devisenmarkt hat der Pfund-Dollar-Handel leicht die Nase vorn. Auf ihn entfallen 30 Prozent des Gesamthandels, gefolgt vom Dollar-DM-Handel mit etwas mehr als 28 Prozent. Dagegen führt in New York der Handel in D-Mark, gefolgt vom Yen und vom Pfund Sterling. Nach Angaben der Fed hat sich der Devisenhandel inzwischen mehr und mehr auf diese drei Währungen konzentriert.

London ist mit größter Wahrscheinlichkeit schon seit Jahren der bedeutendste Devisenhandelsplatz der Welt gewesen. Diese Führungsstellung geht sowohl auf die historische Entwicklung als auch auf die geographisch und damit auch zeitlich günstige Lage zwischen Tokio und New York zurück. So ist auch die Zahl der am Londoner Devisenhandel beteiligten Institute, nämlich 348 Banken und lizensierte Depositennehmer sowie acht Broker, fast dreimal so groß wie die in New York, wo 123 Bankinstitute und neun Brokerhäuser von der Studie erfaßt wurden.

Schweiz auf der Suche nach ausländischen Investoren

Bundesrepublik, Vereinigte Staaten und Japan im Visier – Schlechtere Exportaussichten für den Maschinenbau

ALFRED ZÄNKER, Genf

In der Schweiz ist eine Aktion von Bund und Kantonen angelaufen, um mehr ausländische Firmen, vor allem mittelständische Unternehmen, zur Ansiedlung neuer Betriebe in der Eidgenossenschaft zu bewegen. Diplomatische Vertretungen im Ausland, Handelskammern und Banken sind dabei, eine Werbebroschüre in vier Sprachen zu verbreiten, in der die Vorteile des „Industriestandortes Schweiz" eingehend dargelegt werden. Man hat den Blick vor allem auf die benachbarte Bundesrepublik, aber auch die Vereinigten Staaten und Japan gerichtet.

Es mag überraschen, daß die wohlhabende Schweiz es überhaupt nötig hat, sich um ausländische Investitionen zu bemühen. Hier herrscht Vollbeschäftigung bei weniger als einem Prozent Arbeitslosen, man zahlt die höchsten Löhne und Gehälter in Europa, hat nachhaltige Exporterfolge und große Leistungsbilanzüberschüsse zu verzeichnen. Aber auch hierzulande ist nicht alles Gold, was glänzt. In Bern ist man der Meinung, daß die Schweiz in den nächsten Jahren unter wachsenden Innovationsdruck kommen werde.

„Die heutige gute Konjunktur wird nicht ewig dauern. Sie darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir im Industriebereich neue Impulse aus dem Ausland brauchen, besonders in den schwächeren Regionen. Schließlich sind die Investoren von heute die Exporteure von morgen", erklärt Klaus Hug, Direktor des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit in Bern. Es gehe nicht nur um Arbeitsplätze, sondern auch um Technologietransfer, Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern und Anschluß an neue Märkte.

Die sogenannten Rahmenbedingungen sind auch in der Schweiz vielleicht nicht immer perfekt, können sich im internationalen Vergleich aber sehen lassen, heißt es in Bern. Zwar sind die Arbeitskosten hier höher als in anderen europäischen Ländern, aber dieser Nachteil werde vor allem durch die wirtschaftliche und soziale Stabilität des Landes aufgewogen.

Die Schweiz ist praktisch streikfrei und hat fachlich qualifizierte und einsatzwillige Arbeitskräfte zu bieten. Dazu kommen günstige Finanzierungsbedingungen: Investitionskredite zu fünf bis sieben Prozent, die über Zeiträume bis zu 30 Jahren amortisiert werden können. Auch stehen im Rahmen der Regionalpolitik Bürgschaften, Zinskostenbeiträge und Steuererleichterungen zur Verfügung. Projekte werden in der Regel ohne Zeitverlust entschieden, im Kanton Jura zum Beispiel innerhalb von drei bis sechs Wochen.

„Härtere Zeiten" erwartet der Verein Schweizerischer Maschinenindustrieller (VSM). Zwar hat sich die Branche im ersten Halbjahr 1986 insgesamt recht günstig entwickelt, bei hohen Auftragseingängen aus In- und Ausland, steigendem Umsatz und besseren Gewinnmargen. Im zweiten Quartal hatten die Bestellungen noch um 3,6 Prozent zugenommen. Wenn es bisher Probleme gab, so auf der Angebotsseite durch hohe Kapazitätsauslastung, Mangel an qualifiziertem Personal und längeren Lieferfristen.

Aber die bis zur Jahresmitte vorliegenden Resultate spiegeln die Lage von gestern wider. Die inzwischen spürbaren ungünstigen Auswirkungen der Dollar- und DM-Schwäche auf die Wettbewerbslage im Schweizer Maschinenbau kommen darin noch nicht zum Ausdruck. „Die Voraussetzungen für den Abschluß neuer Exportgeschäfte sind zweifellos schwieriger geworden", betont VSM-Präsident Martin Erb, „das ergibt sich bereits aus einer gegenwärtigen Umfrage bei den Unternehmen und wird sich im Auftragseingang des zweiten Halbjahres deutlich niederschlagen."

Bei einzelnen Firmen mit hohem Exportanteil im Dollar-Raum, zu dem auch die wichtigen pazifischen Märkte gehören, ist die „Schmerzgrenze" schon erreicht. Inzwischen hat auch die D-Mark – nach neuen Kurseinbußen gegenüber dem Schweizer Franken – die „kritische" Grenze erreicht. Zwar hilft die derzeit gute deutsche Konjunktur, aber die Bundesrepublik ist nicht nur ein wichtiger Kunde, sondern auch Hauptkonkurrent auf Drittmärkten. Außerdem ist die Nachfrage aus Opec-Ländern drastisch gesunken.

Großes Budgetdefizit in Kanada

Trotz guter Wachstumsraten bleibt Arbeitslosigkeit hoch

J. Sch. Paris

Kanada gehörte bisher – neben Japan – zu den ausgesprochenen Wachstumsländern der OECD-Zone. Seine Expansionsraten – 5 und 4,5 Prozent in den letzten beiden Jahren – waren fast doppelt so hoch wie im Durchschnitt der westlichen Industriestaaten. Sie übertrafen damit selbst die optimistischsten Erwartungen, heißt es in dem OECD-Bericht zur kanadischen Wirtschaftslage.

Inzwischen aber geht es langsamer bergauf. Für dieses Jahr erwartet die OECD eine Zunahme des Bruttosozialprodukts von real 3 ¾ und für 1987 von 3 ½ Prozent. Dies reiche für das besonders geburtenstarke Kanada aber nicht aus, um seine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit – zur Zeit 9 ½ Prozent der aktiven Bevölkerung – weiter abzubauen.

Um die Beschäftigungslage zu verbessern, empfiehlt die OECD vor allem eine restriktivere Einkommenspolitik. Zunächst müßte der Lohnanstieg, der sich in den Expansionsjahren stark beschleunigt hatte, reduziert werden. Dadurch würde sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit verbessern. Dies sei um so mehr erforderlich, als die Einnahmen Kanadas aus den Öl- und Gasexporten zurückgehen.

Allerdings ist der Ölpreisverfall für Kanada weniger dramatisch als für die meisten anderen Ölproduzentenländer. Zwar lasse er die Investitionstätigkeit im Energiesektor erlahmen, bewirkt aber die notwendige Neuorientierung in Richtung auf andere Wirtschaftszweige, meint die OECD.

Für ein dauerhaftes Wachstum von Produktion und Beschäftigung sei aber vor allem der Abbau des öffentlichen Sektors erforderlich, der in Kanada doppelt so starkes Gewicht hat wie im OECD-Durchschnitt. Außerdem müßte das Steuersystem komplett reformiert werden mit dem Ziel, dem Staat höhere Einnahmen zu verschaffen. Denn das Budgetdefizit Kanadas ist nach dem der USA das zweitgrößte der OECD.

هكذا من الأهل

Von Stagnation nichts zu spüren

Aquavitverkauf läuft „überaus zufriedenstellend"

H. L. Kopenhagen

Bei dem Berliner Spirituosen-Produzenten Danisco – De Danske Spritfabrikker Berlin GmbH wird es zum 1. April 1987 eine wichtige organisatorische Veränderung geben. Die bisher gemeinsame Tochter (Grundkapital 10 Mill. DM) der beiden dänischen Aktiengesellschaften A/S De Danske Spritfabrikker (DDSF) und Danisco, beide Kopenhagen, wird zu diesem Zeitpunkt der Exportabteilung der DDSF zugeschlagen, die seit Jahresbeginn die alleinige Muttergesellschaft des Berliner Unternehmens ist.

Die Danisco (Umsatz 630 Mill. DM) hat seit über 50 Jahren für die DDSF den Spirituosenexport betrieben, war in den letzten Jahren aber durch das eigene Herstellungsprogramm (biochemische Produkte) immer mehr ausgelastet, so daß mit dem Ablauf des Jahres 1986 der Spirituosenexport für DDSF eingestellt wird. Aus dem gleichen Grund wurde die gemeinsame Tochter in Berlin für 112 Mill. dkr (rund 31 Mill. DM) an die DDSF, dem mit einem Umsatz von 3,9 Mrd. dkr (1,1 Mrd. DM) führenden dänischen Spirituosenhersteller, verkauft.

„Ich hoffe sehr, daß wir dennoch selbständig bleiben", meinte Geschäftsführer Bernd Gröning zu den Vorgängen. Solange es aber so gut laufe wie bisher, werde es wohl keine besonderen Einwirkungen aus Kopenhagen geben. Immerhin habe das jetzt unter dem Namen DDSF Berlin GmbH firmierende Unternehmen im Geschäftsjahr 1985 „überaus zufriedenstellend" gearbeitet, wie in Kopenhagen erklärt wird. Vor dem Hintergrund eines stagnierenden Gesamtmarktes für die deutsche Spirituosenindustrie nahm der Bruttoumsatz von DDSF Berlin um 6,8 Prozent auf 75,6 (70,8) Mill. DM zu. Der Mengenabsatz stieg nach Angaben von Gröning im Berichtsjahr um 4,7 Prozent auf 4,02 (3,84) Mill. Flaschen je 0,7 Liter. Von der größten Marke des Hauses, dem in Deutschland in den Werken Buxtehude und Berlin produzierten „Malteserkreuz Aquavit", konnten 2,55 Mill. Flaschen (plus zwei Prozent) verkauft werden.

Auch die aus Dänemark importierten Spirituosen – Aalborg Jubiläums Akvavit, Aalborg Akvavit, Gammel Dansk Bitter Dram und die Better Brands-Liköre – legten in der Menge zu. Der Absatz von Aalborg Jubiläums Akvavit verbesserte sich um 6,2 Prozent auf 1,2 Mill. Flaschen; von den übrigen Produkten wurden im Berichtsjahr zusammen 270 000 Flaschen verkauft. Besonders erfreulich haben sich dabei, so Gröning, die erst seit kurzem ins deutsche Programm übernommenen Better Brands-Liköre entwickelt. „Aus dem Stand" seien von diesen als Sommerdrink beworbenen Likören rund 42 000 Flaschen innerhalb von sechs Monaten verkauft worden.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bad Homburg: WPR System GmbH Wöber, Petroci und Reis, Friedrichsdorf/Ts.; **Berlin Charlottenburg:** A B C Meistermaler GmbH; **Duisburg:** Breiing Controltechnik Ges. f. Arbeits- u. Qualitätssicherung mbH, Oberhausen 11; **Hamburg:** Ellenberger G.m.b.H.; Fredericos Mode-Handels GmbH; **Hildesheim:** GZV Ges. f. gewerbliche Zwischenvermietung mbH, Lehrte OT Ahlten; **Köln:** Wilms-Posen KG; **Lörrach:** P. Bürki, Geleise- u. Tiefbau GmbH; **Merzig:** Prims-Stahl-Handelsges. mbH Import u. Export & Co., Waldern; **Nürnberg:** Leo Koch GmbH & Co. KG, Vorra; **Remscheid:** Anton van den Hoogen, Solingen 12; **Tübingen:** Riethmüller und Partner Planungs- u. Beratungsges. mbH.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Albstadt: Emil Conzelmann KG, Strickwarenfabrik, Tailfingen.

Vergleich beantragt: Bocholt: Albert Kerkfeld Straßen- u. Tiefbau GmbH & Co. KG, Gescher-Hochmoor; Albert Kerkfeld Straßen- u. Tiefbau GmbH, Gescher-Hochmoor; **Hamburg:** Korromag Korrosionsschutz u. Malerei GmbH.

PERSONALIEN

Claude Bouchy (40), seit Januar 1983 Direktor des pharmazeutischen Bereichs von Eli Lilly Frankreich, hat am 1. Juni 1986 die Geschäftsführung der Eli Lilly Deutschland GmbH, Bad Homburg, übernommen.

Peter Wolfert hat die Geschäftsführung der nach Berlin verlegten Scope Systeme und Componenten Entwicklungs GmbH übernommen. Er ist aus den Geschäftsführungen der g. t. c. Großhansdorf und g. t. c. München ausgeschieden, bleibt in beiden Firmen jedoch weiterhin Gesellschafter. Außerdem wurde der neue Gesellschafter **Uwe Fröhlich** bei der g. t. c. Großhansdorf zum Geschäftsführer bestellt.

Ludwig Welling, bis Anfang der 80er Jahre langjähriger Chef der Appel & Frenzel GmbH, Düsseldorf, vollendete am 17. August 1986 sein 70. Lebensjahr.

Quo vadis, deutsches Messewesen?

Die Philosophie für Ausstellungen hat sich in theoretische Sphären verlagert

Von WERNER MARZIN

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein freier Staat, auch hinsichtlich der Möglichkeit, neue Messen und Ausstellungen zu kreieren: Es gibt kein Messegesetz und kein behördliches Genehmigungsverfahren – nur eine weitgehend freiwillige Verfahrensordnung im Rahmen des Messe- und Ausstellungsausschusses der Deutschen Wirtschaft (AUMA).

Der Kreativität sind also keine formalrechtlichen Schranken gesetzt. Über Konzeptionen von Messen und Ausstellungen soll auch nachgedacht und theoretische Grundlagen müssen weiterentwickelt werden. Gegen eine Messephilosophie ist nichts einzuwenden, nur muß sie marktkonform sein und es darf auch nicht vergessen werden, was die Grundfunktion einer Messe und die Grundtätigkeit einer Messegesellschaft sein soll.

In der letzten Zeit aber scheint sich diese Messephilosophie verselbständigen zu wollen. In diesen hohen theoretischen Sphären haben dann so einfache Begriffe wie „Dienstleistung", „verkaufen wollen", „das für sich richtige kaufen können", „Kosten/Nutzen" und ähnliche, kaum noch Platz. Obwohl gerade Kriterien, die durch diese Begriffe bestimmt sind, das deutsche Messewesen auch international führend werden ließen und mit Sicherheit noch lange für die Beurteilung wirtschaftlicher Relevanz entscheidend bleiben werden. Wären diese messepolitischen Meditationen nicht so raffiniert in kreative Fortschrittsbestrebungen verpackt, könnte man sie einfach ignorieren. Aber in dieser Erscheinungsform stiften sie schon Verwirrung.

Da werden zum Beispiel marktwirtschaftliche und messepolitische Selbstverständlichkeiten zu revolutionären Entdeckungen gemacht. Dabei wird mitgeteilt, daß sich die Messen wandeln, daß von den existierenden Messen 60 Prozent erst in den letzten 15 Jahren entstanden sind, oder daß es Ende der 90er Jahre nur noch 40 Prozent der heutigen Messen geben wird. Wie könnte sich nur eine marktkonforme Messe unter den Bedingungen eines sich ständig verändernden Marktes nicht wandeln?

Davon ausgehend sind auch die 60 Prozent der heute existierenden Messen, die in den letzten 15 Jahren entstanden sind, keineswegs die gleichen Veranstaltungen. Sie haben vielleicht den gleichen Namen und behandeln den gleichen Marktbereich, aber in ihrem Aufbau, in ihrer funktionellen Zielsetzung und in ihrer marktwirtschaftlichen Auswirkung sind sie andere Veranstaltungen geworden. Dies bezieht sich genauso auf den Rest von 40 Prozent der Messen, die „älter" als 15 Jahre sind. Und wenn in den letzten 15 Jahren vom Namen und von der Thematik her 60 Prozent der heutigen Messen entstanden sind, wieso soll eine ähnliche Entwicklung in den nächsten 15 Jahren eine Besonderheit sein? Zumal sich die Entwicklung der Produktionstechnologien und des Marktgeschehens mit Sicherheit nicht verlangsamen werden.

Es sei denn, man strebt überhaupt keine nüchterne Darstellung der messepolitischen Gegenwart der Bundesrepublik Deutschland an, sondern versucht ein Terrain für die eigene Messephilosophie vorzubereiten. Und die kann man neuerlich veröffentlichten Sätzen entnehmen: „Während in Europa angebotsorientierte General-Interest-Messen noch durchaus verbreitet sind, ist beispielsweise die starke Zunahme an neuen Messeveranstaltungen im asiatischen Raum vor allem durch die Konzentration auf nachfrageorientierte Special-Interest-Messen zu begründen."

> **„*Messeveranstalter können bei aller Klugheit keine Nachfrage erzeugen – eine gute Messe kann sie im besten Falle induzieren.*"**
>
> Dr. Werner Marzin, Hauptgeschäftsführer der Münchener Messe- und Ausstellungsgesellschaft und Sprecher der Unternehmensgruppe Messe München International

Da ist wohl die Frage angebracht, was diese Unterscheidung zwischen „angebotsorientierten General-Interest-Messen" und „nachfrageorientierten Special-Interest-Messen" alles bedeuten sollte? Ist es der Versuch einer Wertung von Effektivität der einen, oder der anderen Art von Marktveranstaltungen? Oder soll einfach die traditionelle Klassifizierung „Mehrbranchenveranstaltungen" und „spezialisierte Fachmessen" im Sinne der hochgesteckten Messephilosophie neu formuliert werden? Und was bedeuten „angebots-" und „nachfrageorientiert"?

Es gibt keinen Markt ohne Ware, die zum Tausch oder Verkauf angeboten wird. So ist auch der Kern jeder Marktveranstaltung ein möglichst vollständiges Angebot von Waren, Know-how und Informationen. Daß dieses Angebot „nachfrageorientiert" sein muß, ist eine marktwirtschaftliche und messepolitische Selbstverständlichkeit. Ohne vollständiges Angebot kommt kein internationaler Besuch (Nachfrage) zustande.

Dies sind die zwei gleichbedeutenden Grundfaktoren einer Messe, die sich gegenseitig aufwerten. Nicht zu unterschätzen ist selbstverständlich auch die Frage der Finanzierung der Vorbereitung und Durchführung einer Marktveranstaltung. Abgesehen von wenigen Massenpublikumsveranstaltungen ist diese Last weitgehend von der Angebotsseite zu tragen. Noch deutlicher wird die Antwort, wenn sie im Zusammenhang mit der Handlungsweise des unmittelbaren Teilnehmers am Marktgeschehen formuliert wird.

Was würde geschehen, wenn die Herstellungspolitik eines Unternehmers nicht nachfrageorientiert, nachfragefördernd, ja sogar nachfrageweckend wäre? Er würde bald auf seinen Produkten sitzenbleiben. Die wirtschaftliche Stärke der Bundesrepublik Deutschland ist mit Sicherheit auf die Summe gesunder Unternehmen zurückzuführen, die es zweifelsohne sehr gut verstehen, ihre Produkte zu verkaufen. Wieso versucht man dann zu unterstellen, daß die Marktveranstaltungen einer so erfolgreichen Unternehmerschaft wie der bundesdeutschen nicht nachfrageorientiert seien? Und da liegt der Hase: Man möchte offensichtlich die eigene Messephilosophie als messepolitische Zukunft der Bundesrepublik Deutschland empfehlen.

Man gewinnt den Eindruck, als wären intensive und kontinuierliche Marktanalysen der Herstellerfirmen, Erfahrungen und Übersichten von Wirtschaftsverbänden des Handels und der Verbraucherorganisationen – was ja alles in der Summe in die Konzeption der jeweiligen Marktveranstaltung einfließt – gar nichts im Vergleich mit dem Erfindungsgeist einzelner Messephilosophen. Wann wird es denn einleuchten, daß ohne die Wirtschaft im Messewesen überhaupt nichts läuft?

Messeveranstalter können bei aller Klugheit keine Nachfrage erzeugen – eine gute Messe kann sie im besten Falle induzieren. Und in dieser Bescheidenheit leistet ein Messeveranstalter einen viel größeren Dienst als mit allen zukunftsbeschwörenden Extratouren.

Neues Profil für Peiner AG

Drastische Einschnitte bei der Salzgitter-Tochter

dos. Peine

Die Peiner Maschinen- und Schraubenwerke AG, ein Unternehmen des bundeseigenen Salzgitter-Konzerns, steht vor einschneidenden Veränderungen. Salzgitter-Vorstandsmitglied Hansgeorg Schmitz-Eckert bestätigte Meldungen, wonach für die seit Jahren mit hohen Verlusten arbeitende Peiner AG verschiedene Modelle erarbeitet wurden, um die im Konzernbereich Weiterverarbeitung angesiedelte Tochter aus den roten Zahlen zu bringen.

Die Überlegungen reichen offenbar von der Auflösung der Gesellschaft über die weitere Ausgliederung von Produktionsbereichen bis hin zur Aufrechterhaltung eines Restprogramms. Schmitz-Eckert versicherte, daß im Konzern-Vorstand bisher noch keine Entscheidung getroffen sei.

Die Peiner AG beschäftigt derzeit noch gut 1000 Mitarbeiter, nachdem im vergangenen Jahr eine Reduzierung der Belegschaft um 300 Personen beschlossen wurde. Damit verbunden war die Aufgabe des Bereichs Bautechnik (Baukrane und schwerer Schalungsgerüstbau). Während die Sparte Umformtechnik ordentliche Ergebnisse erwirtschaftet, bereitet die Fördertechnik weiterhin Sorgen. Schmitz-Eckert rechnet für das laufende Geschäftsjahr (30. 9.) erneut mit einem Betriebsverlust von deutlich über 15 Mill. DM.

Konzernchef Ernst Pieper hatte bereits 1983 darauf verwiesen, daß „unternehmensübergreifende Lösungen" wirksam würden, wenn die Peiner AG bis 1986 nicht im Ausgang die Verlustzone verlassen würde. Noch im März dieses Jahres indes fand Pieper durchaus moderate Worte, als er von steigenden Aufträgen der Peiner AG in den Bereichen Hafentechnik, Turmbau und Montagetechnik berichtete.

Herlitz: Für 1986 wieder Dividende

tb. Berlin

Die Aktionäre der Herlitz AG, Berlin, können für 1986 wieder mit einer Dividende rechnen. Das kündigte der Vorstandsvorsitzende des führenden Herstellers von Lernmitteln und Bürobedarf, Günter Herlitz, gestern auf der Hauptversammlung in Berlin an. Mit der Entwicklung im laufenden Jahr ist man zufrieden.

Im ersten Halbjahr konnte das Unternehmen nach den weiteren Angaben von Günter Herlitz das Betriebsergebnis um 8 Mill. DM gegenüber dem Vorjahr verbessern. Maßgebend sei jedoch vor allem das zweite Halbjahr mit den drei Saisonspitzen Schulanfang, Weihnachtszeit sowie Jahreswechsel.

Nach dem Ertragseinbruch im vergangenen Jahr, der vor allem durch die US-Tochter und den Versuch eines großen europäischen Konzerns, mit aggressiven Preisen auf dem angestammten Herlitz-Markt Fuß zu fassen, verursacht wurde, werde das Unternehmen seinen Höhenflug fortsetzen. Für 1985 erhalten die Aktionäre keine Ausschüttung, weil das Unternehmen insgesamt 20 Mill. DM Verlust – je zur Hälfte in den USA und der Bundesrepublik – gemacht hatte. Für 1984 waren 7 DM auf die Stamm- und 7,80 DM auf die Vorzugsaktie gezahlt worden.

ARAG machte mehr Gewinn

dpa/VWD. Düsseldorf

Die mit 2,8 Millionen Kunden zu den größten ihrer Branche zählende ARAG Allgemeine Rechtsschutz-Versicherungs-AG, Düsseldorf, hat ihre Beitragseinnahmen 1985 um 4,7 Prozent auf 599 Mill. DM steigern können, während die Aufwendungen bei jährlich etwa 700 000 neuen Schadenfällen um 2,2 Prozent auf 365 Mill. DM anstiegen.

Der neben dem deutschen auch auf dem griechischen Markt tätige Versicherer hat nach den Angaben im Geschäftsbericht 53,3 (1984: 38,4) Mill. DM Gewinn im versicherungstechnischen Geschäft erwirtschaftet und seine Kapitalanlagen auf 1038 (933) Mill. DM erhöht.

Aus dem Jahresüberschuß von 50,5 (39,3) Mill. DM gingen 35,4 (26,8) Mill. DM in die Rücklagen. 10,6 (9,5) Mill. DM wurden als Dividende ausgeschüttet.

Am Grundkapital der ARAG von inzwischen 100 Mill. DM sind die AFI Verwaltungs-GmbH und die Fida Gesellschaft für Vermögensverwaltung und für Vermittlung mbH, beide Düsseldorf, mit jeweils über 25 Prozent beteiligt. Die ARAG, die in der Bundesrepublik rund 4500 Mitarbeiter beschäftigt, rechnet mit einem noch schärfer werdenden Wettbewerb auf dem Rechtsschutzmarkt.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Herzig.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanns Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Telefon (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 52 813, Anzeigen: Telefon (0 89) 8 50 60 38 / 3, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1983

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

Glattstellungen bei den Aktien

Aber nach wie vor Auslandsinteresse für Spezialwerte

DW. – Nach vorbörslich noch fester Tendenz führten im Verlaufe der Mittwochbörse Gewinnmitnahmen am Aktienmarkt zu verbreitet rückläufigen Notierungen. Da sich bei schwächeren Kursen die Anlagebereitschaft sofort erhöhte, hielten sich die Tageseinbußen jedoch überall in bescheidenen Grenzen. In Börsenkreisen wurde deshalb nur von einer überfälligen Konsolidierungspause gesprochen, die besonders nach den hohen Umsätzen an der Dienstagbörse, an denen auch die Börsenkulisse beteiligt war, erwartet werden mußte.

Der AEG-Kurs zog entgegen der Allgemeintendenz weiter an. Die Aktivitäten der „Mutter" Daimler außerhalb des Automobilbereiches kommen der AEG-Aktie zugute. Siemens-Aktien gaben wegen Glattstellungen deutlich nach. Trotz der wieder in Gang gekommenen Zinssenkung verloren auch Bankaktien an Boden. In der Großchemie gab es Abschläge von 2 bis 4 DM, schärfer rückläufig dagegen Schering um rund 10 DM. Unter Abgabedruck lagen auch Auto-Aktien. Gegenüber Maschinenbauwerten wurde nach wie vor mit Zurückhaltung operiert. Ausländer trauen sich an diese Papiere – von Linde abgesehen – kaum heran. Nicht zuletzt wegen des Schocks, den sie durch den Kursverfall beim Mannesmann erlitten haben. Bei Puma hielt die Ernüchterung an. Der Kurs ist nunmehr deutlich unter die Marke von 1000 DM gesunken.

Frankfurt: Boss waren um 100 DM und SEL um 30 DM weiter erholt. Asko lagen um 40 DM und Escada um 50 DM niedriger. Puma verloren 115 DM. Dywidag gewannen 6 DM und Pfaff 6,50 DM.

Düsseldorf: Alexander erhöhten um 3 DM, Keramag um 2,50 DM und Kochs Adler um 9 DM. Schiess lagen um 4,80 DM und Sinn um 10 DM fester. Nachgegeben haben Stöhr um 3 DM und Terrex Rumpus um 3,80 DM.

Hamburg: Beiersdorf gaben um 2 DM und Phoenix Gummi um 3,50 DM nach. Hapag Lloyd waren mit plus 0,30 DM gut behauptet. Holsten stockten um 4 DM und Bavaria Brauerei um 3 DM auf.

Berlin: Berliner Elektro verbesserten sich um 4,50 DM, Berliner Kindl um 4 DM und Bergmann und Springer um je 2 DM. Kempinski schwächten sich um 10 DM und Berthold um 9,50 DM ab.

München: Aigner verminderten um 2 DM, Escada um 109 DM und Otto Stumpf gaben um 15 DM nach. Tucher verloren 2 DM. Agrob St. lagen um 3,50 DM fester. Dywidag stockten um 11 DM und Wanderer um 20 DM auf.

Stuttgart: Daimler und Porsche festigten sich je um 8 DM. Die Börsenneulinge Oberland Glas gewannen 2,70 DM und Traub erhöhten um 4 DM. Boss konnten sich um 55 DM verbessern. Hohner gaben um 6 DM nach.

Nachbörse: schwächer

WELT-Aktienindex: 283,14 (284,11)
WELT-Umsatzindex: 4888 (6280)
Advance-decline-Zahl: 94 (136)
38-Tage-Linie: 260,63 (260,36)
200-Tage-Linie: 274,28 (274,07)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München | Aktien-Umsätze

Inland

Freiverkehr

Ungeregelter Freiverkehr

Umnotierte Werte

Ausland in DM

Ausland

Amsterdam

Brüssel

Hongkong

Kopenhagen

London

Luxemburg

Madrid

Mailand

New York

Johannesburg

Stockholm

Singapur

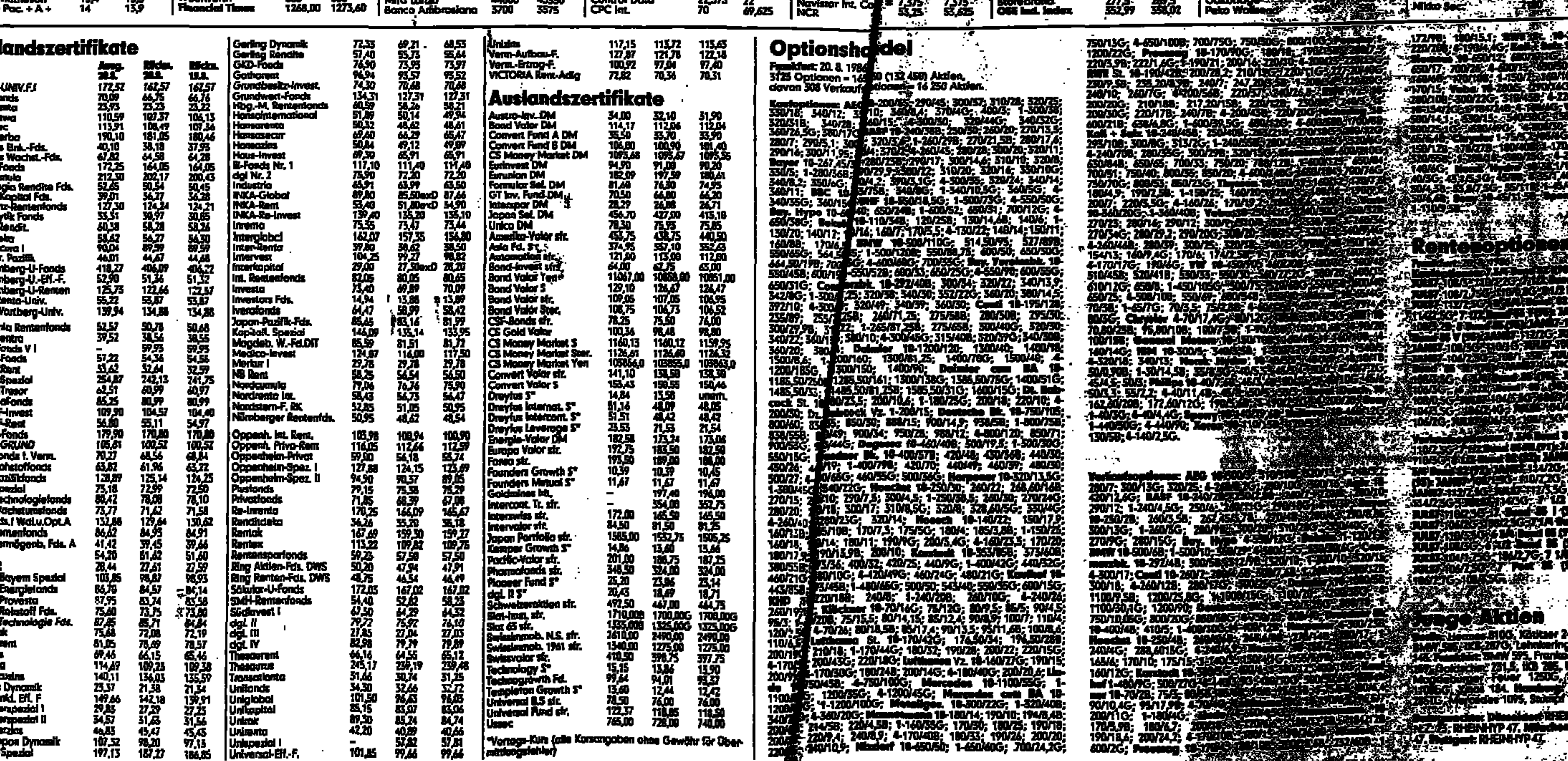
Tokio

Oslo

Wien

Toronto

Zürich



Inlandszertifikate

Auslandszertifikate

Optionshandel

Devisenmärkte

Devisen und Sorten

هكذا من الأصل

Die Ausländer kaufen [w]ieder

Da sich im Ausland offenbar die Ansicht durchsetzt, daß der d[…] Zins, gestützt auf eine erwartete Diskontsenkung im September, weiter ermäßi[…]rd, wurden bei den öffentlichen Anleihen und öffentlich-rechtlichen Pfandbriefe[…]äufe wiederaufgenommen. Die sechsprozentige Bundesanleihe mit 30jährige[…]eit wurde um mehr als einen Prozentpunkt heraufgesetzt. Die längerlaufend[…]issionen zogen um einen halben Punkt an. Am Pfandbriefmarkt konzentrier[…] das Interesse auf Emissionen mit Laufzeiten zwischen 5 und 10 Jahren.

Bundesanleihen

Bundespost

Bundesbahn

Industrieanleihen

Länder – Städte

Sonderinstitute

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

	20.8.	19.8.
8 Abr. Entwickl. 79/87	101,25G	101,25G
10 dgl. 82/89	110	109,5G
8 dgl. 84/91	106	106
9 Air Canada 82/92	112	112T
7½ dgl. 85/93	106,25G	106,25
9½ Akzo 82/89	106,1G	106,1G
7½ Allied Chem. 84/94	104,75G	104,75
8¾ AMCA Ltd. 83/91	105	105T
8¾ A.N.A.S. 83/88	105,75	105,75T

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Anmerkung: *Zinsen steuerfrei, PF = Pfandbrief, KO = Kommunalobligation, KS = Kommunalschatzanweisung, IS = Inhaberschuldverschreibung, RS = Rentenschuldverschreibung, S = Schuldverschreibung. Kurse ohne Gewähr. B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Warenpreise – Termine

Gegenläufig schlossen am Dienstag die Edelmetallnotierungen an der New Yorker Comex. Während Gold schwächer lag, behauptete sich Silber. Fester ging Kupfer aus dem Markt. Vereinzelt höher notierte Kaffee, Abschläge bei Kakao.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	19.8.	18.8.
Sept.	253,75-253,50	258,50-258,00
Dez.	256,00-256,50	260,00-260,25
März	255,00	257,75

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif.

St.L. 1 CW	192,98	193,63
Am. Durum	190,76	191,41

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)

Okt.	95,00	94,80

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk

19.8.	18.8.
30,00	30,00

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk

17,75	17,50

SOJAÖL Chicago (c/lb)

Aug.	13,96-14,00	14,23
Sept.	14,05-14,03	14,29-14,27
Okt.	14,16-14,15	14,41-14,42

Genußmittel

Wolle, Fasern, Kautschuk

NE-Metalle

Londoner Metallbörse

Messingnotierungen

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Internationale Edelmetalle

Energie-Terminkontrakte

Erläuterung – Rohstoffpreise

Westd. Metallnotierungen

New Yorker Metallbörse

Kartoffeln

Baumwolle

Zinn-Preis Penang

Devisenterminmarkt

Nachgebende Dollar-Zinssätze sorgten am 20.8. für geschrumpfte Deports.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,36-0,26	0,90-0,80	1,62-1,42
Pfund/Dollar	0,49-0,47	1,29-1,26	2,46-2,41
Pfund/DM	2,10-0,70	4,60-3,20	7,90-6,50
FF/DM	-15-+1	31-15	51-35

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 20.8.: Tagesgeld 4,40-4,50 Prozent, Monatsgeld 4,50-4,60 Prozent; Dreimonatsgeld 4,50-4,65 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,60 Prozent, 6 Mon. 4,65 Prozent.
Privatdiskontsätze am 20.8.: 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 20.8.: 3,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 20.8.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	6-6¼	4⅜-4½	4¼-4½
3 Monate	5⅞-6⅛	4¼-4½	4¼-4½
6 Monate	5⅞-6⅛	4⅜-4½	4¼-4½
12 Monate	6-6¼	4⅜-4½	4¼-4½

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 20.8. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 17,00; Verkauf 20,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 16,25; Verkauf 19,25 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 20.8. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*

	Ankauf	Verkauf
20 $-Dollar (Kopf)	960,00	1276,80
5 $-Dollar (Indian)**	600,00	o. Ware
5 $-Dollar (Liberty)**	365,00	497,55
1 Sovereign alt	187,50	236,55
1 Sovereign Elizabeth II.	178,75	226,58
20 belgische Franken	139,25	184,97
10 Rubel Tscherwonez	185,75	236,84
2 südafrikanische Rand	171,75	217,46
Krüger Rand, neu	756,25	904,31

Außer Kurs gesetzte Münzen

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. August 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/7 (Typ A) 3,50 (3,50) – 4,50 (3,99) – 5,00 (4,31) – 6,00 (4,70) – 7,00 (5,12) – 8,00 (5,53). Ausgabe 1986/8 (Typ B) 3,50 (3,50) – 4,50 (4,00) – 5,00 (4,33) – 6,00 (4,75) – 7,00 (5,19) – 8,00 (5,66) – 8,00 (5,99). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 3,80, 2 Jahre 4,50. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 5,50, Kurs 100,40, Rendite 5,41.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Datum	Kurs 20.8.	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	58,67	6,20
Commerzbank	100,00	22.5.95	60,80	5,84
Commerzbank	100,00	4.8.00	43,75	6,12
Deutsche Bk. $	287,00	25.1.95	140,50	8,87
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	112,63	5,20
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	82,20	5,20
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	57,89	6,30
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	15.8.96	54,75	6,21
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	59,70	6,05
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	41,98	6,50
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	59,20	6,15
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	29,79	6,63
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	29,68	6,53
Hess. Ldbk. 255	100,00	4.4.06	28,26	6,65
Hess. Ldbk. 256	100,00	5.4.16	15,91	6,40
SGZ-Bank 60	100,00	12.6.95	58,63	6,25
WestLB 600	100,00	2.5.95	59,75	6,10
WestLB 603	100,00	1.6.01	39,10	6,56
WestLB 606	100,00	1.8.06	27,55	6,68
WestLB 500	126,86	16.2.89	115,95	4,41
WestLB 501	137,01	16.2.90	116,35	4,80
WestLB 503	115,76	3.10.88	106,05	4,25
WestLB 504	141,85	1.10.91	107,85	5,15
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	109,75	6,39
Österreich	294,12	24.5.00	111,50	6,91
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	147,80	11,12
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	148,20	10,70
Prud Realty	$ 100	15.1.99	69,40	11,34
Emittenten (Dollar)				
DuPont Overs	100,00	11.2.90	77,375	7,64
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	65,75	7,97
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	58,75	10,19
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	64,125	8,44
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	63,50	8,54
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.93	60,75	7,95
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	52,425	8,96
Penney (A+)	100,00	17.2.94	52,00	9,11
Sears (AA)	100,00	27.3.94	52,50	8,65
Philip Morris/A	100,00	8.4.94	52,50	8,60
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	50,75	8,26

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.%(Vortag)		Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,65	(4,65)	100,4	101,2	102,2	103,1	104,1	105,0
2	4,75	(4,80)	100,5	102,2	104,0	105,9	107,8	109,6
3	5,05	(5,07)	99,85	102,5	105,0	107,8	110,5	113,2
4	5,30	(5,30)	98,60	102,1	105,6	109,2	112,7	116,2
5	5,53	(5,56)	97,30	101,6	105,9	110,1	114,4	118,6
6	5,73	(5,75)	95,90	101,4	105,8	110,6	115,7	120,6
7	5,98	(6,00)	94,00	100,1	105,1	110,7	116,3	121,9
8	6,29	(6,30)	91,50	98,20	105,5	109,9	116,0	122,1
9	6,45	(6,50)	89,70	96,35	103,0	109,7	116,3	122,9
10	6,50	(6,52)	88,55	95,70	102,9	110,0	117,2	124,4
15	6,82	(6,85)	82,40	91,60	101,7	109,9	119,1	128,2

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 113,678 (113,602)
Performance-Rentenindex: 247,274 (247,122)

Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	19. Aug.	6,25-6,315
Commercial Paper (Direktplazierung)	30–59 Tage	6,05
	60–270 Tage	5,75
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	6,10
	60 Tage	6,05
	90 Tage	6,00
Certificates of Deposit	1 Monat	5,85
	2 Monate	5,85
	3 Monate	5,85
	6 Monate	5,85
	12 Monate	5,85
US-Schatzwechsel	13 Wochen	5,55
	26 Wochen	5,56
US-Staatsanleihe	10 Jahre	6,98
	30 Jahre	7,17
US-Diskontsatz		6,00
US-Primerate		8,00
Geldmenge M1	4. Aug.	676,6 Mrd. $ (+2,7 Mrd. $)
NYSE-Aktienindex (New York)		
Sept.	142,10	143,20
Dez.	142,85	144,15

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

Lux. Franc Bonds

Rechnungs-Einheiten

RE 9 DM 2,52852

ECU

Euro-Yen

ECU-Tageswerte

SZR-Wert

Wie sieht uns Amerika? Komplimente und Kritik

New Yorker aus der Pfalz

Zweimal in diesem Jahrhundert haben Unkenntnis und Fehleinschätzung amerikanischer Politik durch die Verantwortlichen in Berlin zur Niederlage des Deutschen Reiches in den Weltkriegen entscheidend beigetragen. Hieraus gelernt zu haben, gehört seit 1949 zum Anspruch formulierter und praktizierter Außenpolitik (west-)deutscher Staatlichkeit. Doch trotz der engen Verklammerung der Bundesrepublik Deutschland mit der nordamerikanischen Supermacht seit nunmehr fast 40 Jahren ist es nicht immer leicht, verläßliche Aussagen über das Deutschlandbild in den USA zu machen. Denn darüber existiert in den USA nichts, „was sich mit dem Stel-



lenwert der Vereinigten Staaten für die politische Selbsteinschätzung von Gruppen und Individuen in der Bundesrepublik vergleichen läßt, nichts, was im ökonomischen und im kulturellen Bereich ähnlich intensiven Diskussionswert besitzt", schreibt der amerikanische Professor Frank Trommler in dem von ihm herausgegebenen Band „Amerika und die Deutschen. Bestandsaufnahme einer 300jährigen Geschichte".

Umso notwendiger erscheinen da wohl Publikationen wie diese 700seitige Aufsatzsammlung, in der in 47 Beiträgen hauptsächlich amerikanischer Wissenschaftler und Publizisten ein kritisches Panorama deutscher Einwanderung, ethnischer Gruppen, Literatur in den Vereinigten Staaten sowie der politischen Beziehungen zwischen Deutschland und den USA im 20. Jahrhundert versucht wird. Der Band faßt die Ergebnisse einer Konferenz in Philadelphia zum 300. Jahrestag (1983) deutscher Einwanderung nach Nordamerika zusammen. Teilnehmer wie Steven Muller, Kathleen Conzen, Fritz Stern, Arnold Offner, Kurt Sontheim oder Theo Sommer stecken die Themen und Interpretationen ab.

Natürlich werden bei einem Jubiläum auch Komplimente verteilt: Die Deutschamerikaner (1980 gaben 49,2 von 226 Millionen Amerikanern an, unter anderem deutsche Vorfahren zu haben) werden als ethnische Gruppe gekennzeichnet, die erheblich zur Modernisierung und technisch-innovativen Spitzenstellung der USA beigetragen hat – und sich dennoch 1914 einer elementaren Feindseligkeit durch die tonangebenden pro-britischen Kräfte ausgeliefert sah. Christine Totten schildert einprägsam, wie das ursprünglich unproblematisch deutsch-amerikanische Verhältnis nach der Reichsgründung 1871 (im Zusammenhang mit der Blockade der Pariser „Commune" taucht zum erstenmal der später wieder gebrauchte Beiname „Hunnen" für die Deutschen auf) erst unmerklich, nach der Jahrhundertwende aber, genährt auch durch handelspolitische Rivalitäten, sehr rasch ins Negative umschlägt.

Mit der immer noch herumgeisternden Legende, die deutsche Sprache hätte in den USA die Chance gehabt, zur Landessprache zu werden – was durch einen „tumben" Deutschen verhindert worden sei – wird hier aufgeräumt. Auch mit der Vorstellung des Deutschamerikaners schlechthin: Den, so Don Yoder, gibt es nicht, nur den Texas-, Wisconsin- oder Missouri-Deutschen oder New Yorker Pfälzer.

Die für deutsche Ohren wenig schmeichelhaften Äußerungen einiger amerikanischer Autoren zur Wiedervereinigung mögen nicht repräsentativ für die Stimmung amerikanischen Hochschullehrer sein, ein Indiz für bestimmte Denkweisen in den USA sind sie sicher. So schreibt der Bostoner Historiker Arnold Offner: „Vielleicht half die Teilung Deutschlands in einer Weise, die man sich damals nicht vorgestellt hat, Europas ‚deutsches Problem' zu lösen, indem sie einen Rahmen schuf, in dem Deutschlands immenser Vorrat an menschlicher Begabung und natürlichen Ressourcen ihrer eigenen wie auch den anderen Gesellschaften zur Blüte verhelfen konnte, ohne das Mächtegleichgewicht auf dem Kontinent oder das Gleichgewicht zwischen den beiden Supermächten zu bedrohen..." HANS KRUMP

Frank Trommler (Hrsg.): Amerika und die Deutschen. Bestandsaufnahme einer 300jährigen Geschichte. Westdeutscher Verlag Opladen, 698 S., 64 Mark



In vielen Filmen läßt sich Max Reinhardts Einfluß feststellen, beispielsweise bei den Massenszenen in Fritz Langs „Metropolis" mit Gustav Fröhlich und Brigitte Helm FOTO: DIE WELT

Ausstellung im Schloß Arenberg: Max Reinhardts Schauspieler und der Film

Die Lichtreg: bringt's an den Tag

Ein Thema, das auf den ersten Blick recht gesucht wirkt, hat sich die Max-Reinhardt-Forschungsstätte im Schloß Arenberg bei Salzburg in diesem Jahr ausgewählt. „Die Reinhardt-Schauspieler machen Filmgeschichte" geht der Frage nach, wie nahe Max Reinhardt und der Film sich gekommen sind. Man weiß, daß der berühmte Theaterregisseur noch vor dem Ersten Weltkrieg mehrere Filme gedreht hat, zum Beispiel „Die Insel der Seligen" (1913), „Das Mirakel" (1914), „Eine venezianische Nacht" (1914), von denen allerdings keine Kopien erhalten sind. Anschauen kann man nur noch den „Midsummer Night's Dream", einen Tonfilm, den Reinhardt 1935 zusammen mit Wilhelm Dieterle in Hollywood inszenierte.

Aber aus zeitgenössischen Kritiken ist zu ersehen, daß Reinhardt mit seinen Stummfilmen keinen Erfolg hatte. Ihm gelang nicht die Umsetzung seiner Theaterinszenierungen, denn um die handelte es sich, in das Medium des stummen Films. Aber daran ist 1920 selbst ein Ernst Lubitsch gescheitert, der die Reinhardt-Pantomi- „Sumurun" verfilmte, ebenfalls o Fortune.

gegen läßt sich der Einfluß, den Rardt auf den Stummfilm ausüb teich belegen. Dabei wirkte das Beal seiner Bühneninszenierungensbesondere seiner Lichtregie naweshalb die Salzburger Reinharhes sogar beim „Kabinett des Dr. ligari" vermuten). Reinhardt beeaßte darüber hinaus viele Regiss, die seinen Inszenierungsstil – beßt oder unbewußt – in ihren Filmken kopierten. So tragen die Masszenen in Fitz Langs berühmtem mmfilm „Metropolis" aus dem re 1926 deutlich Reinhardts Handrift.

Vor m aber waren es die Schauspielers Reinhardt-Ensembles, die den frin deutschen Film prägten. Ernst Litsch und Wilhelm Dieterle gehörtelazu sowie Elisabeth Bergner, Er Jannings, Conrad Veidt, Paul Le Werner Krauss und viele andere. e meterlange Wand zeigt sie mit orgsam ausgearbeiteten Kurzbioghien. Die Nennung der Mimen, dbei der Ufa große Rollen spielten, weist einerseits, wie sehr Reinhardt auch dann noch den deutschen Film prägte, als er schon längst im amerikanischen Exil lebte. Freilich ist es andererseits eine bedrückende Schau, weil nur wenige noch am Leben sind, wie Paula Wessely oder, überraschend in diesem Kreis, Karl Malden.

Kann ein Besucher mehr Zeit erübrigen, so hat er die Gelegenheit, alte Filme anzuschauen. Für Freunde von Seltenheitswerten hat man außerdem frühe Filmaufnahmeapparate aufgestellt, die nach detektivischer Suche aus dem Bestand eines Wiener Sammlers ans Licht gebracht wurden. Auch der erste Darsteller-Oscar der Filmgeschichte, den Emil Jannings eroberte, ist goldglänzend im Original zu besichtigen.

Der unpassende Protest Gottfried Reinhardts gegen den Ausstellungsbesuch des österreichischen Bundespräsidenten hat Schloß Arenberg gratis ein unerwartetes Echo und einen größeren Besuch beschert, allerdings die Salzburger Polizei bei der Eröffnung auch ein wenig außer Atem gebracht. (bis 31. Aug.)

ERIK G. WICKENBURG

Computer bringen Ordnung in Europas Kunst

Apoll aus der Software

Die moderne Elektronik macht es möglich. Ab sofort können alle bekannten Daten aus einem wichtigen Gebiet der abendländischen Kunst gespeichert werden. Bereits 1946 planten Mitarbeiter des Warburg-Institutes in London, alle in der Renaissance aufgefundenen, beschriebenen und in Dokumenten erwähnten antiken Kunstwerke und Monumente in einer Superkartei festzuhalten – aber damals, ohne die elektronischen Helfer, kam das einer Sisyphus-Arbeit gleich.

Die Computer-Zeit überholte nun die Idee von einem Zettelkasten. Seit etwa drei Jahren wird das ehrgeizige Projekt an zwei Orten gleichzeitig verwirklicht. Im Warburg-Institut der Londoner Universität und in der Bibliotheca Hertziana, das dem Max-Planck-Institut angeschlossene Deutsche Kunsthistorische Institut in Rom, werden die riesigen Büchereien von einem Stab von Assistenten ausgewertet und die erschlossenen Daten und Fakten in einem Computer gespeichert. Auf Tastendruck erscheinen die Informationen auf dem Bildschirm und können auch ausgedruckt werden. Parallel sind auf einem zweiten Bildschirm Zeichnungen, Abbildungen und Fotos – bis zu zehn Stück – aus einer Videothek zu sehen.

Wird damit ein alter Traum der Kunsthistoriker wahr oder stimmt die Kritik aus einigen Lagern, nach der „der Computer sich nur um so genauer irre"? Der Leiter des Census-Projekts bei der Hertziana in Rom, der Kunsthistoriker Arnold Nesselrath, ist vom Nutzen und der Präzision dieses Census überzeugt. „Auch Bücher können sich irren", sagte er. „Aber gedruckte Irrtümer halten sich länger. In Büchern können Fehler nicht sofort korrigiert werden. Man muß sie neu auflegen oder neue Bücher schreiben. In unserem Computer können Details leicht geändert werden, und das geschieht auch. Wir korrigieren ständig Daten im bereits eingespeicherten Material." Nesselrath gibt zu, daß das Interesse an diesen Neuerungen in Deutschland nicht besonders groß ist. In anderen Ländern ist man da weiter, meint er.

In der Tat kam das Geld für die Entwicklung des Projekts bisher von der Getty Foundation in Kalifornien. Die zahlt allerdings nur noch bis Oktober dieses Jahres – dann hat das ambitionierte Unternehmen keine finanzielle Deckung mehr. Eine große deutsche Firma als künftiger Sponsor wäre darum unerläßlich.

Geplant ist, rund 10 000 antike Kunstwerke und Monumente und 40 000 Dokumente einzuspeichern. Das wird noch vier Jahre dauern. Grundlage der Arbeit sind die mehr als 120 000 Bände in Rom und über 150 000 in London. Aus Zeichnungen, Beschreibungen, Büchern, Akten, Verträgen, Urkunden und Zitaten des 15. und des 16. Jahrhunderts stammt bis heute fast das gesamte Wissen über Kunstwerke und Monumente des Altertums – als Folge der Wiederentdeckung der Antike im Rinascimento.

Vor allem, um die Thematik in den Griff zu bekommen, hat man das Programm eng umgrenzt. Man will festhalten, welche antiken Monumente, Bauten und Skulpturen in der Renaissance bekannt waren. Mehr als 5000 von insgesamt 50 000 geplanten Eintragungen sitzen bereits im Gedächtnis des Computers.

Ein Beispiel für die Nutzung: wenn das Stichwort „Apoll von Belvedere" abgerufen wird, erscheinen nacheinander alle eingespeicherten Daten, Namen und Fakten, aus denen ersichtlich wird, wann, wo und wie diese Skulptur erwähnt wurde. Gleichzeitig werden zehn Blatt mit diesen Informationen ausgedruckt. Herkunft und Geschichte des Kunstwerkes werden ersichtlich; die verschiedenen Namen (so wurde dieser Apoll auch als „Dio Apollo di Lante della Rovere", nach einem Vorbesitzer, benannt), die Restaurierungen, Standorte und heutiger Verbleib.

Die Speicherung erfolgt wegen der zu erwartenden weltweiten Nutzung in englischer Sprache. Doch erscheinen alle Namen und Bezeichnungen auch in originaler Fassung und Sprache, etwa in Italienisch oder Latein. Beim Apoll beispielsweise lautet der Hinweis auf den heutigen Standort: „Apollo del Belvedere, Musei Vaticani, Cortile delle Statue, Città del Vaticano."

Als einer der jüngsten Eintragungen wurde die römische Wölfin, die „Lupa Capitolina" vom Kapitol, eingefüttert. Das Symbol Roms, eine etruskische Skulptur aus dem 6. Jahrhundert v. Chr., hat nicht nur die Antike, das Mittelalter und die Renaissance überstanden. Sie schickt sich nun auch noch an, als Software im Computer-Zeitalter zu überleben.

JÜRGEN VORDEMANN

ZDF und ARD: Die Speisekarte der Gerüchteküche

Wer wechselt wohin?

ZDF-Intendant Dieter **Stolte** entnahm den Abgang seines Sendechefs Helmut **Bendt** der „Bild"-Zeitung. Bendt ging, so meldete der „Rheinische Merkur", für 1,2 Millionen Mark Jahresgage zu SAT 1. Geholt hatte ihn Peter **Gerlach**, ehemaliger Programm-Vize des ZDF, der für 1,6 Millionen zu SAT 1 wechselte. Ihnen folgte der Wetterfrosch der Mainzelmännchen, Elmar **Gunsch**.

Was Stolte auch beunruhigt, sind Zugänge, die sich seinem Einfluß entziehen können. So verschlug es ihm die Sprache, als die Kunde die Runde machte, daß der Washingtoner ARD-Korrespondent Fritz **Pleitgen** 1988 als Chefredakteur zum ZDF kommen soll, wenn die Amtszeit Reinhardt **Appels** zu Ende geht.

Pleitgen hat in der Tat Aussichten, Appels Nachfolge anzutreten. Der Chefredakteurs-Sessel auf dem Lerchenberg zählt zu den SPD-Pfründen. Und die Genossen wollen keinen „sozialdemokratischen Schlaffi" (so ein SPD-Sprecher über Appel) auf diesem Posten, sondern einen Hardliner, dessen Anti-Amerikanismus Freude macht. Der ZDF-Programmdirektor gehört der Union. Der amtierende Alois **Schardt** hat gute Chancen, den Posten zu behaupten; weil er CDU-Mitglied ist und Fortune hat.

Diesem wichtigsten Personalwechsel kommt auch Bedeutung zu, weil Friedrich **Nowottny**, Intendant des WDR, mit Fingerspitzengefühl die widerborstige Redakteursbasis, die mit ihm so ruppig verfahren möchte wie die des SFB mit dem gekippten Lothar **Loewe**, in ruhigere Fahrwasser zu lavieren versteht. Nowottnys Kalkül, ihm nicht gewogene Kameraden in andere Sender zu befördern, ist in einem Falle bereits aufgegangen: Sein Vertreter, Justitiar Günther **Herrmann**, wurde Intendant des SFB – auf Vorschlag des WDR-Programmdirektors **Struwe** (SPD), der damit seiner Partei einen Dienst erwies, denn Herrmann ist für Sozialdemokraten in der Medienpolitik konsensfähig. Herrmann (am 1. September fängt er in Berlin an) ist Apologet des öffentlich-rechtlichen Systems.

Herrmanns erste Aufgabe im SFB wird es sein, die von Loewe freigeschaufelten Plätze des Programmdirektors und des Chefredakteurs zu besetzen. Obschon Herrmann „Paketlösungen ablehnt", halten sich Gerüchte, nach denen WDR-Kulturobmann Hansjürgen **Rosenbauer** als Programmdirektor zum SFB gehen wird. Der Warschauer ARD-Korrespondent Werner **Sonne** sollte Chefredakteur werden, geht aber zum 1. Oktober ins WDR-Studio Bonn zu Ernst-Dieter **Lueg**. Warschau wäre dann für Klaus **Bednarz** (WDR-Monitor) frei – Nowottny wäre dann zwei Probleme los.

Für Pleitgen soll NDR-TV-Chefredakteur Peter **Staisch** nach Washington gehen. Für seine Nachfolge ist Tagesthemen-Moderatorin Ulrike **Wolf** favorisiert; sie gefällt ARD-aktuell-Chef **Gruber** und NDR-Intendant **Räuker** ebenso, wie sie bei den Zuschauern Resonanz findet. Peter **Merseburger**, griesgrämiger Ostberliner ARD-Studioleiter, kommt Mitte 1987 nach Hamburg zurück – für seinen Posten interessiert sich Bednarz, der lieber nach Ost-Berlin als nach Warschau ginge. Merseburgers Ex-Vize in Berlin, Wolfgang **Klein** (die beiden lagen sich tüchtig in den Haaren), wird Leiter der Programmgruppe Ausland beim WDR.

Wolf von **Lojewskis** Vertrag als ARD-Korrespondent in London läuft bis Mitte nächsten Jahres. Ihn möchte Rolf **Seelmann-Eggebert**, Programmchef des NDR, ablösen. Er war zuvor schon in London.

Panorama-Chef Peter **Gatter** (NDR) steht nicht in der Gunst seines Intendanten. Deshalb fördert Räuker das Bemühen, ihn auf den Korrespondenten-Posten nach Singapur zu schicken. Nur: Dann käme Winfried **Scharlau** aus Singapur ins Hamburger Haus. Und über diesen freut sich Räuker auch überhaupt nicht.

Wie auch immer: In der ARD dreht sich das Personal-Karussell, aber keiner wird herausgeschleudert. Die „Kopfjäger" der Neuen Medien interessieren sich auch nicht für ARD-Fernsehfunktionäre. Für SAT 1 oder RTL plus sind eigentlich nur ZDFler interessant, weil sie sich auf Unterhaltung, Kurzweil und zuschauerfreundliche Information konzentriert haben. REGINALD RUDORF

Das sieht das Volk

VIDEO neuheiten

Sehr schnell verändert sich der Geschmack des Video-Publikums – schneller als in der Popmusik oder bei Büchern; das belegen Hitparaden und Anfragen bei Händlern. Abgesehen von Pornos und Gewalt-Schund liegen zur Zeit vorn:

Mishima, gedreht von Paul Schrader („Taxi Driver"), musikalisch veredelt von Philip Glass, mit Ken Ogata in der Titelrolle. Ein aus dokumentarischem Schwarzweiß und nachgestelltem Bunt montierter Film über Japans schillernden Schriftsteller Yukio Mishima, der 1970 Seppuku (Ritual-Selbstmord) beging. Es ist es überraschend, wie es Schrader als „Westler" gelang, alles das einzufangen, was mit diesem Erzpatrioten verbunden ist: die Traumata eines insularen Kulturreiches, das, so meinte der Held, bewahrenden Geist und Modernitätswahn zu vereinen nicht imstande sei. Mishima zerbricht am Anachronismus. Der Film wurde in Cannes preisgekrönt. (Warner Home Video, 116 Min.)

Ein weiterer preisgekrönter, fast Themen-verwandter Film steht oben auf der Hitliste: **Wetherby**, David Hares aufregende Geschichte um einen Selbstmord vor Publikum in Wetherby, einem Städtchen in Yorkshire. Der Suizid allerdings ist die Spitze des sozio-psychologischen Eisbergs. Hare entblößt ein Raster, in dem Vanessa Redgrave, Englands resolute, wandlungsfähige Kino-Individualistin, ihre künstlerischen Trümpfe ausspielen kann – in einem Thriller, der in Hinter- und Untergründen wühlt. (VCL, 102 Min.)

Im Original heißt er einfach „Who?", au eutsch **Der Mann mit der Stahlm ke** von Regisseur Jack Gould. Au die Besetzung – Elliott Gould un revor Howard – bürgt für Qualit Es ist ein Thriller zwischen Os d West, der schon deshalb ung öhnlich ist, weil er das Rätsel ni löst: Wer ist der Mann mit der M ke, der zwar der Wissenschaftler ucas Martino zu sein scheint, aber nicht unbedingt sein muß. M ino war einst Kopf eines brisante Physikprogramms in den USA, h e dann einen entstellenden Unfall im Osten. Mit einer Stahlmaske vor dem Gesicht durfte er in den heimischen Westen zurückzukehren – er? Fragen über Fragen für Elliott Gould, der a FBI-Mann die Identität des Dok s bezweifelt. Doch dann resign t die Stahlmaske – ein Spionagefil , der ohne Zaunklettereien und Ballermänner auskommt; eher etw für Schachspieler unter den Vid sten. (VPS, 75 Min.)

apel, Bandenkriege, ein unappe licher Mord und noch mehr M de, Drogen, Prostitution und m tendrin Annunziata (Angela Moli n und ihre Pensione – Lina Wertm ller, Italiens kämpferische Filme- mit Faible für Verflechtungen n Macht und Eros, hat mit **Camor** nur oberflächlich einen Mafiailm gemacht; man könnte ihn auch inen Frauenfilm nennen, der auf Schocktherapie setzt: Frauen werden zu Mörderinnen, um ihre Kinder vor Rauschgiftdealern zu schützen. Das ist aber bei Wertmüller nicht einfach nur eine böse Mafia-Geschichte aus weiblicher Perspektive. (VMP, 107 Min.) A. SCHMITZ

KRITIK

Fürs Auge

In Naturkunde-Museen war er, in Aquarien und bei Fidschi-Feuerritualen. Er fuhr aufs Meer und überließ hernach einen toten Fisch dem Appetit von Vögeln. Er beobachtete sich im wendigen Auge des Pelikans und im Philosophenblick der Eule, er erkannte Schönheiten in verschüttetem Wasser und ließ in einem Glas einen Topfbaum gedeihen. Bill Viola hat einen Video-Film gemacht, **Tier-Zeichen** (ZDF), der in Tropfstein, Vogelkopf, Bisonrudel, in Feuer und Wasser als Poesie des Auges ohne Sprache auskam.

Was da mit Fliegen auf einem Rinderkadaver anhob und meditativ langsam immer höhere Arten durchwanderte, um in einer blitzenden O gie scheinbar diskursiver Impressi nen zu enden, war der Versuch, ei r Welt auf die Spur zu kommen, de n größter Mythos das Leben überhau t ist. Das war video (ich sehe) wörtl ch genommen. BERNHARD KES EL

Disco-Hampeln

It's hard to be a working class hero", sang einst John Lennon. Doch was ihm gelang, war Choreograph Christopher Bruce nicht vergönnt – Heldentaten besonderer Art auf die Bühne zu bringen. Seine Tanzschöpfung **The Dream Is Over** (ZDF), die Stationen im Leben des Beatle in Körpersprache übersetzen sollte, war nicht so vielseitig wie dessen Musik. Immer wurden nur die Beine kräftig geschwungen, die Oberkörper außerhalb der Achse im Kreis gewirbelt, und immer wieder gab es, man wartete schon recht bald darauf, den wenig ausdrucksstarken Ausfallschritt. Hätten nun die Solisten des Cullberg-Balletts aus Stockholm überzeugt, wäre die mangelnde Phantasie noch zu ertragen gewesen.

Doch leider: wenn die Geschichte Lennons Dynamik verlangte, wurde gehampelt. So erinnerten die Rock'n'Roll-Einlagen eher an Disco, und die Hebungen und Stürze (diese waren wohl gewollt) eher an Flickflack als an modernen Tanz.

MARTINA SCHLINGMANN





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 **Info Arbeit und Beruf**
10.00 **Tagesschau**
Tagesthemen
10.23 **Der Kandidat**
12.00 **Umschau**
12.10 **ZDF-Magazin**
12.55 **Presseschau**
13.00 **Tagesschau**

ARD

14.50 **Klamottenkiste**
15.05 **Unsere kleine Farm**
Auf Wiedersehen, Mrs. Wilder
15.50 **Tagesschau**
16.00 **Ging ich auf und ging ich unter**
Heide-Bilderbogen mit Musik
16.45 **Anna, Ciro & Co.**
Lausbubengeschichten aus Italien
17.10 **Kein Tag wie jeder andere**
Roberts und Ragnas Reise
Film von und mit Hans-Georg Ullrich und Detlef Gumm
17.30 **Jimmy und das furchtsame Gespenst**
Bildergeschichte
17.45 **Tagesschau**
17.55 **Regionalprogramme**
20.00 **Tagesschau**
20.15 **Pro und Contra**
Verkraften wir noch mehr Asylbewerber?
Leitung: Ernst Elitz
21.00 **Der 7. Sinn**
21.03 **Mensch Meier**
Spiele und Musik
Mit Alfred Biolek
22.30 **Tagesthemen**
23.00 **Lisa und Tshepo**
Eine Liebesgeschichte
Von Erika Runge
Lisa hat sich in den Schwarzafrikaner Tshepo verliebt, der als Asylant in der Bundesrepublik lebt. Seinen Traum, Arzt zu werden, kann Tshepo nicht realisieren; man weist ihm einen Ausbildungsplatz als Karosserieschlosser zu.
0.30 **Tagesschau**
0.35 **Nachtgedanken**

ZDF

15.00 **heute**
15.03 **Kiwi – Abenteuer in Neuseeland**
Das Geister-Kanu
15.30 **Ferienkalender**
16.05 **Der Stein des Marco Polo**
16.30 **Enid Blyton: Fünf Freunde**
Unterwegs mit Pferd und Wagen, stoßen die Freunde auf einen Wanderzirkus, dessen Mitglieder Dan und Lon Geheimnisse haben.
17.00 **heute / Aus den Ländern**
17.15 **Tele-Illustrierte**
17.45 **Der rosarote Panther**
Anschl.: heute-Schlagzeilen
18.20 **Königlich Bayerisches Amtsgericht**
Die Identität
19.00 **heute**
19.30 **Circus**
Freddy Quinn präsentiert Magier, Tiere und Artisten
Mit David Larible, Klein Helmut (Clowns); Tagora (Feuerschlucker); Silver Stars (Hochseil); Kröplin Sisters (Hunderevue); Alois Spindler (Pferdedressur); Dieter Cappus (Raubtiere)
21.00 **Überall Lärm – nirgendwo Stille**
Aus der Reihe „Kontakte"
Von Walter Harrich und Wolf-Rüdiger Schmitt
21.45 **heute-journal**
22.10 **Die große Flut**
Asyl – der Streit um ein Grundrecht
22.55 **Schwimm-WM**
Aufzeichnung aus Madrid
23.50 **heute**

III.

WEST
18.30 **Die Sendung mit der Maus**
19.00 **Aktuelle Stunde**
20.00 **Tagesschau**
20.15 **Der Unsichtbare trifft Abbott und Costello**
Amerikanischer Spielfilm (1951)
Regie: Charles Lamont
21.55 **Clowns und Kabuki**
22.20 **Reisewege zur Kunst**
Spanien: durch die Estremadura
23.05 **Nachrichten**

NORD
18.00 **Die Sendung mit der Maus**
18.30 **Roms Mann in London**
Kardinal Basil Hume, Erzbischof von Westminster
19.00 **Schulorchester stellen sich vor**
19.15 **Mit allen Wassern gewaschen**
Das Bläßhuhn
Film von Claus Bering
19.45 **Die Felsakrobaten von Ein Gedi**
Der Zoologe Len Aronson über die nubischen Steinböcke, die auf Felshängen am Toten Meer leben.
20.00 **Tagesschau**
20.15 **Abenteuer im Gelben Meer**
Amerikanischer Spielfilm (1936)
Mit Clark Gable, Jean Harlow
Regie: Tay Garnett
21.40 **Der Mann, der B. Traven war**
Der Film verfolgt seine Spur zurück bis zu seinem Geburtsort.
22.40 **Frauen**
Film von Maria Heiderscheidt
23.25 **Sydney an der Wupper**
Film von Bettina Woernle
0.10 **Nachrichten**

HESSEN
18.30 **Die Sendung mit der Maus**
18.32 **Fame**
19.20 **Hessenschau**
Ab 20 Uhr wie NORD

SÜDWEST
16.00 **Die Welt dreht sich verkehrt**
Österr. Spielfilm (1946)
18.00 **Die Sendung mit der Maus**
18.30 **Schwarzes Theater**
18.33 **Mad Movies**
18.58 **Schlagzeilen**
19.00 **Abendschau**
19.26 **Sandmännchen**
19.30 **Die schwarze Perle**
Amerikanischer Spielfilm (1953)
21.00 **9 aktuell/Neues um Neun**
21.45 **Sport unter der Lupe**
22.30 **Ein Abend im Blauen Salon**
23.20 **Schach-WM '86**

BAYERN
18.15 **Hauptsache Beruf**
18.45 **Rundschau**
19.00 **Geborgtes Glück**
Amerikanischer Spielfilm (1951)
20.25 **Flash Gordon**
20.40 **Z. E. N.**
Schloßpark von Weikersheim
20.45 **Roms Mann in London**
21.15 **Ich tanze, Gott, für Dich**
21.30 **Rundschau**
21.45 **Sperrfrist**
Programm nach Ansage
22.30 **Der Sport-Stammtisch**
23.15 **Rundschau**
23.20 **Die Mörderspinnen**
Amerikanischer Spielfilm (1977)

SAT 1

15.00 **Marco**
Wo ist Pepe?
Anschl.: Secret Squirrel
15.30 **Lassie**
16.00 **Musicbox**
17.00 **Kobra, übernehmen Sie**
Comeback für Richie I
Anschl.: Lionel Hampton
18.00 **Boomer, der Streuner**
2. Teil: Der Stalljunge
Anschließend: Klein Lulu
18.30 **APF-blick**
18.45 **Aufgeblättert**
Magazin für die moderne Frau
Geplant: Interview mit Steven Spielberg. Leger und elegant beim Sommerfest. Ferienparadies Long Island.
19.45 **Schußfahrt**
Amerikanischer Spielfilm (1969)
Mit Robert Redford, Gene Hackman, Carl Michael Vogler
Regie: Michael Ritchie
21.30 **APF-blick**
22.15 **Lektüre ist angesagt**
Jürgen Thormann liest Jean Paul
22.45 **High Chaparral**
Befehl ist Befehl
Anschließend: Nachrichten



19.00 **Der Farmer und das Diner**
19.45 **Das internationale TV-Kochbuch**
Großbritannien: Pasteten auf Bergmannsart
20.00 **Tagesschau**
20.15 **Inspektion Lauenstadt**
2. Die Teppichhändler
21.05 **Das 8. Madrigal-Buch**
des Claudio Monteverdi
22.35 **Der Henker nimmt Maß**
Amerikanischer Spielfilm (1957)
Anschließend: Nachrichten



18.00 **Mini-ZiB**
18.10 **Sport-Zeit**
19.00 **heute**
19.20 **Studio**
19.30 **Derrick**
Prozente
20.30 **Rundschau**
Politik aus Schweizer Sicht
21.15 **Zeit im Bild 2**
21.35 **Kulturjournal**
21.45 **Quintett**
Amerikanischer Spielfilm (1978)
Mit Paul Newman, V. Gassmann, Fernando Rey, B. Andersson
Regie: Robert Altman
23.35 **Kennwort: Kino**
0.05 **Nachrichten**

RTL plus

18.15 **Starmix**
18.35 **Komm doch mal in die Küche**
18.53 **7 vor 7**
19.22 **Karichen**
19.30 **Die Kartause von Parma (2)**
20.20 **RTL-Spiel**
20.25 **Filmvorschau**
20.30 **Der große König**
Deutscher Spielfilm
Mit Otto Gebühr, Kristina Söderbaum, G. Fröhlich
Regie: Veit Harlan
22.35 **Popeye**
22.40 **Berlin – Berlin**
Themen und Typen
23.10 **Geheimauftrag für John Drake**
23.30 **Wetter/Horoskop/Betthupferl**

هكذا من الأول

Kunst oder Kunstetat!

no – Ein Geiseldrama ist glimpflich zu Ende gegangen. Es flogen keine Autos in die Luft, kein Flugzeug wurde gesprengt, kein Mensch wurde getötet, es floß nicht einmal Blut. Und es ging auch gar nicht um Menschenleben, sondern um ein Gemälde von Picasso.

„*Kulturterroristen*" – so die einheimischen Zeitungen – hatten die 1937 entstandene „Weinende Frau" des spanischen Meisters aus der Nationalgalerie in Melbourne gestohlen und gedroht, das Bild zu zerstören, falls die Behörden des Staates Victoria nicht endlich die finanzielle Unterstützung für Museen und Künstler erhöhten. Keine simplen Kunstdiebe also, sondern wahre Kunstfreunde, „*Kulturpolitiker*" gar mit nur etwas außergewöhnlichen Methoden.

Die Behörden blieben dennoch hart, und die Kulturterroristen (*pardon: die unorthodoxen Kulturpolitiker*) wurden weich. Das Bild fand sich, sorgsam in Packpapier verpackt, in einem Bahnhofsschließfach wieder. Also: Ende gut, alles gut?

Gesetzt den Fall, die Bildnapper hätten ihre Drohung wahrgemacht und das Bild tatsächlich zerschnitten. Dann wäre die groteske Situation dagewesen, daß im Namen der Kunst Kunst zerstört wird. Ein Präzedenzfall wäre entstanden, dem zahlreiche weitere *hätten folgen* können: Zehn Prozent mehr für den französischen Kulturetat, oder die „Mona Lisa" … Bessere finanzielle Förderung spanischer Künstler, oder „*Guernica*" …

Aber auch bei Menschenraub geben die Kidnapper heute ja meistens hochedle Motive an, wollen irgendwelchen anderen Menschen „helfen", indem sie ihre Geiseln töten. Gut, daß die Übertragung dieses makabren Spiels auf die Kunst in Melbourne gerade noch vermieden worden ist.

Oder waren die Bildnapper einfach schlichte Diebe mit makabren Humor, aber ohne festen Auftrag, die ihr berühmtes Diebesgut nicht absetzen konnten? Nun, immerhin! Sie hätten das Bild in blinder Enttäuschungswut auch zerstören können. Offenbar waren es doch keine (Kultur-)Terroristen.

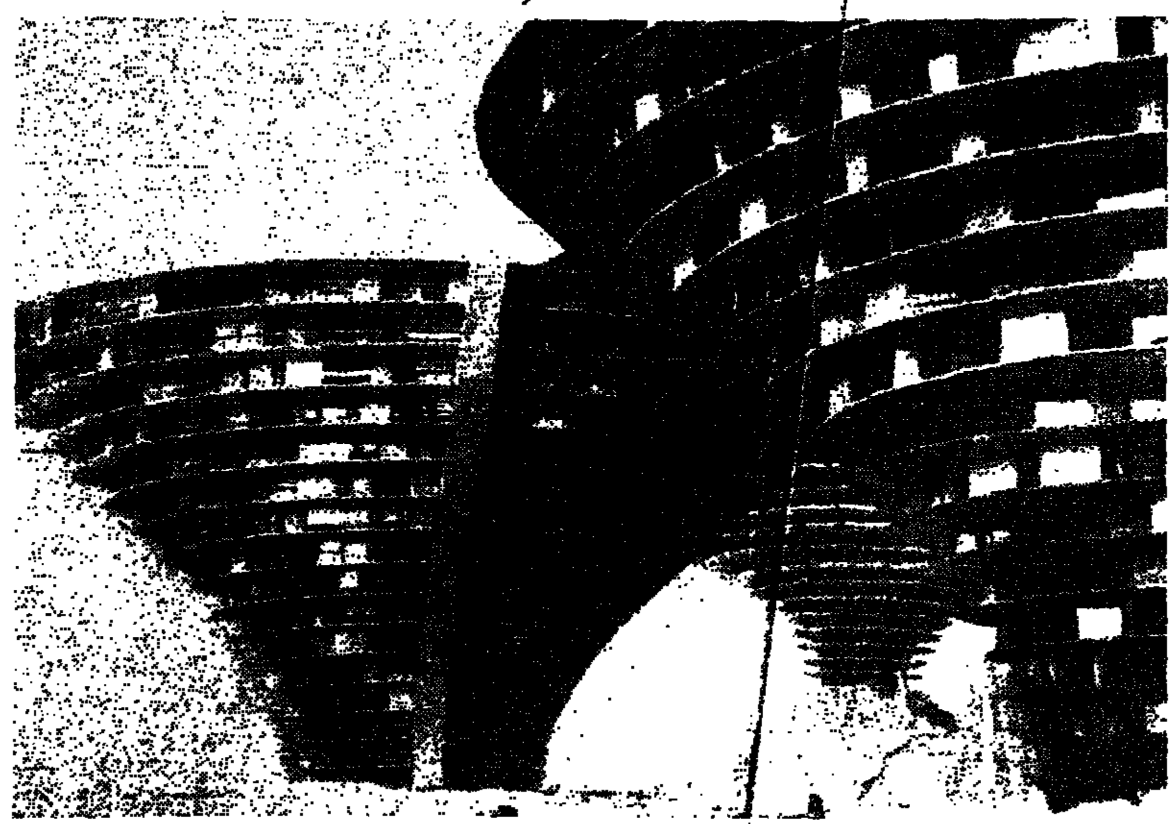
Bizarre Formen, grelle Farben: Das Architekturmuseum in Frankfurt zeigt „Die Vision der Moderne" in Modellen und Zeichnungen

Stadt über dem Ozean, der Mensch als Schnörkel

Das Signet dieser Ausstellung ist ein riesiger Metallkäfer, aus dem die Beine wie Kanonenrohre ragen. Ein martialisches Bild, das weniger an Lebewesen als an den Panzerkreuzer Potemkin erinnert. Und doch ist der Bauch des Ungetüms nach dem Willen seines Schöpfers Ron Herron von der Architektengruppe Archigram nichts anderes als eine „City" von wabenhaft angestöpselten Wohnkapseln. Mit ihren riesigen Beinen schickt sich diese mobile Kommune zur „Wanderung" und zu einem Treffen mit anderen „Walking Cities" in der Wüste an – eine melancholische, endzeitliche Vorstellung, die zugleich einen Endpunkt der „Vision der Moderne" markiert.

„Vision der Moderne – Das Prinzip Konstruktion" lautet auch der Titel dieser Ausstellung im Deutschen Architekturmuseum Frankfurt, mit der Museumsleiter Klotz einen Kontrapunkt zur Aufarbeitung der Postmoderne durch sein Haus setzen will und zugleich eine fast vergessene Spur in der Ideengeschichte der Moderne aufdeckt. Die „weiße Moderne" der Würfel und stereometrischen „Körper unter dem Licht" von Gropius, Le Corbusier bis zu Richard Meier hat die Tradition des Konstruktivismus förmlich überblendet und den Begriff „Moderne" usurpiert. Und doch ist eben diese Tradition – so ruft die Ausstellung in Erinnerung – seit den Eisenkonstruktionen des 19. Jahrhunderts über die russische Revolutionsarchitektur bis hin zu den jüngsten Kreationen von Richard Rogers und Norman Foster niemals unterbrochen worden.

Das Frankfurter Museum veranstaltet mit seinen staunenswerten Beständen an Originalmodellen, Entwurfs- und Konstruktionszeichnungen (und mit Leihgaben) ein wahres Feuerwerk der Ideen dieser Moderne, deren große geistige Leistung in deren Neubegründung des Bauens aus der Voraussetzungslosigkeit liegt. Mit ihrer Rebellion gegen Geschichte, Stile, „Kunst" hat sie Kräfte entbunden, die mächtige philosophische Denkschulen dem alten Abendland nicht mehr zugetraut hatten. Sie hat die Kontinente und die Köpfe der Menschen erobert und die Begriffe von Zeit und Raum aufgehoben: Es konnte und sollte überall in gleicher „moderner" Weise – und nur noch so – gebaut werden.



Sinnenerlebnis der ungewöhnlichen Art: Walter Jonas' Entwurf einer „Intrapolis". Das Bauvorhaben scheiterte Anfang der 70er Jahre an der mangelnden Finanzkraft des beauftragten Unternehmens FOTO: KATALOG

Freilich gingen mit den Begriffen für Vergangenheit und Kunst zugleich auch die Maßstäbe für Neuheit und Qualität verloren. Im Ergebnis wurde das Bauen nicht nur aus der formalen, sondern gleichzeitig auch aus der funktionalen und sozialen Wertigkeit und Disziplin befreit. Die Ent-Grenzung der Kunstauffassung korrespondierte einem Auszehrungsprozeß an technischer und gesellschaftlicher Moral.

Die bizarren Formen und grellen Farben dieser Architektur-Hybriden machen die Frankfurter Ausstellung zu einem Sinnenerlebnis ungewöhnlicher Art. Gerade in der Zusammenschau jedoch dieser phantastischen Kreationen des industriellen, des technischen Zeitalters offenbart sich die Doppelbödigkeit seiner Philosophie. Die materialistische Epoche kokettiert ganz offen mit dem Schein, der Funktionslosigkeit, der übersteigerten Gebärde. Nicht nur der weiße Kubus, auch die Plane aus Glas und Eisen zelebriert, wie Semper am Kristallpalast monierte, das Hantieren mit dem „gleichsam unsichtbaren Stoff".

Bei genauem Hinsehen ist es also weder „wissenschaftliche Stringenz" noch der „Maßstab konstruktiv kausaler Notwendigkeit" (Heinrich Klotz in der Einführung zu seinem fulminanten Katalog), es ist weder Konstruktion noch Funktion, in der die „Vision der Moderne" ohne Rest aufgeht. Ganz entgegen allen Bestrebungen, das „Projekt der Moderne" zu politisieren – sei es für Wohnungsbauprogramme oder für die Kunstfigur eines „neuen Menschen", für die „kritische Theorie" oder für eine selbsternannte „Aufklärung" –, wohnt ihm vom Ursprung her der gleiche antithetische Impetus inne, der das Jahrhundert der Industriellen Revolution zu jener grandiosen Antithese des Historismus befähigt hat.

Mit seinen Eisen- und Glaskonstruktionen setzte das 19. Jahrhundert dem Materialismus Manifeste der Entmaterialisation, dem Rationalismus des kleinsten ökonomischen Nenners pathetische Riesengewölbe, dem Funktionalismus Monumente der Zwecklosigkeit (wie den Eiffelturm) entgegen. Es baute Mahnmale und Hüllen für exotische Gegenwelten zu den anrückenden Heeren der Bohrtürme und Maschinenhallen.

Die Überraschung der Frankfurter Ausstellung ist nun, wie sich der antithetische Grundzug des „Prinzips Konstruktion" bis in die jüngste Gegenwart erhält. Was wechselt, ist der Bezugspunkt. An die Stelle der Maschinenwelt tritt die Natur (zugleich Metapher für Gemütskräfte, Menschlichkeit, Gegenwart). Mit ihr hatte als erster schon Heinrich Hübsch (1833) experimentiert, der Hängemodelle zur Formfindung von Wölbkonstruktionen verwandte. Die auf den Kopf gestellte Form, Sinnbild der Gegenwelt, praktiziert den Kunstgriff der Umkehrung, um ideale Wölbformen zu finden, die mit wenig Material auskommen. Am Ende derartiger Experimente, die mit der Annäherung an die Natur beginnen, steht die Konstruktion einer „Alternativ-Natur" von Zelt-, Christbaum- und Lufthallenstädten über Wüsten, Ozeanen und arktischen Regionen, wie sie Frei Otto projektiert hat.

Walter Jonas' Trichterbauten erschaffen eine illusionäre Amphitheaterwelt, in der die Natur allenfalls noch als Dekoration (Pflanztröge) oder Versorgungssystem (Wasser- und Luftröhren) Platz hat – die wirkliche Welt wird von den Riesentrichtern verschattet. Auch Finsterlins Rückgriff auf organische Formen ist eine Täuschung: Die echte Natur wird überformt mit abstrakten Plastiken. Im Wettbewerbsprojekt „Parc de la Villette" macht die Gruppe OMA die wirkliche Welt zum Spielmaterial in einem technizistischen Disneyland.

Der Österreicher Gustav Peichl bringt Ironie ins Spiel, wenn er seiner Tegeler Phosphat-Eliminationsanlage die Gestalt eines Schiffes gibt: Der Dampfer als „Reiniger" der Natur. Die Nebenbedeutung darf jedoch nicht unterschlagen werden, der Reflex auf die überbordende, überschäumende Lebewelt: die Technik als Richterin des Menschen.

Zu den extremsten Positionen dringt die Gruppe Archigram vor. In Peter Cooks Höhle des High tech, seinen „Shadow houses", ist die wirkliche Welt nicht einmal mehr als Zitat vorhanden, nur noch als Metapher der Stalagtiten und Stalagmiten. Ron Herron gar macht den Menschen zum Mobiliar, zur Kuriosität, zum absurden Schnörkel, in seinen futuristischen – oder soll man sagen: außerweltlichen? – Entwürfen.

Eine Schülerin im Frankfurter Museum sagt beim Vorbeigehen zu ihrer Klasse: „Das wirkt wahnsinnig steril hier drin, nicht menschlich irgendwie." Es ist nur die halbe Wahrheit. Dem Grauen vermählt sich die Faszination, wie die neuen Kulttänze um die Obelisken des High tech zeigen. Doch noch ist unentschieden, ob sich die neue Menschlichkeit nur in diesen Tänzen erweist. (Bis 17. September; Katalog 55 Mark.)

DANKWART GURATZSCH

JOURNAL

Ruinen einer Maya-Stadt in Belize entdeckt

AP, Madison

Der amerikanische Archäologe Jefferson Mackinnon hat auf einer Bananenplantage nahe der Atlantikküste des mittelamerikanischen Staates Belize die Ruinen einer Kleinstadt der Maya-Kultur entdeckt. Der Fund sei bemerkenswert, hieß es, weil die Ruinen völlig unberührt und eindeutig nicht von Schatzgräbern heimgesucht worden seien. Die Stadt, die auf dem Höhepunkt ihrer Entwicklung rund 3000 Einwohner besessen habe, sei etwa 900 vor Christus aufgegeben worden.

„Berlin heute" an der Côte d'Azur

SAD, Toulon

Mit etwa 60 provozierenden Bildern und Skulpturen sorgen 21 Berliner Künstler unter 40 Jahren für einen Sommer-Hit an der Côte d'Azur. Unter dem Titel „Berlin heute" zeigt das Kunstmuseum von Toulon bis zum 7. September einen Überblick der Kunst der Avantgarde von Berlin. Zu den Stars der ausgestellten Künstler, die in Berlin leben und arbeiten, gehören Luciano Castelli, Salome, Rainer Fetting, Helmut Middendorf, Elvira Bach. Erstmals in Frankreich werden in Toulon auch Werke von Ina Barfus, Christa Dichgans, der Gruppe Endart, Albert Merz, Ter Hell, Thomas Wachweger oder Andreas Weishaupt vorgestellt.

Martha Grahams Tänzer in der Alten Oper

Reg. Frankfurt

Einer der Höhepunkte der „Frankfurt Feste '86" ist sicher das Exklusiv-Gastspiel der Martha Graham Dance Company vom 22. bis zum 27. August in der Alten Oper, die neben bekannten Stücken auch die jüngsten Kreationen der 92jährigen Choreographin zeigt: „Temptations of the Moon", „Tangled Night" und „Song". Die Martha Graham Dance Company plant übrigens für das Frühjahr bereits ihr nächstes Gastspiel in Deutschland. Dabei stehen München, Ludwigshafen, Karlsruhe, Leverkusen, Hamburg und Ost-Berlin auf dem Programm.



G. White und J. Buglisi aus der Dance Company FOTO: DIE WELT

Neuer Chefredakteur für „Novi Mir"

AFP, Moskau

Der russische Schriftsteller Sergej Salygin (72) ist zum neuen Chefredakteur der sowjetischen Literaturzeitschrift „Novi Mir" (Neue Welt) ernannt worden. Salygin, Verfasser zahlreicher Romane und Erzählungen, ist nicht Mitglied der KPdSU und damit unter den gegenwärtigen Chefredakteuren der sowjetischen Zeitungen und Zeitschriften eine einmalige Ausnahme. Er löst den 64jährigen Wladimir Karpow ab, der „Novi Mir" seit 1983 führte und Ende Juni zum Ersten Sekretär des sowjetischen Schriftstellerverbandes gewählt wurde.

Willy Kramp †

Er war geprägt vom Gefühl der Heimatlosigkeit, und zwar in einem ganz elementaren Sinne. Der geborene Elsässer mußte nach 1918 die Heimat verlassen, weil seine Familie nicht für Frankreich optieren wollte. Man nahm neue Wohnung in Pommern – um 1945 auch diese neue Heimat zu verlieren. So lernte Willy Kramp den sogenannten irdischen Ordnungen tief mißtrauen, so wuchs in ihm die Überzeugung, „daß sich eine geistige Gestaltung des Lebens nur aus der Schöpfungsordnung Gottes herleiten läßt". Willy Kramp war einer der wenigen erklärtermaßen „christlichen" Schriftsteller im Lande. Seine Romane und Erzählungen zeigten die Menschen in ihrer Erlösungsbedürftigkeit, aber auch Erlösungsfähigkeit. Sein Stil war schlicht und genau, es gelangen ihm einige der einprägsamsten, ergreifendsten Geschichten in der neueren Literatur: „Die Fischer von Lissau", die Gefangenennovelle „Was der Mensch wert ist", der erschütternde Bericht vom langen Sterben eines Landpfarrers „Der letzte Feind". Andere Stücke, so „Die Spiele der Erde", waren heitere, daseinsdankbare Quodlibets, die auf ihre Weise den Rang des Dichters bezeugten. Jetzt ist Willy Kramp im Alter von 77 Jahren in Villigst in Westfalen gestorben.

A. W.

Ustinov inszeniert Mozarts „Figaro" bei der Salzburger Sommerakademie

Ein Meister fiel unter die Studenten

An jener Stelle, wo in Ponnelles Festspiel-Inszenierung seit neuem das Licht im Zuschauerraum angeht, trippeln im Hochschul-Studio ein paar maskierte Damen über die Szene. In diesem Moment meint ja Figaro (in seiner Arie im letzten Akt), die Weiber endlich durchschaut zu haben. Peter Ustinov aber, der eine Studentenaufführung von „Le Nozze di Figaro" im Rahmen der Salzburger Sommerakademie inszenierte, scheint bis auf jenen kolossalen Regieeinfall das Stück nur oberflächlich durchschaut zu haben. Zu flach und unbeholfen ist ihm dieser „tolle Tag" von der Hand gegangen.

Aber hier ging es natürlich nicht darum, endlich den Opernregisseur in der faszinierenden, vielseitigen Persönlichkeit Ustinovs zu entdekken. Hier ging es um junge Sänger, denen ein Trampolin für die Karriere gebaut werden sollte, das den Sprung an ein großes Theater erleichtert und Engagements in Flensburg oder Augsburg erspart.

Das Resultat dieses Salzburger Jung-„Figaros" ist jedoch nur halb so interessant wie die Vorgeschichte. Als Präsident der Internationalen Sommerakademie der Hochschule „Mozarteum Salzburg" hatte sich Rolf Liebermann etwas Besonderes ausgedacht. Nicht wie alljährlich sollten nur Kurse in den einzelnen Instrumental- und Gesangssparten ablaufen, sondern diesmal auch eine Opernaufführung erarbeitet werden. Amerikanische Workshops werden als Vorbilder für eine Brücke zwischen Theorie und Praxis genannt. Was Liebermann auch anpackt, gerät kaum kleinstädtisch. Er holte Ustinov für die Regie, Elisabeth Schwarzkopf für „vokale und stilistische Betreuung" sowie den Dirigenten Gary Bertini. Aber damit noch nicht genug: Liebermann bringt diesen „Figaro" im Herbst für vier Aufführungen an seine Hamburgische Staatsoper, vielleicht auch noch anderswohin.

So toll die Voraussetzungen auch schienen, zu sehen und zu hören gab es eine recht einfache Aufführung in einem recht einfachen Bühnenbild. Eine Studentenaufführung wie viele andere auch, wo so manches noch unfertig oder im Reifen ist und nur wenige „zu den schönsten Hoffnungen berechtigen". In dem internationalen Ensemble schien bei der Premierenbesetzung nur Schweden gut vertreten: mit einem stilistisch bereits ziemlich erwachsenen Grafen (Thomas Lander) und einem hübschen Cherubino (Christina Högmann). Daß eine Barbarina (Hanne Krogen aus Norwegen) mehr Stimme zeigte als die Susanna, kommt heute auch an den ersten Häusern vor. Die übrigen waren vielleicht nur nervös oder überarbeitet. Sollte Ustinov etwa Sänger unter die Fittiche bekommen haben, die vorher nicht wußten, wo links und rechts auf einer Bühne ist, dann hat er schon großartige Arbeit geleistet. Denn dieser „Figaro" ist maximal brav und nett auf die wichtigsten Handlungsabläufe hin inszeniert.

Eine Enttäuschung kommt selten allein: Bertini hetzte mit dem Prager Kammerorchester durch das Stück, scherte sich keinen Deut um die Sänger oder um Mozart und verrannte sich atemlos. Die große Schwarzkopf wiederum, von der es vor Wochen hieß, sie hätte sich von dem Unternehmen verabschiedet, ließ wissen, sie hätte bei der Premiere viele beginnende Karrieren entdeckt. Ein halbes Dutzend dieser Sänger soll Liebermann bereits nach Hamburg engagiert haben. Sein Nachfolger Gerd Albrecht saß vorsichtshalber auch im Zuschauerraum.

WALTER GÜRTELSCHMIED

Schulstunden im Schloß: Das 29. Collegium Musicum in Pommersfelden

Über Papa Haydns tückische Klippen

Um es gleich vorwegzunehmen: Der Höhepunkt des diesjährigen Abschlußkonzertes vom Collegium Musicum in Pommersfelden war die Begegnung mit dem erst 20 Jahre alten Cellisten Reinhard Knobloch. Dieser kraftstrotzende junge Mann musizierte mit energisch zupackendem Strich und hinreißendem Einfühlungsvermögen Haydns vertracktes D-Dur-Konzert op. 101. Mühelos umsegelte er dabei die tückischen Klippen, die Papa Haydn seinem Solisten in den Weg stellte.

Sein Instrument klang nicht nur, sondern es sang und kletterte dabei ohne nennenswerte Schwierigkeiten bis in die höchsten Lagen hinauf. Eine atemberaubende Leistung um so mehr, da Reinhard Knobloch erst seit vier Jahren Cello spielt und seine Hochschulausbildung bei Jörg Metzger in Würzburg nicht länger als ein Semester genießt. Darüber hinaus hat er zuvor noch nicht mit einem Orchester gespielt hat. Ein glanzvolles, ein aufsehenerregendes Debüt also.

„Es war ein Traum, mit ihm zu musizieren", meinte Hans Norbert Bihlmaier, der Augsburger Kapellmeister, der schon zum wiederholten Mal zu Gast in Pommersfelden ist. Es ist verständlich, daß ihn Hausherr Graf Karl von Schönborn und sein musikalischer Gesamtleiter Richard Engelbrecht, der von Anfang an dabei gewesen ist, immer wieder gerne berufen.

Das Orchester des fränkischen Sommer-Kollegs besteht aus jungen Musikstudenten des In- und Auslandes. Ihr Dirigent muß also auch ein guter Pädagoge sein. Bihlmaier traf da bei den Proben wie am Pult den richtigen Ton. Er wirkt sympathisch, nickt aufmunternd seiner Mannschaft zu, auch wenn's einmal danebenging (besonders bei den Streichern …), und freut sich genauso mit ihnen, wenn eine schwierigere Stelle gut geklappt hat (so vor allem bei den in diesem Jahr auffallend guten Holzbläsern).

Das insgesamt vierwöchige Collegium musicum ist zu Recht zu einem Inbegriff der Förderung junger Musiker geworden. Seit der Gründung im Jahre 1958 haben weit über tausend junge Musiker die Orchester- und Kammermusikkurse des Collegium Musicum Schloß Pommersfelden besucht, das wenige Kilometer nördlich von Bamberg liegt. Und noch ein paar Zahlen: Mehr als 200 Orchesterkonzerte und 150 Kammermusikabende wurden in dieser Zeit veranstaltet.

Die Programme scheren immer wieder aus den eingefahrenen Klassik-Spuren aus: So wurden etwa Kodálys „Tänze aus Galanta" gegen Mozart und Beethoven gesetzt, Ferruccio Busonis Lustspiel-Ouvertüre op. 38 und die Sinfonietta von Lennox Berkely mit Schubert und Haydn konfrontiert.

Pro Woche werden die Studenten von einem Dirigenten betreut, außerdem erhalten sie Unterricht im kammermusikalischen Spiel. Und sie haben sichtlich ihre Freude daran, im barocken Ambiente des Schönborn-Schlosses hart zu arbeiten, um schließlich einem interessierten Hörerkreis im prunkvollen Marmorsaal ihre Ergebnisse vorzuführen.

Was sie zu bieten haben, kann sich hören lassen: Vom Klangbild etwa der Jupiter-Sinfonie hätte sich manches unserer hiesigen kleineren Profi-Orchester eine Scheibe abschneiden können. Es bürgt eben für Qualität, daß auf Pommersfelden nur mitmachen darf, wer von einem Hochschullehrer empfohlen wird. Und dabei zu sein, wenn am Musikernachwuchs-Himmel ein neuer Stern wie Reinhard Knobloch aufgeht, ist für alle Beteiligten eine besondere Freude.

JÖRG RIEDLBAUER

Hinter die schönen Fassaden des Genter Gassengewirrs geguckt: Wandgestaltung von Joseph Kosuth in einer Privatwohnung FOTO: HAUSTEIN

Experiment in Gent: Maler und Designer verwandeln Bürgerzimmer in häusliche Gesamtkunstwerke

Rote Schilder signalisieren „Eintritt erwünscht"

Es war ein spontaner Einfall, eine abenteuerliche Idee, sagt Jan Hout, Leiter des Museums van Hedendaagse Kunst in Gent. Gut organisiert und großzügig gesponsert, wurde daraus gewiß der originellste, lebendigste und, wie inzwischen zu hören ist, auch erfolgreichste Beitrag zum diesjährigen sommerlichen Ausstellungsbetrieb.

Mit Charme spielt das Projekt „Chambres d'Amis", „Gästezimmer", unter dem Motto „In Gent ist immer ein Zimmer für Dürer frei" auf den künstlerischen Rang der Stadt Gent und auf die Gastfreundschaft ihrer Bürger an. Als der Nürnberger Maler nämlich 1520 Gent besuchte, um den berühmten Altar der Brüder van Eyck zu sehen, war er auch beeindruckt von der Aufnahme, die er hier erfuhr.

Während der Sommermonate anno 1986 wiederum öffnen sich jedem Besucher etwa 50 Genter Haustüren. Sozusagen als Gastgeschenk hat in jedem dieser Häuser ein Künstler seine Spuren hinterlassen, manchmal diskret und zurückhaltend, manchmal possessiv sich ausbreitend. Will man diese „Ausstellung" besichtigen, muß man sich mit dem Stadtplan in der Hand auf die Suche machen.

Ein rotes Signet zeigt an, wo der Eintritt erwünscht ist, wo sich ein Kunstwerk befindet. Möchte man alles sehen, braucht man zwei Tage, denn die Besichtigung der einzelnen Häuser ist nur jeden zweiten Tag möglich – gelegentliche Privatsphäre soll schon noch bleiben.

Das ungewöhnliche Ausstellungskonzept hat überraschende Vorzüge und faszinierende Nebenwirkungen. Beginnen wir mit dem letzteren. Es ist zweifellos ein Erlebnis, das Gassengewirr des alten Gent zu durchwandern, an Kanälen entlang und an ruhigen Plätzen vorbeizuspazieren und dabei immer wieder jene besagte offene Tür als Ziel zu haben. War man nicht schon immer neugierig auf das, was sich hinter den schönen Fassaden wohlhabender Bürgerhäuser verbirgt, wie es in der Arbeiterwohnung aussieht, wie der Künstler, wie der Student lebt? Dieser geheime Wunsch nach indiskreten, voyeuristischen Blicken in die Privatbereiche anderer wird mit der Genter Aktion oft genug erfüllt.

Das Gebundensein an bestimmte Gegebenheiten wie Räume, Personen, Geräuschsituationen bekommt aber auch der Kunst. Es war für Jan Hout programmatisch, alle sozialen Schichten einzubeziehen. Kunst und Leben, Kunst und Wirklichkeit sollten auf vielfältige Weise zusammengebracht und die verschiedensten Reaktionen herbeigeführt werden: die des Künstlers zu einer bestimmten Umgebung und Räumlichkeit, die des Gast- oder „Auftraggebers" zu neuer Kunst und, was nicht selten zustande kommt, der Dialog zwischen dem unbekannten Besucher und seinem Gastgeber.

Die Ausstellung ist keine Bestandsaufnahme aktueller Kunstströmungen – das wird in der Parallelveranstaltung „Initiatif 86" geboten, die in der Sankt-Peters-Abtei zu sehen ist. „Chambres d'Amis" ist im Grunde eine Untersuchung über die Rolle des Museums.

Zunächst merkt man dies kaum, denn es ist eine sehr sinnliche, amüsante, beinahe naive Untersuchung. Das Museum ist wohl eines der letzten Tabus in der modernen Kunst; Sockel, Rahmen, die Trennung der einzelnen Gattungen wie Malerei und Skulptur, alles ist in Frage gestellt worden, doch nicht die Autorität des Museums, die durchaus eine manipulierende ist. Im Gegenteil, vieles, was Künstler heute produzieren, ist reine Museumskunst.

In Gent nun dringt die Kunst wieder in Bereiche hinein, in die sie seit langem keinen Zugang mehr hatte. Abgesehen davon, daß in Belgien konzeptuelle Kunst sehr viel stärker verankert ist als bei uns, lag es auch wegen der Herausforderung der Ausstellungsorte nahe, Künstler auszuwählen, die sich mit dem Raum, seiner Umbildung und seiner Gestaltung beschäftigen. Doch gerade diese für das breite Publikum schwierige Kunst bekommt im ungewohnten, im bewohnten Kontext eine lebendige Dimension, die ihr im „keimfreien", abgesonderten Museumsbereich fehlt.

„Chambres d'Amis" ist eine Hommage an diese Kunstrichtung und eine deutliche Absage an wilde und postmoderne Attitüden. Helmut Middendorf ist als einziger Vertreter dieser Richtung dabei, mit einem mehr als dürftigen Wandbild. Unter den Konzeptuellen dagegen hat Jan Hout alles mit Rang und Namen zur Mitarbeit gewinnen und ein wahrhaft internationales Panorama zustande bringen können.

MARIANA HAUSTEIN

„Chambres d'Amis" bis 21. September, Katalog 850 bfr; „Initiatif 86" bis 7. September, Katalog 750 bfr.

Die Züchter und das Problem der Dysplasie

B. GÜNTHER, Bonn

Temperament, Klugheit, Feinfühligkeit – all dies sagt der Hundeliebhaber seinem vierbeinigen Kameraden nach. Er zieht den Hund sorgsam auf, verschafft ihm ausreichend Bewegung. Eines Tages aber muß er feststellen, daß der Hund schwerfällig aufsteht, beim Gehen in der Hinterhand schwankt. Schmerzen hat. Die Diagnose heißt: Hüftgelenksdysplasie (HD).

Zum Hüftgelenk gehört der Kopf des Oberschenkelknochens, der, von Gelenkflüssigkeit umhüllt, in der Gelenkpfanne liegt. Leidet der Hund an HD, ist die Gelenkpfanne an den Seiten abgeflacht, der Gelenkkopf hat keine „Führung" mehr. Es besteht die Gefahr, daß der Hüftkopf austritt (Hüftgelenksluxation).

Der Schweregrad der Hüftgelenksdysplasie wird unterteilt in „HD leicht", „HD mittel" und „schwere oder hochgradige HD". Die HD kann einseitig oder beidseitig auftreten. Hat jedoch ein Elterntier „leichte einseitige HD", kann es beim Nachwuchs schon „beidseitig hochgradige HD" sein. Berücksichtigt wird dies inzwischen vom Deutschen Schäferhund-Verein. Die Zucht mit einem von leichter HD befallenen Hund ist nur dann erlaubt, wenn der Deckpartner HD-frei ist.

Zuchtvorschriften bei Schäferhunden: HD-frei

Anders der Deutsche Windhundezucht- und Renn-Verein (DWZRV), in dem die Züchter und Besitzer von Rassen wie Italienischem Windspiel bis hin zum Irischen Wolfshund zusammengeschlossen sind. Lediglich 1978/79 wurden im Inland gezogene Tiere probeweise geröntgt, aber nur, wenn der Hund zur Zucht zugelassen werden sollte. In dieser Zeit wurden insgesamt 111 Irische Wolfshunde zur Körung gemeldet. Nach Ablauf der Röntgenpflicht 1980 waren es weit mehr als 200 gewesen.

Im Ausland stehende Irische Wolfshunde überwachte man, sofern sie importiert wurden, über einen Zeitraum von fünf Jahren, wenn mit diesen Tieren in der Bundesrepublik gezüchtet werden sollte. Einfacher war es, mit seinem Hund zum Deckakt ins Ausland zu fahren: In Italien, den Niederlanden und Frankreich wurde und wird nicht geröntgt.

Appelle von Besitzern Irischer Wolfshunde, deren Tiere aufgrund schwerer Hüftgelenksdysplasie schon in früher Jugend hatten eingeschläfert werden müssen, die Röntgenpflicht wieder einzuführen, wurden vom DWZRV und seinen Züchtern rigoros abgelehnt.

Zahl der Fehlgeburten abhängig vom Arbeitsplatz

AFP, Genf

Die Unfähigkeit eines Paares, ein Kind zu zeugen, kann mit dem Beruf des Mannes oder der Frau in Zusammenhang stehen. Zu dieser Erkenntnis gelangte eine Studiengruppe der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Sie legte jetzt eine Liste von Berufen vor, in denen das Risiko der Unfruchtbarkeit besonders hoch ist. Wenn einer der Partner bestimmten chemischen oder natürlichen Substanzen ausgesetzt ist, kann dies Auswirkungen auf die männlichen oder weiblichen Keimzellen haben, die Befruchtung des Eis verhindern, eine Fehlgeburt verursachen oder eine Mißbildung beim Kind hervorrufen.

Kinder von Ölarbeitern haben häufiger Krebs

Gewisse Substanzen, mit denen die Eltern in Berührung kamen, verursachen nach den Ergebnissen der Studie möglicherweise Krebs bei Kindern unter 15 Jahren. In einigen Fällen, in denen Kinder an Krebs starben, konnte nachgewiesen werden, daß der Vater auf dem Erdölsektor tätig war. Wenn eine Frau mit Öl- oder Farbstoffen in Berührung kommt, kann dies zu Leukämie bei ihrem Kind führen.

Unter den Berufen mit dem höchsten Risiko nennt die WHO:

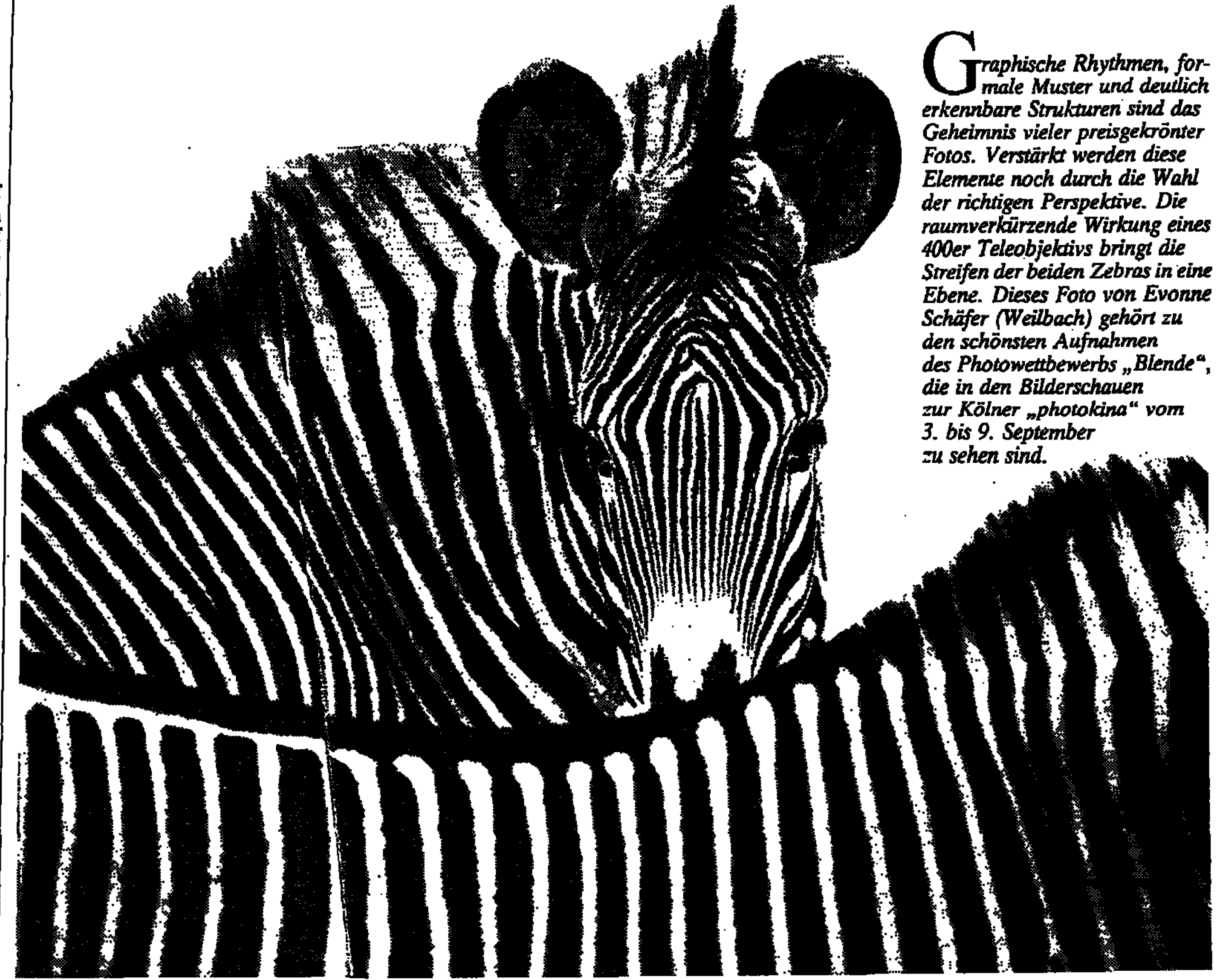
Landarbeiter: Zeugungsunfähigkeit zeigt sich häufig bei Männern, die mit Insekten- oder Unkrautvernichtungsmitteln zu tun haben.

Anästhesisten: Bei Frauen, die als Narkoseärztinnen oder generell in einem Operationssaal arbeiten, wurde eine Verdoppelung der Zahl der Fehlgeburten und der Zahl der Gebrechlichkeit bei ihren Kindern festgestellt. Im Falle ihrer männlichen Kollegen wurde ein Anstieg der Mißbildungen der Kinder um 25 Prozent registriert.

Gießer: Kinder von Frauen, die in Gießereien arbeiten, sind bei der Geburt häufiger untergewichtig als andere. Bei Schmelzern, die ansonsten in einer guten gesundheitlichen Verfassung sind, wurden genetische Schäden festgestellt.

Laborangestellte: Bei in Labors beschäftigten Frauen wurde eine erhöhte Anzahl von Fehlgeburten registriert.

Zu den gefährdeten Berufen gehören auch Chemiearbeiter (besonders diejenigen, die mit Kunststoffen, Viskose oder Kunstseide in Berührung kommen), Maler und Bleicher (Kontakt mit Lösungsmitteln), Metallarbeiter (vor allem auf dem Gebiet der Elektronik) sowie die Beschäftigten der Forstwirtschaft, der Fischerei, der Industrie und des Baugewerbes.



Graphische Rhythmen, formale Muster und deutlich erkennbare Strukturen sind das Geheimnis vieler preisgekrönter Fotos. Verstärkt werden diese Elemente noch durch die Wahl der richtigen Perspektive. Die raumverkürzende Wirkung eines 400er Teleobjektivs bringt die Streifen der beiden Zebras in eine Ebene. Dieses Foto von Evonne Schäfer (Weilbach) gehört zu den schönsten Aufnahmen des Photowettbewerbs „Blende", die in den Bilderschauen zur Kölner „photokina" vom 3. bis 9. September zu sehen sind.

Baby-Entführerin täuschte Schwangerschaft vor

dpa, Augsburg

Der Plan zur Entführung der fünf Monate alten Denise aus der Augsburger Kinderklinik ist aus der Enttäuschung einer 25 Jahre alten Frau aus Pfaffenhofen entstanden, nicht schwanger geworden zu sein. Die Frau legte jetzt vor der Polizei ein ergreifendes Geständnis ab.

Im Spätsommer 1985 hatte sie nach einem Test fest daran geglaubt, endlich von ihrem Freund das ersehnte Baby zu bekommen. Als jedoch eine ärztliche Untersuchung ihre Hoffnung zunichte machte, traute sie sich nicht, dem „werdenden Vater" und dessen Mutter die Wahrheit zu sagen. Stattdessen spielte sie ihnen eine Schwangerschaft vor und aß so viele Süßigkeiten, bis sie schließlich 20 Pfund zunahm.

Im März 1986 meldete sie dann die „werdende Mutter" zur „Entbindung" ins Krankenhaus Dachau ab. Um nach der „Geburt" zu begründen, daß ihr angeblicher Sohn namens Sascha nicht mit nach Hause kam, behauptet sie, das Baby sei krank und müsse München operiert werden.

Als Drängen der Angehörigen immer stärker wurde, behauptete die verzweifelte Frau, sie würde Sascha nun aus Augsburg abholen, wo er nochmals operiert worden sei. In der dortigen Klinik, so hatte sie von einer Bekannten erfahren, könnten Kinder zu jeder Zeit besucht werden. Die angehende Schwiegermutter nahm die 25jährige gleich mit, um ihr nicht die Freude zu verderben, den Buben mit abzuholen.

Mit dem Säugling endlich daheim, mußte die Entführerin ein neues Problem bewältigen: Das gekidnappte Baby stellte sich als Mädchen heraus. Um die Geschlechtsumwandlung von Sascha nicht näher erklären zu müssen, bestand die junge „Mutter" darauf, ihren Säugling ausschließlich allein und ohne Zuschauer zu wickeln.

Bigamie ist in China wieder ein Thema

AFP, Peking

In China, wo sich vor der kommunistischen Revolution reiche Leute mit bis zu zehn Ehefrauen zu umgeben pflegten, grassiert bei zunehmendem Wohlstand auf dem Land wieder die Bigamie. Die sich häufenden Fälle von Bigamie sind eine Bedrohung für das soziale Leben des ländlichen Chinas, so die Pekinger Zeitung „China Daily". Seit zwei Jahren seien die Gerichte mit mehr als 2000 diesbezüglichen Klagen befaßt worden. Seit Anfang 1986 wurde eine Steigerung von 15 Prozent festgestellt. Bei den bigamistischen Männern handelt es sich meist um Bauern, die es im Zuge der Wirtschaftsreform zu etwas gebracht haben. Die tatsächliche Zahl von Doppelehen ist höher anzusetzen, da die meisten geschädigten Frauen keine Anzeige erstatten aus Furcht, ihr Mann werde sie nicht weiter finanziell unterstützen.

Ärzte an WHO: Homosexualität keine Krankheit

SAD, London

Fachärzte, die sich mit der ärztlichen Versorgung homosexuell veranlagter Patienten befassen, haben die Weltgesundheitsorganisation (WHO) aufgefordert, die Homosexualität aus der Liste der offiziell geführten Krankheiten zu streichen. Für die Ärzte gibt es keine wissenschaftlichen Beweise, daß die Homosexualität eine Krankheit ist.

Homosexualität wird von der Weltgesundheitsorganisation in der Liste der „psychischen" Krankheiten geführt. Auf dem Londoner Kongreß der Gay-Medical-Association hieß es, diese offizielle Einordnung als „Geisteskrankheit" leiste alten Vorurteilen Vorschub. Die Forderung der Mediziner, Homosexualität nicht mehr als „Krankheit" zu bezeichnen, steht im Einklang mit ähnlichen Forderungen, die im Europaparlament erhoben worden sind.

Studie: Mit neuem Fallschirm in den Tod gesprungen

dpa, Braunschweig

In den vergangenen fünf Jahren haben beim Fallschirmspringen in der Bundesrepublik Deutschland 34 Menschen den Tod gefunden. 23 von ihnen hatten ein für sie neues Fallschirmmodell auf dem Rücken geschnallt, als sie den Absprung wagten. Dies geht aus einer Studie des Luftfahrt-Bundesamtes in Braunschweig über Unfallursachen beim Fallschirmspringen hervor. Zum Todessprung der 23 Sportler kam es nach dieser Studie bei den ersten 20 Sprüngen mit dem neuen Baumuster. Als zweithäufigste Todesursache bei den insgesamt 198 Unfällen nannte die Studie fehlerhafte Körperhaltung beim Landen. In diesem Jahr starben bereits sieben Menschen. Als Konsequenz empfehlen die Unfallforscher mehr Trockenübungen. Sie drängen auf ein verstärktes Training von Lauf- und Sprungübungen. Auch sollten die Auslösesysteme der Fallschirme vereinheitlicht werden.

Vorsicht bei Götz-Zitat

dpa, Düsseldorf

Wer seinen Arbeitsplatz behalten will, muß mit dem Götz-Zitat vorsichtig umgehen. Eine fristlose Kündigung ist zwar nicht zu befürchten, wohl aber eine fristgerechte, wenn man an die Ehefrau des Arbeitgebers Götzens Aufforderung richtet. So entschied gestern das Landesarbeitsgericht Düsseldorf in einer Berufungsverhandlung. (Az: 6 SA 829/86)

Autobahn A 1 gesperrt

dpa, Hagen

Die Autobahn Köln–Bremen (A 1) wird in der Nähe von Hagen wegen Brückenarbeiten am kommenden Wochenende zwei Nächte lang gesperrt. Die Sperren beginnen am Freitag und Samstag um 20 Uhr und dauern jeweils bis zum nächsten Morgen acht Uhr. Wie der Landschaftsverband Westfalen-Lippe gestern mitteilte, wird der Verkehr ab den Autobahnkreuzen Wuppertal–Nord und Westhofener Kreuz großräumig umgeleitet.

Makabres Spielzeug

dpa, Tokio

Ein Ballon und ein Revolver, aus dem eine Nadel hervorschießt – das neue Kinderspielzeug in Japan heißt „Russisches Roulette". Sechsmal



FOTO: DPA

kann ein Kind den Abzug des Revolvers betätigen, wobei einmal die Nadel den Ballon zum Platzen bringt. Mehr als 300 000 mal ist das etwa zehn Mark teure Spielzeug bereits verkauft worden. Die Vereinigung der deutschen Spielwaren-Fachgeschäfte erklärte: „So etwas wird man bei uns nicht kaufen können".

Gegen Mauer gerast

D. D. Berlin

Mit hoher Geschwindigkeit ist gestern ein 20jähriger Berliner im Stadtteil Wedding mit einem Leihwagen gegen die Ostberliner Grenzmauer gerast. Der Wagen fing beim Aufprall Feuer, der Fahrer fand in den Flammen den Tod. Die Polizei vermutet einen Selbstmord, da Streifenbeamte beobachteten, wie der Fahrer direkt auf die Mauer zufuhr und dabei die Geschwindigkeit steigerte.

Macht Gottes geprüft

rtr. Rio de Janeiro

Mit dem Verlust eines Armes mußte ein Brasilianer in Salvador (Bahia) seinen Versuch bezahlen, die Macht Gottes zu prüfen. Wie die Mutter des 47 Jahre alten Carlos Alberto Oliveira Fontes der Polizei erzählte, glaubte sie zunächst, ihr Sohn mache einen Scherz, als er in einem Zoo sagte, er werde in den Löwenkäfig steigen – und wenn Gott wirklich mächtig sei, werde er es nicht zulassen, daß das Raubtier ihn angreife.

Verfahren eingestellt

dpa, Mainz

Das Ermittlungsverfahren gegen den ZDF-Intendanten Dieter Stolte und einen Fernsehredakteur im Zusammenhang mit einer Vergewaltigungsszene in der Serie „Die Schwarzwaldklinik" ist von der Mainzer Staatsanwaltschaft eingestellt worden. Wegen der am 1. Februar 1986 ausgestrahlten Folge „Gewalt im Spiel" seien mehrere Strafanzeigen eingegangen, teilte gestern der leitende Oberstaatsanwalt Werner Hempler mit. Der Tatbestand der Verharmlosung und Verherrlichung von Gewalt sei nicht erfüllt, sagte er.

ZU GUTER LETZT

„Friedrich die Große". Schlagzeile im Ost-Berliner „Sport-Echo" über die „DDR"-Schwimmerin Heike Friedrich, die in Madrid innerhalb von 110 Minuten zweimal Weltmeisterin wurde.

WETTER: Aufheiterungen

Lage: Ein Zwischenhoch sorgt vorübergehend für Wetterberuhigung, bevor sich am Freitag ein neues atlantisches Frontensystem von Westen her nähert.

Vorhersage für Donnerstag: Nach Auflösung von Nebel wolkig mit Aufheiterungen und niederschlagsfrei. Temperaturen im Norden um 17, im Süden bei 20 Grad. Nächtliche Abkühlung auf 11 bis 8 Grad. Meist nur schwacher, im Norden mäßiger Wind aus westlichen Richtungen.

Weitere Aussichten: Am Freitag von Westen zunehmende Bewölkung und besonders in der Nordhälfte abends und in der Nacht Regen. Vorübergehend ansteigende Temperaturen.

Sonnenaufgang am Freitag: 6.18 Uhr*, Untergang: 20.31 Uhr; **Mondaufgang:** 21.40 Uhr, Untergang: 9.20 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 21. Aug., 8 Uhr

H Hochdruckzentrum
T Tiefdruckzentrum
wolkenlos
heiter
halb bedeckt
wolkig
bedeckt
Windstille
Nordwind 10 km/h
Ostwind 20 km/h
Südwind 30 km/h
Westwind 40 km/h
Nebel
Nieseln
Regen
Schnee
Schauer
Gewitter
Niederschlagsgebiet
Temperaturen in °C
Warmfront
Okklusion
Kaltfront am Boden
Kaltfront in der Höhe
Luftströmung warm
Luftströmung kalt
Isobaren

Haparanda 10, Reykjavik 13, Stockholm 15, Berlin 17, Hamburg 14, London 17, Frankfurt 15, München 15, Wien 18, Paris 19, Dubrovnik 20, Nizza 24, Rom 24, Madrid 15, Lissabon 16, Malaga 18, Palma 22, Tunis 22; 1000, 1010, 1020

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Mittwoch, 14 Uhr (MESZ):

Deutschland:		
Berlin	17	be
Bielefeld	13	bd
Braunlage	10	R
Bremen	14	bd
Dortmund	15	bw
Dresden	15	bd
Düsseldorf	14	be
Erfurt	14	bw
Essen	14	be
Feldberg/S.	7	bw
Flensburg	15	Rs
Frankfurt/M.	15	bd
Freiburg	17	be
Garmisch	16	bw
Greifswald	15	Rs
Hamburg	14	bd
Hannover	12	Gw
Kahler Asten	7	Rs
Kassel	15	bw
Kempten	15	bw
Kiel	15	be
Koblenz	17	bw
Köln-Bonn	16	bw
Konstanz	18	be
Leipzig	16	bw
List/Sylt	14	Rs
Lübeck	13	bw
Mannheim	17	bw
München	15	be
Münster	16	bw
Norderney	15	bw
Nürnberg	17	bw
Oberstdorf	15	be
Passau	17	be
Saarbrücken	14	bw
Stuttgart	16	bw
Trier	15	bw
Zugspitze	-2	Ne

Ausland:		
Algier	32	wl
Amsterdam	15	be
Athen	31	wl
Barcelona	26	bw
Belgrad	24	wl
Bordeaux	22	be
Bozen	27	be
Brüssel	–	–
Budapest	23	be
Bukarest	35	wl
Casablanca	27	be
Dublin	16	be
Dubrovnik	29	be
Edinburgh	13	bw
Faro	25	wl
Florenz	30	be
Genf	19	be
Helsinki	15	be
Hongkong	–	–
Innsbruck	20	be
Istanbul	29	be
Kairo	31	wl
Klagenfurt	22	be
Konstanza	35	wl
Kopenhagen	15	bw
Korfu	31	wl
Las Palmas	25	be
Leningrad	15	Rs
Lissabon	22	wl
Locarno	26	be
London	17	bw
Los Angeles	–	–
Luxemburg	15	bw
Madrid	27	be
Mailand	28	be
Malaga	27	wl
Mallorca	29	be
Moskau	21	be
Neapel	31	be
New York	22	be
Nizza	24	be
Oslo	15	be
Ostende	21	be
Palermo	30	wl
Paris	19	be
Peking	34	bw
Prag	15	be
Rhodos	29	wl
Rom	28	be
Salzburg	16	bw
Singapur	–	–
Split	30	be
Stockholm	15	bd
Straßburg	17	bw
Tel Aviv	31	be
Tokio	–	–
Tunis	32	wl
Valencia	29	be
Varna	38	wl
Venedig	26	wl
Warschau	15	bw
Wien	18	Rs
Zürich	18	be

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall; s = Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

Elsässer sorgen sich um ihr Wahrzeichen, den Storch

BÄRBEL MOSER, Straßburg

„Grand-père, warum gibt's im Elsaß keine Störche mehr?" fragt der kleine Bub auf Französisch den alten Mann. „Wenn die Störche über's Elsaß fliegen", antwortet der Großvater in Elsässerditsch, „hören sie nur noch Französisch und meinen, sie seien noch gar nicht angekommen und fliegen weiter", heißt es auf einem Werbeplakat für Zweisprachigkeit. Wurden 1948 noch 179 Storchenpaare auf den Kaminen zwischen Rhein und Vogesen gezählt, so waren es dreißig Jahre später nur noch neun.

Erst 1983 ging Politikern und Naturschützern auf, daß das Wahrzeichen des Elsaß vom Aussterben bedroht ist. Sie beschlossen zu handeln und gründeten die „Organisation zur Wiedereinführung der Störche im Elsaß" (Aprecia). Mühevoll wird seit drei Jahren versucht, der Entwicklung entgegenzuwirken. Nach einer in der Schweiz entwickelten Methode wird der Storchennachwuchs aufgepäppelt und kommt dann ins Freigehege, wo er bis zur Brutreife, das heißt zum Alter von drei bis vier Jahren, bleibt.

Gestüpft sind die kleinen Störche im Straßburger Zoo in der Orangerie, seit 1974 betreibt dort der Tierarzt ein Gangloff eine Storchenwegstation ... in die Voliere. ... aufgenommen ... . Die Eier werden den Paaren weggenommen und in einer Brutmaschine ausgebrütet. Die elterliche Wärme wird nach dem Schlüpfen durch Infrarotlicht ersetzt.

In Volieren gehalten

... der Hand füttern Gangloff und Bernard Schmitt in den ersten Wochen die Jungvögel. Von 6.30 Uhr bis ... nach Mitternacht sind sie alle ... Stunden im Einsatz. Acht Wochen bleiben die Jungstörche in der ... ihrer Ziehväter, dann kommen ... in die Voliere.

„Wenn das Elsaß-Bild mit Adebar ... dem Dach wieder stimmen soll, müssen die Störche ihren Zugvogelinstinkt verlieren", erklärt Philippe Arnold, „denn auf ihrer Reise ins Winterquartier nach Afrika sind sie den größten Gefahren ausgesetzt." In acht Volieren werden derzeit im Elsaß rund hundert Tiere gehalten. Die ersten sollen im kommenden Jahr freigelassen werden und nisten dann, so hofft Philippe Arnold von der Aprecia, irgendwo in der Umgebung. Im Winter werden sie, wenn die Rechnung der Storchenzüchter aufgeht, statt des südlichen Kontinents ihr Zuchtgehege ansteuern, wo sie dann durch die kalte Jahreszeit gefüttert werden.

Schon viel früher als die öffentlichen Stellen hat der Straßburger Alfred Schierer, von Beruf Ingenieur und nebenbei Storchenforscher, Alarm geschlagen. Bereits Ende der 40er Jahre bemerkte er, daß die Zahl der ein Meter großen und vier bis fünf Kilogramm schweren Weißstörche im Elsaß immer kleiner wurde. Schierer kletterte auch heute noch auf Dächer und Kirchtürme und hat seit 1947 über 3000 Störche beringt. Er hat damit einen genauen Überblick über das elsässische Storchenvolk. „Die ersten großen Einbrüche gab es zwischen 1960 und 1970", stellte Schierer fest. „Dann kam die Dürre in der Sahelzone und schließlich wurden auch bei uns die Lebensräume für diese Vögel kleiner." 170 Störche leben wieder im Elsaß. Alfred Schierer macht sich aber keine Illusionen. „Wenn fünfzig Paare bleiben, können wir schon zufrieden sein."

Vorbild für Baden

Schierers Storchenforschung hat auch im benachbarten Baden-Württemberg Schule gemacht. In einer Zuchtstation in Schwarzach (Odenwald) werden im Augenblick hundert Störche gehalten, die nach ihrer Brutreife in die Freiheit entlassen werden. 25 Storchenpaare werden nach Auskunft des Leiters der Karlsruher Bezirksstelle für Naturschutz und Landschaftspflege in Baden-Württemberg noch gezählt. Einige stammen übrigens aus dem Elsaß. (AFP)

Erlangen blickt zurück

RENATE FRANK, Erlangen

300 Jahre Hugenottenstadt Erlangen – eine ganze Stadt feiert und erinnert sich der Tradition. Am 17. Mai 1686 trafen die ersten Hugenotten, sechs französische Kaufleute aus der Stadt Vitry-le-François, in Erlangen ein. 1698 zählte die „Christian-Erlang" genannte Neusiedlung bereits 1300 Einwohner – davon 1000 Franzosen.

Die barocke, auf dem Reißbrett entworfene „Idealstadt" ließ Markgraf Christian Ernst von Brandenburg-Bayreuth eigens für die Glaubensflüchtlinge aus Frankreich errichten. Sie produzierten dort Glacéhandschuhe, Baumwollstrümpfe, Filzhüte, Borten und Gobelins und förderten den Handel.

Die zwischen 1362 und 1368 von Kaiser Karl IV. gegründete kleine Ackerbürgerstadt Erlangen mit ihren 600 bis 700 Menschen erlebte einen außerordentlichen Aufschwung und wurde bald zur bedeutenden Manufakturstadt.

Damals wurden die privilegierten Fremden von der alteingesessenen Bevölkerung nicht gerade mit offenen Armen empfangen. Doch bereits im 18. Jahrhundert setzte die sprachliche und kulturelle Assimilation ein. „Vom Nutzen der Toleranz" heißt demnach auch die Ausstellung im Stadtmuseum, die bis zum 23. November unter anderem auch Stücke aus dem Besitz der drei Erlanger Familien zeigt, die ihren Ursprung direkt auf die Hugenotten zurückführen.

Die Veranstaltungen im Jubiläumsjahr ziehen sich bis Dezember hin, doch im Juli feierte man ein Bürgerfest ganz besonderer Art: Menschen, Straßen und Plätze verwandelten sich in den Alltag der Vergangenheit. „Rundadinella, Contratanz und curioses Tanzspiel" bezog alle mit ein, der ganze Schloßplatz wogte zur Vagantenmusik aus historischen Instrumenten. „Echte Gewänder", in den Nähstuben selbstgefertigt, bestimmten das Bild. Kesselflicker und Scherenschleifer hatten ihr Lager aufgeschlagen.

Handwerker aller Gewerbe, Besenmacher, Küfner, Schuhmacher und viele mehr demonstrierten ihre ehrwürdige Technik. Der Oberbürgermeister lustwandelte als Markgraf, Degenfechten lockte das schaulustige Volk. Das „Spectacel" aus spontanen und geprobten Szenen war perfekt.

Noch bis Ende des Jahres werden Ausstellungen und Konzerte, Theater und Film, Gottesdienst, Tanztheater und nicht zuletzt der „Ball der Hugenotten", die „dramatischen Konzert-Collagen" der Pariser Grupo Acción Instrumental an die Ereignisse vor 300 Jahren erinnern.



Gern erinnern sich die Erlanger daran, daß vor 300 Jahren die Hugenotten in ihre Stadt kamen. Grund genug, ein ganzes Jahr lang zu feiern

FOTO: KURT FUCHS

